

# SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 167

SOMMER 2007

€ 0,50

## Klassenkämpferische Verteidigung und der Kampf für neue Oktoberrevolutionen



# Nieder mit der bürgerlichen Klassenjustiz!

Nachfolgend drucken wir die leicht redigierte Rede des Genossen Steffen Singer ab, die er für die SpAD auf der Veranstaltung des Komitees für soziale Verteidigung (KfsV) „Mumia ist unschuldig! Freiheit für Mumia Abu-Jamal! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!“ am 12. Mai gehalten hat.

Am 22. Juni 1921 hielt der proletarische Revolutionär Max Hoelz vor dem Moabiter Sondergericht eine Rede gegen die bürgerliche Gesellschaft. Er stand für seine Teilnahme an der Märzaktion 1921 vor Gericht. Hunderte waren bei der Unterdrückung dieses provozierten Arbeiteraufstandes von Polizei und Armee ermordet worden. Anschließend wurden 4500 von der Klassenjustiz der „demokratischen“ Weimarer Republik zu insgesamt 2000 Jahren Zuchthaus verurteilt. Hoelz erklärte:

„Wenn die revolutionäre Arbeiterschaft Gewalt anwendet, so geschieht dies nur in Erwiderung der Gewalt, welche die herrschende Klasse dem proletarischen Existenzkampf und Aufwärtsstreben entgegengesetzt. Die herrschende Klasse ist es, die zuerst Gewalt angewendet hat. Wenn heute in einer Versammlung ein kommunistischer Redner auftritt und seine Idee verkündet, so wird er verfolgt und Gewalt gegen ihn angewendet. Aber jede Anwendung der Gewalt durch die unterdrückte Klasse wird durch die öffentliche Meinung der Bourgeoisie als Unrecht, als Verbrechen gebrandmarkt. Die herrschende Klasse

Fotos: Revolutionäre Tradition von Klassenkampf-Verteidigung. Links: Demonstration in 1920er-Jahren für Sacco und Vanzetti. Oben: KfsV-Block bei Mumia-Demo am 12. Mai in Berlin

gewährt uns nur auf dem Papier Versammlungs- und Redefreiheit. In der Praxis werden kommunistische Zeitungen verboten und kommunistische Versammlungen verhindert; alles mit den Mitteln der Gewalt.

Die weißen Mörder stehen unter dem Schutze Ihrer korrupten Justiz. Tausende von Arbeitern hat man in den beiden letzten Jahren widerrechtlich getötet. Aber die bürgerlichen Gerichte versagen. Die bürgerliche Gesellschaft lechzt nach dem Blut der Arbeiterführer.“

Aus Max Hoelz spricht die Leidenschaft eines unbeugsamen proletarischen Kämpfers gegen die Unterdrückung

Fortgesetzt auf Seite 2

### Kampagne für Mumias Freiheit

Erfolgreiche Veranstaltung  
des KfsV in Berlin

S. 18

Rede von Rachel Wolkenstein  
bei Berliner Veranstaltung

S. 23



## Klassenjustiz...

Fortsetzung von Seite 1

und Ungerechtigkeiten des Kapitalismus, wie sie auch aus den Reden und Schriften von Mumia Abu-Jamal spricht. Die Verteidigung von Max Hoelz und der Klassenkampfgefangenen der Märzaktion wurde zur Geburtsstunde der Internationalen Arbeiterhilfe (IAH). Die IAH mobilisierte Arbeiter international nach dem alten Prinzip: „Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle“, und konnte Max Hoelz 1928 befreien. Heute müssen wir dringend die Arbeiter international mobilisieren für die Befreiung von Mumia Abu-Jamal, dessen Fall sich immer mehr zuspitzt.

Anhand der Ungerechtigkeit, die den Klassenkriegsgefangenen widerfährt, müssen wir die Arbeiter zu Klassenbewusstsein erwecken. Und genau das fürchten Liberale und die reformistischen Linken, die ihnen hinterherlaufen. Bei Verteidigungsfällen ist man direkt mit dem bürgerlichen Staat konfrontiert und damit mit der Frage der Macht. Der Staat – im Kern Polizei, Armee und Gerichte – steht nicht über den Klassen. Wie Karl Marx erklärte: „In dem Maß, wie der Fortschritt der modernen Industrie den Klassengegensatz zwischen Kapital und Arbeit entwickelte, erweiterte, vertiefte, in demselben Maß erhielt die Staatsmacht mehr und mehr den Charakter einer öffentlichen Gewalt zur Unterdrückung der Arbeiterklasse, einer Maschine der Klassenherrschaft“ (*Der Bürgerkrieg in Frankreich*). Am Vorabend der Oktoberrevolution führte Lenin in *Staat und Revolution* aus: „In diesen Worten: ‚die bürokratisch-militärische Maschinerie zu zerbrechen‘, ist, kurz ausgedrückt, die Hauptlehre des Marxismus von den Aufgaben des Proletariats in der Revolution gegenüber dem Staat enthalten.“ Nur mit diesem Verständnis bewaffnet konnten die Bolschewiki die Oktoberrevolution 1917 in Russland führen.

Schlüssel für den Sieg war die bolschewistische Partei von Lenin und Trotzki. Sie konnte die Arbeiterklasse von ihren sozialdemokratischen Irreführern, in Russland den Menschewiki, brechen. Die Sozialdemokratie und die mit ihr verbundene Gewerkschaftsbürokratie waren mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges offen auf die Seite ihrer jeweils „eigenen“ Bourgeoisie übergelaufen. Klassenzusammenarbeit im Krieg bedeutete „Burgfrieden“, es bedeutete, die Arbeiterklasse gegen ihre Klassenbrüder auf die Schlachtbank zu führen, in einem Krieg, den die Kapitalisten um die Neuauftteilung der Welt führten. Geführt von den Bolschewiki zerschlugen die Arbeiter den kapitalistischen Staat und ersetzten ihn durch einen Arbeiterstaat. Die Kapitalistenklasse wurde enteignet und später eine kollektivierte Wirtschaft

errichtet. Die Bolschewiki verstanden, dass die Sowjetunion isoliert in der kapitalistischen Welt auf Dauer nicht überleben konnte. Sie sahen die Russische Revolution als Beginn der Weltrevolution. Deshalb gründeten sie 1919 die Kommunistische Internationale, als Partei der Weltrevolution. Und tatsächlich war die Oktoberrevolution ein Leuchtfeuer für die Unterdrückten international. Die europäischen Bourgeoisien überstanden die revolutionäre Welle nach dem Ersten Weltkrieg nur dank des Verrats der Sozialdemokratie und der Unerfahrenheit der jungen, gerade erst gegründeten Kommunistischen Parteien. In Deutschland baute die SPD die Freikorps auf und ertränkte mit ihnen die Revolution im Blut tausender Arbeiter. Indem sie Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ermorden ließ, köpfte sie die junge KPD.

Die Bourgeoisie und ihre Ideologen verkünden heute, die Zerstörung der DDR und der Sowjetunion bedeute den „Tod des Kommunismus“. Die Konterrevolution war eine gewaltige Niederlage für die Arbeiterklasse international, doch sie war keineswegs unvermeidbar. 1989 intervenierten wir mit allen Kräften unserer Internationale in die DDR, wo sich eine proletarisch-politische Revolution entwickelte. Es wollten nicht alle den Kapitalismus, vielmehr gab es auf den Massendemonstrationen im Herbst 1989 viele prokommunistische Losungen. Wir kämpften gegen eine kapitalistische und für eine revolutionäre Wiedervereinigung durch proletarisch-politische Revolution im Osten und sozialistische Revolution im Westen, für ein rotes Rätendeutschland. Die Resonanz unter den ostdeutschen Arbeitern auf unser trotzkistisches Programm war enorm. Als wir Ende Dezember 1989 einen Einheitsfrontprotest gegen die faschistische Schändung des Berlin-Treptower Ehrenmals für die Rote Armee initiierten, wurde dies von den Arbeitern so massiv aufgegriffen, dass sich die damalige SED-PDS gezwungen sah, sich unserem Aufruf anzuschließen. Mehr als eine viertel Million kamen am 3. Januar 1990 zu diesem prosozialistischen, prosozialistischen und antifaschistischen Protest. Sie konnten von der Tribüne unser Programm der politischen Revolution versus dem Programm der Stalinisten von Ausverkauf und Konterrevolution hören. Wir warnten vor der SPD als dem trojanischen Pferd der Konterrevolution und riefen zum Aufbau einer neuen leninistisch-egalitären Partei auf, die für die Herrschaft von Arbeiter- und Soldatenräten kämpft. In Panik, die Kontrolle zu verlieren, gab Gorbatschow grünes Licht für die Wiedervereinigung und Hans Modrow von der SED-PDS verkündete Ende Januar 1990: „Deutschland einig Vaterland“. Wir waren die einzige Partei,

Fortgesetzt auf Seite 30

## SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der  
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS  
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Redaktion: Herbert Adler, Jana Gerrard, Renate Müller,  
Steffen Singer (verantwortlicher Redakteur), Jörg Steenrod,  
Catherine Thomas, Oliver Wegenstein (Produktionsleiter)  
Vertriebsleiter: Renate Müller

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,  
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin  
E-Mail: spartakist@online.de  
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.  
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der  
Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10249 Berlin  
Abonnement (4 Ausgaben) € 4,- an Verlag Avantgarde  
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60  
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF  
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

Druck: Druckerei Bunter Hund, Berlin  
ISSN 0173-7430

Nr. 167

SOMMER 2007

## Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League  
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA  
www.icl-fi.org

## KONTAKTADRESSEN

- Berlin:** SpAD, c/o Verlag Avantgarde  
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin  
Telefon: (0 30) 4 43 94 00
- Hamburg:** SpAD, c/o Verlag Avantgarde  
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg  
Telefon: (0 40) 32 36 44
- E-Mail:** spartakist@online.de

Dieser Ausgabe des Spartakist wird im Postvertrieb ein Extrablatt vom  
23. Juni 2007 beigelegt.

# G8-Gipfel: Bürgerliche Demokratie in Aktion

# Staatsterror in Rostock

Am 2. Juni gingen in Rostock bis zu 80000 Menschen gegen den G8-Gipfel auf die Straße. In der darauffolgenden Woche waren Tausende bei den verschiedenen Aktionstagen, Demos und Blockaden in Rostock und Umgebung. Während wir die Wut der Demonstranten auf die gegenwärtige Weltordnung teilen, machen wir ganz klar, dass es das Ziel der Organisatoren war, Druck auf die G8 auszuüben, eine sozialere Politik zu betreiben. Das zeigte sich in der Strategie, an den Sicherheitszaun um den Gipfelort Heiligendamm zu gelangen, um den Protest „hörbar zu machen“. Für wen hörbar? Für die Regierungschefs der G8. Wir intervenierten in die Proteste mit dem Ziel, radikalisierte Jugendliche von der Notwendigkeit einer revolutionären Perspektive zu überzeugen. Ursache aller Übel der Welt ist nicht eine schlechte, unsoziale Politik der G8, sondern das gesellschaftliche System: der Imperialismus, höchste Stufe des Kapitalismus. Dieses System ist nicht reformierbar – es muss gestürzt werden.

Der Austragungsort des G8-Gipfels hatte für die Imperialisten symbolischen Wert: Bis vor 17 Jahren gehörte Mecklenburg-Vorpommern zur DDR, wo die Kapitalisten enteig-

## Freiheit für alle Inhaftierten!

## Weg mit allen Verfahren!

net und die Produktionsmittel vergesellschaftet waren. Seit der konterrevolutionären Zerstörung des degenerierten Arbeiterstaats Sowjetunion und der deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas können die imperialistischen Mächte wieder völlig ungeniert die Welt ausplündern.

Der Staatsterror beim Gipfel war massiv: Vom 2. bis 8. Juni gab es über 1000 Festnahmen und Schätzungen zufolge bis zu 1500 verletzte Demonstranten, darunter viele Schwerverletzte. Der *Spiegel* (11. Juni) berichtete, dass einem Demonstranten von einem Bullenknüppel ein Auge zerstört wurde. Festgenommene wurden in Drahtkäfige gesperrt – 20 Leute auf 25 m<sup>2</sup>. Anwälte wurden auf Schritt und Tritt behindert und belogen, so dass viele Verhaftete ohne rechtlichen Beistand vor den Richter treten mussten. Noch bevor der Gipfel überhaupt zu Ende war, wurden acht Demonstranten in Schnellverfahren zu Haftstrafen verurteilt, weitere Prozesse drohen. Einige angemeldete Aktionen wurden mit der Auflage belegt, nur ein bestimmtes Maximum an Teilnehmern



Getty Images

**Rostock, 2. Juni: Brutaler Polizeiangriff gegen multiethnischen Block von International League of Peoples' Struggle und anderen Gruppen**

zuzulassen: Auf diese Art wurde eine pro-palästinensische Kundgebung am 5. Juni verhindert, weil mehr als die erlaubten 15 (in Worten: fünfzehn) Leute gekommen waren! Einen weiteren Schritt zum Ausbau des Repressionsapparats stellte der Einsatz der Bundeswehr im Innern dar: Spähpanzer, Hubschrauber, Feldjäger und sogar Tornado-Kampfflzeuge wurden zur Einschüchterung der Proteste eingesetzt.

Zweck der Repression war die Einschüchterung jedweder Opposition. Einerseits sollten Militante isoliert werden und andererseits Reformisten noch näher an den Staat herangezogen werden. Die Großdemo am 2. Juni war besonders hart vom Staatsterror betroffen. Bereits am 3. Juni gaben wir ein Protestflugblatt dagegen auf Deutsch und Englisch heraus, das in Rostock breit verteilt wurde:

„Dieser brutale Polizeiterror hatte sich schon angekündigt mit den bundesweiten Razzien gegen linke G8-Gegner vor drei Wochen. Fünftausend Bullen, mehr als ein Dutzend Wasserwerfer und gepanzerte Fahrzeuge wurden in Rostock aufgeboten, um die linken Demonstranten einzuschüchtern und zu terrorisieren. Aberhunderte, offiziell über 500, Demonstranten wurden verletzt, einige so schwer, dass sie im Krankenhaus stationär behandelt werden mussten. Besonders griffen die Bullen die linken Autonomen des Schwarzen Blocks und Immigrantensorganisationen an. Weit über hundert wurden festgenommen, denen nun Anklagen drohen. Von Schnellverfahren ist die Rede. Wir sagen: **Nieder mit Polizeiterror gegen Anti-G8-Demonstranten! Freiheit für alle Verhafteten!**

Fortgesetzt auf Seite 4

# Stoppt die Hetze gegen die Autonomen!

**Staatsterror in Rostock...**

Fortsetzung von Seite 3

**Weg mit allen Anklagen!**

Wir sind empört über Denunzierungen der *Opfer* der Polizeiangriffe durch die reformistischen und liberalen Organisatoren der Anti-G8-Demonstration! So giftet Manfred Stenner (Netzwerk Friedenskooperative) gegen ‚die Krawallmacher‘: ‚Wir werden recherchieren, wer die Arschlöcher waren.‘ Monty Schädel übte milde Kritik an der Polizei, um dann umso besser gegen die angegriffenen Linken zu hetzen: ‚Es gebe aber keine Entschuldigung und keine Rechtfertigung dafür, dass eine Gruppe Autonomer ein Polizeiauto angegriffen habe‘ [*Spiegel Online*, 2. Juni]. Damit machen sie sich zum Teil der Hetze der bürgerlichen Medien, die nach dem Blut des Schwarzen Blocks und anderer Linker schreien. Dies ermutigt nur weiteren Bullenterror. Was kommt als nächstes? Mord wie die Erschießung von Carlo Giuliani bei den Anti-G8-Protesten 2001 in Genua? Wenn solch nackter Polizeiterror nicht bekämpft wird, wird er zur Vorlage für weitere staatliche Angriffe auf die Linke, die Arbeiterbewegung und Immigranten. Wir sagen: **Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle! Nieder mit der Hetze gegen den Schwarzen Block!...**

Während die G8-Führer hinter den Türen von Heiligendamm ihre nächsten Angriffe auf die Arbeiter und imperialistische Kriege planen, macht die Polizei klar, wie mit jedem verfahren werden soll, der sich gegen die imperialistischen Herrscher wehrt. Die Angriffe auf die Demonstranten gegen die G8 richteten sich letztlich gegen die gesamte Arbeiterklasse! **Notwendig sind Massenproteste der Arbeiterbewegung und ihrer Verbündeten gegen den Staatsterror gegen G8-Gegner!**

Peter Wahl von attac ging sogar so weit, die Autonomen des Schwarzen Blocks mit Nazis zu vergleichen, um so ihren Ausschluss von Demos zu rechtfertigen. Besonders perfide war aber die Rolle der „Interventionistischen Linken“ (IL): Als selbsternanntes linksradikales Bündnis verfügen sie über eine gewisse Autorität unter linken Jugendlichen, im Gegensatz zu den offen bürgerlichen Speichelleckern von attac. Der IL-Pressesprecher Tim Laumeyer schlug in dieselbe Kerbe wie attac und Co: In einem Interview mit *Zeit online* (23/2007) zeigt er sich erst betrübt über verletzte Polizisten, läßt einen Teil der Schuld an der „Eskalation“ auf die Demonstranten, um schließlich zu sagen, „dass die Autonomen dort [bei den Blockaden] nicht willkommen sind“. In einer „Zwischenbilanz“ (5. Juni) ruderte die IL dann zurück und machte eine implizite Selbstkritik an der Distanzierung von den Militanten. Aber sie verlieren weiterhin kein Wort über die Hetze ihrer liberalen Blockpartner gegen die Autonomen. So zeigt sich sehr deutlich, dass sie das Bindeglied zwischen radikalen und offen bürgerlichen Kräften der „Antiglobalisierungsbewegung“ darstellen. So ketten sie Jugendliche, die gegen die Repression des bürgerlichen Staats Widerstand leisten, politisch an diejenigen Kräfte, die eben diesen Staat „sozialer“ gestalten wollen. Letztlich hilft die erbärmliche Distanzierung von den Autonomen den Herrschenden, ihren Staatsapparat unwidersprochen weiter aufzurüsten.

Wir waren die ersten, die klar eine Seite gegen den Polizeiterror und gegen die Anti-Autonomen-Hetze bezogen haben, weil wir als Marxisten verstehen, was der bürgerliche Staat ist. Er ist kein neutraler Vermittler, sondern das Instrument der Bourgeoisie, ihre Herrschaft gegen das Proletariat zu verteidigen, gegen die Klasse, die durch ihre Stellung im Produktionsprozess den Kapitalismus stürzen kann. Während viele Demonstranten unsere klare Haltung gegen den Staat begrüßten, hatten wir viele Diskussionen über unsere proletarische Perspektive. Gerade Autonome setzen

die Arbeiterklasse oft mit den reformistischen Gewerkschaftsführern gleich. Die Gewerkschaftsbürokraten basieren auf einer kleinen gekauften Schicht der Arbeiterklasse – von Lenin Arbeiteraristokratie genannt. Diese strebt danach, Klassenkämpfe im Rahmen bürgerlicher Legalität zu halten. Das zeigt sich auch daran, dass diese Irreführer die professionellen Streikbrecher des Kapitals – also die Bullen – in unseren Gewerkschaften organisieren.

Bei unseren regelmäßigen Verkäufen vor Industriebetrieben betonten wir, dass die Gewerkschaften G8-Gegner gegen Repression verteidigen müssen. Beim DaimlerChrysler-Werk in Berlin wurden unsere Genossen von einer vorbeieilenden Gewerkschaftsbürokratin angeblafft, während viele Arbeiter unseren Argumenten gegenüber offen waren. Gerade Arbeiter mit türkischem, kurdischem oder arabischem Hintergrund kennen die Rolle der Polizei aus eigener Erfahrung und wissen, dass der bürgerliche Staat kein Freund der Unterdrückten ist. Es ist notwendig, dass Revolutionäre die Schlussfolgerungen aus Klassenkämpfen und sozialen Protesten ziehen und in die Arbeiterklasse tragen.

Ein wichtiger Teil unserer Intervention in Rostock war es, die Kampagne für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal, seit 25 Jahren politischer Gefangener in der US-Todeszelle, aufzubauen (siehe auch Seite 18). Unsere Genossen betonten, dass man kein Vertrauen in die Klassenjustiz des bürgerlichen Staats haben darf. Nach den frischen Erfahrungen staatlicher Willkür fiel es leichter, dieses marxistische Verständnis zu vermitteln. Mehr als 150 Leute kauften die Broschüre *Der Kampf für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal* des Komitees für soziale Verteidigung (insgesamt verkauften wir über 600 Zeitungen und Broschüren). Mit Gruppen aus mehreren Städten verabredeten wir Videovorführungen und Vorträge über Mumia, und wir konnten weitere Unterstützer für die internationale Protestresolution unserer Genossen vom amerikanischen Partisan Defense Committee gewinnen.

Egal ob autonom oder sozialdemokratisch, in allen Teilen der „Antiglobalisierungsbewegung“ gibt es üble antikommunistische Hetze. Während der selbsternannte Nachfolgestaat des Dritten Reichs in Rostock seinen wahren Charakter als ein Unterdrückungsinstrument der Bourgeoisie zeigte, fiel der Pseudolinken nichts Besseres ein, als den Staatsterror zu vergleichen nicht mit Hitlers Gestapo oder Noskes Freikorps, sondern mit der Stasi, dem Geheimdienst der DDR, die errichtet wurde durch die Enteignung der Bourgeoisie von Auschwitz, nachdem uns die heldenhafte Rote Armee vom Faschismus befreit hatte! Das zeigt, wie tief die Linke die staatliche Hexenjagd gegen ehemalige Stasimitarbeiter verinnerlicht hat. Die Tageszeitung *junge Welt* versucht ein Pro-DDR-Image zu pflegen, aber tatsächlich ist sie die linke Flankendeckung der PDS, die die DDR ausverkaufte. So war es auch nicht weiter verwunderlich, als sie auf der Titelseite vom 31. Mai den Innenminister Schäuble mit dem Schriftzug „Stasi 2.0“ abbildete und so in den Anti-DDR-Chor einstimme. Wir Spartakisten haben ehemalige DDR-Funktionäre immer gegen den bürgerlichen Staat verteidigt und klargemacht, dass sie von der falschen Klasse für die falschen Verbrechen verurteilt wurden: Nicht für die Unterdrückung politischer Opposition aus der Arbeiterklasse, sondern weil sie mit der Enteignung der Bourgeoisie identifiziert wurden. Die Anti-Stasi-Hexenjagd dient u.a. dazu, von der Verelendung Ostdeutschlands durch die Konterrevolution abzulenken.■

**Spendet für Rechtsverteidigung von G8-Gegnern!**

Rote Hilfe e.V., Solidaritätskonto: 191 100 462,  
BLZ 440 100 46, Postbank Dortmund, Stichwort: G8-Gipfel  
Das KfsV hat bereits 100,- Euro überwiesen.

# Herrschende nutzen G8-Räubertreff für Ausbau des Staatsapparats

# Nur Arbeiterrevolution kann Imperialismus stürzen!



Imperialistische Schlächter in Aktion: Bundeswehr rollt ein in Kosovo 1999 (links); italienische Bullen stürmen am Leichnam von Carlo Giuliani vorbei, G8-Gipfel in Genua 2001 (oben)

Nachfolgend drucken wir das Flugblatt der Spartakist-Jugend vom 27. Mai ab, das unter anderem bei der Großdemonstration am 2. Juni in Rostock verteilt wurde.

In der Nacht vom 8. auf den 9. Mai wurde die Linke in Deutschland wieder einmal an einen marxistischen Grundsatz erinnert: Der bürgerliche Staat ist nicht neutral. Bundesweit stürmten 900 Bullen Wohnungen und Büros von Gegnern des G8-Gipfels. Dabei wurden unter dem verhassten Gesinnungsparagrafen 129a („Bildung einer terroristischen Vereinigung“) willkürlich persönliches Eigentum durchwühlt sowie PCs und anderes Material beschlagnahmt. Der „Krieg gegen den Terror“ (in Deutschland unter der SPD/Grünen-Regierung begonnen), der sich zuerst rassistisch gegen die besonders unterdrückte muslimische Minderheit richtet, zielt letztendlich auch auf die Linke und Arbeiterbewegung. Die Herrschenden nehmen die geplanten Massenproteste gegen den imperialistischen Räubertreff in Heiligendamm zum Anlass, eine groß angelegte Bürgerkriegsübung durchzuführen: Ein Heer von fast 20 000 Bullen wird aufgestellt, unterstützt von 1100 Bundeswehrsoldaten, Kriegsschiffen und Aufklärungsflugzeugen. Das ist die Übung für den Ernstfall, gegen sozialen Aufruhr bis hin zum Arbeiteraufstand. **Gewerkschaften müssen G8-Gegner verteidigen! Nieder mit dem rassistischen „Krieg gegen Terror“! Volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier leben!**

Der weit verbreitete Hass auf die G8 und ihr System ist mehr als berechtigt, aber letztlich ist die Frage entscheidend, mit welchem Programm man siegen kann. Die reformistischen und liberalen Gruppen und Parteien, die Proteste wie die gegen den G8-Gipfel organisieren, verbreiten die Ansicht, die Verschärfung der Verhältnisse in den letzten Jahren liege an der „Globalisierung“. Mit diesem Mythos rechtfertigen sie Klassenkollaboration mit „ihrer eigenen“ Bourgeoisie gegen so genannte „Heuschrecken“ und „multi-

nationale Konzerne“. Tatsächlich ist die aktuelle Weltordnung nach wie vor vom kapitalistischen Imperialismus geprägt. Die Tatsache, dass die kapitalistische Marktwirtschaft „global“ ist, dass Banken und Konzerne diejenigen (Niedriglohn-)Länder aussuchen, wo sie den höchsten Gewinn machen können, und die Internationalisierung des Finanzkapitals wurden von W.I. Lenin vor fast 90 Jahren erklärt:

„Der Imperialismus ist der Kapitalismus auf jener Entwicklungsstufe, wo die Herrschaft der Monopole und des Finanzkapitals sich herausgebildet, der Kapitalexpert hervorragende Bedeutung gewonnen, die Aufteilung der Welt durch die internationalen Trusts begonnen hat und die Aufteilung des gesamten Territoriums der Erde durch die größten kapitalistischen Länder abgeschlossen ist.“ (*Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*)

Die Organisatoren der Proteste appellieren an die Herrschenden, ihre „Politik“ sozialer zu gestalten. Tatsächlich sind Armut, Krankheit, Ausbeutung und Krieg keine Abweichungen im kapitalistischen System, sondern ein wesentlicher Bestandteil seiner Funktionsweise, die nicht reformiert werden kann. Es ist die Arbeiterklasse, die aufgrund ihrer Stellung im Produktionsprozess die soziale Macht hat, die gesamte kapitalistische Wirtschaft zum Stillstand zu bringen. Nur durch den Sturz des Kapitalismus können die Produktivkräfte so entwickelt werden, dass sie der gesamten Menschheit einen würdigen Lebensstandard bieten.

Eine ganz reale Veränderung der Welt brachten die Konterrevolutionen im Sowjetblock mit sich. Als Trotzlisten verstehen wir, dass mit dem Streben nach sozialistischer Revolution das Festhalten an bereits erkämpften Errungenschaften fest verbunden sein muss. Aus diesem Grund kämpften wir für die bedingungslose militärische Verteidigung des

Fortgesetzt auf Seite 6

## G8-Flugblatt...

Fortsetzung von Seite 5

degenerierten Arbeiterstaats Sowjetunion und der deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas gegen imperialistischen Angriff und kapitalistische Restauration. In der DDR 1989/90 und dann in der Sowjetunion intervenierten wir, um die Arbeiter zu mobilisieren für eine politische Revolution zur Verteidigung der kollektivierten Eigentumsformen und zur Ersetzung der stalinistischen Bürokratenkaste durch die Herrschaft von Arbeiterräten. Reformistische Gruppen wie Linksruck und SAV unterstützten die Konterrevolution. Am Tagungsort der G8 kann man deutlich sehen, was die kapitalistische Wiedervereinigung bedeutet: Mecklenburg-Vorpommern ist heute eine soziale Einöde geprägt von Massenarbeitslosigkeit und Naziterror. Es war der Sieg der Roten Armee im Zweiten Weltkrieg, der die Enteignung der Bourgeoisie von Auschwitz in einem Drittel Deutschlands ermöglichte – ein historischer Fortschritt im Interesse aller Unterdrückten. In der Praxis bedeutete das für die DDR das Recht auf einen Arbeitsplatz, Ausbildungsplätze für alle, kostenlose Kinderbetreuung, fortschrittliche Abtreibungsrechte und vieles mehr. In der DDR existierte die materielle Grundlage für die vollständige Befreiung der Frauen, trotz der stalinistischen Bürokratie. **Für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!**

Seit die Imperialisten ihren gemeinsamen Feind Sowjetunion besiegt haben, treten Interessenkonflikte zwischen ihnen wieder stärker hervor. So verwandelt der deutsche Imperialismus die Bundeswehr von einem schweren Panzerheer, das Richtung Moskau rollen sollte, in eine flexiblere Interventionsarmee und hat heute Truppen auf dem Balkan, in Afghanistan, am Horn von Afrika und vor der Küste Libanons. Alle Imperialisten streben danach, den deformierten Arbeiterstaat China zu zerstören und wieder neokolonial zu unterjochen. Das ist ihr strategisches Ziel. China wird heute durch einen Ring militärischer Stützpunkte der USA und kapitalistische Durchdringung aller Imperialisten bedroht. Gegen die ständige Drohung der USA mit nuklearen „Präventivschlägen“ gegen China und Nordkorea verteidigen wir ausdrücklich deren Entwicklung und Test von Atomwaffen. Ein Sieg der Konterrevolution in China würde Frauen wieder in Knechtschaft werfen und 1,3 Milliarden Menschen in bitterste Armut stürzen. Es reicht ein Blick in die frühere Sowjetunion: Ein Indikator für das unermessliche Elend, das die kapitalistische Konterrevolution brachte, ist die Tatsache, dass die Lebenserwartung schlagartig um zehn Jahre gefallen ist! **Verteidigt die verbliebenen deformierten Arbeiterstaaten China, Vietnam, Nordkorea und Kuba gegen imperialistische Bedrohung und innere Konterrevolution!**

## Reformisten denunzieren Militante

Erinnert euch an den G8-Gipfel 2001 in Genua: Die mörderische Repression gegen die damaligen Proteste, die in der Erschießung des jungen Aktivisten Carlo Giuliani gipfelte, haben dem bürgerlichen Staat die demokratische Maske runtergerissen. Der Staat ist nichts anderes als ein Instrument der Bourgeoisie zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft gegen die Arbeiterklasse und alle Unterdrückten. Diverse Reformisten und Liberale, allen voran prominente attac-Vertreter, hatten es nach Genua sehr eilig, den Herrschenden ihre Treue zu schwören und die Schuld für den blutigen Staatsterror den Anarchisten und Autonomen des Schwarzen Blocks zuzuschieben.

Im Vorfeld von Heiligendamm gibt sich die Sozialistische Alternative (SAV) ähnlich staatstragend. In ihrer Zeitung *Solidarität* (Mai 2007) spricht sie sich in vorausseilendem Gehorsam gegen militante Aktionen aus. Um solche zu verhindern, tritt die SAV dafür ein, dass „das Vorgehen im Vorfeld

demokratisch diskutiert und beschlossen wird“. Dass bei diesen „Bündnissen“ immer das rechteste Programm den kleinsten gemeinsamen Nenner und damit die „Mehrheit“ bildet, weiß auch die SAV. Die Gruppen, die sich diesen „Mehrheiten“ nicht unterwerfen wollen, bezeichnen sie als „destruktiv und undemokratisch“. Da klingt das nachgeschobene „Die SAV verteidigt alle Opfer staatlicher Repression“ wie ein schlechter Witz. Die SAV liegt auf dem Bauch vor der bürgerlichen Presse und deren Lüge, die Gewalt gehe von „Chaoten“ aus und nicht vom Staat: So bereiten sie schon mal die Entsolidarisierung mit den Militanten vor, sollten die Proteste aus dem sozialdemokratischen Ruder laufen. Dazu passt auch, dass die SAV Bullen als „Arbeiter in Uniform“ verniedlicht. Polizisten sind die professionellen Streikbrecher der Kapitalisten, tagtäglich führen sie Abschiebungen durch, schützen Naziaufmärsche und verprügeln linke Demonstranten. **Weg mit der Hetze gegen linke G8-Gegner! Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle! Bullen raus aus dem DGB!**

Wir halten es mit Lenin, der in *Staat und Revolution* erklärte, dass der bürgerliche Staat nicht übernommen und für die Interessen der Unterdrückten eingesetzt werden kann. Vielmehr muss man ihn durch eine Revolution zerschlagen und durch die *Diktatur des Proletariats*, also die Herrschaft von Arbeiterräten, ersetzen, um den Widerstand der Bourgeoisie zu brechen. Die Autonomen und Anarchisten leisten zwar oft mutigen Widerstand gegen Polizeiübergrieffe, ihr Elan wird aber vergeudet, da sie die Arbeiterklasse als Subjekt revolutionärer Umgestaltung ablehnen. Ohne eine sozialistische Perspektive kann „Antikapitalismus“ nichts anderes sein als militante Verteidigung des Status quo, auf dass es „nicht noch schlimmer“ werde. Sie teilen den vorherrschenden Mythos der „nachsowjetischen“ Welt: dass Klassenkampf gegen die kapitalistische Ordnung ein Ding der Vergangenheit sei; dass die Arbeiterklasse als ein Faktor für gesellschaftliche Veränderungen ohne Bedeutung sei. In Wahrheit ist das kapitalistische System wie eh und je von der Arbeiterklasse abhängig. Würden z. B. beim aktuellen Telekom-Streik die Datenleitungen abgeschaltet werden, würden die Finanzmärkte lahmgelegt und die Telekomboisse da getroffen werden, wo es wirklich weh tut: bei den Profiten. Um ihre Macht zu nutzen, muss sich die Arbeiterklasse bewusst werden, dass ihre eigenen Interessen mit denen der Kapitalisten unvereinbar sind. Dafür ist die sozialdemokratische Führung der Arbeiterklasse ein Hindernis, ob SPD oder Linkspartei.

Die Methoden der Herrschenden, mit Protest gegen sie umzugehen, sind einerseits staatliche Repression und andererseits politische Übernahme. An der Spitze der Mechanismen zur Übernahme von „Anti-Globalisierungs“-Protesten stehen das Welt-Sozialforum (WSF) und das Europäische Sozialforum (ESF), Bündnisse, die auf Klassenzusammenarbeit, also „Volksfront“, beruhen. Von Anfang an, seit 2001, wurden diese Sozialforen dazu benutzt, die Welle von Massenprotesten zu entschärfen, die sich gegen G8 und Co. richten. Der Zweck war es, radikale Jugendliche wegzuholen von offenen Auseinandersetzungen mit dem kapitalistischen Staat und sie hinter der „demokratischen Alternative“ des parlamentarischen Reformismus zusammenzutreiben, aber gleichzeitig so zu tun, als wären diese Schwatzbuden „außerparlamentarisch“. Der Einsatz von blankem Staatsterror wie in Genua galt nicht ESF und WSF, denn sie wurden von verschiedenen kapitalistischen Agenturen unterstützt und finanziert (von der Banko do Brasil über den Rockefeller Brothers Fund bis hin zu diversen kapitalistischen Lokalregierungen und der Friedrich-Ebert-Stiftung). Die Gruppe Arbeitermacht und ihre „Liga für die fünfte Internationale“ tönen in ihrer Propaganda zum G8-Gipfel zwar „Nieder mit der imperialistischen Weltordnung“. Aber tatsächlich haben sie ihren Teil zu eben dieser Weltordnung beigetragen, als sie 1991 auf

# Die Bundeswehr eine „defensive Verteidigungsarmee“?

## BT: antikommunistische Beschönigung des deutschen Imperialismus

In den letzten beiden Ausgaben ihrer Zeitung betreibt die Gruppe Spartakus, deutscher Ableger der Internationalen Bolschewistischen Tendenz (BT), eine antikommunistische Verklärung der Bundeswehr. Ihre letzte Ausgabe erklärt uns: „Die Armee wurde verkleinert, aber dafür von einer defensiven Verteidigungsarmee hin zu einer aggressiven Angriffsarmee umgestaltet“ (*Bolschewik*, Januar 2007). Dies ist nicht einfach ein Ausrutscher. Schon vor einem Jahr hatten sie geschrieben: „Nach dem Ende des Kalten Krieges änderte sich die Aufgabenstellung der deutschen Bundeswehr, die während der Blockkonfrontation als Verteidigungsarmee fungieren sollte“ (*Bolschewik*, Januar 2006). Der Impuls, die Aufgabe der Armee des deutschen Imperialismus während der „Blockkonfrontation“ mit der Sowjetunion und ihren Verbündeten des Warschauer Vertrages als „defensiv“ zu beschreiben, fließt direkt aus der Mythologie des Kalten Krieges, dass der „demokratische“ Westen durch den „Sowjet-Expansionismus“ bedroht wurde.

Die BT kaut hier die Position der Linkspartei von Gregor Gysi und Oskar Lafontaine wieder, die sich als „friedliebende“ Gegner von Bundeswehreinsetzungen darstellt, falls diese nicht durch ein UN-Mandat abgedeckt wurden. Erst kürzlich beschwerte sich beispielsweise Lafontaine, dass die im Weißbuch veröffentlichten Rüstungsplanungen drohen würden, „die Bundeswehr aus einer Verteidigungsarmee in eine Streitmacht zur Sicherung von Rohstoffen und Handelswegen zu verwandeln“ (Pressemitteilung vom 25. Oktober 2006). Was die sozialpatriotischen Ideologen der Linkspartei jedoch vertreten, ist eine alternative Strategie für den deutschen Imperialismus: durch ein engeres Bündnis mit dem imperialistischen Frankreich und Russland mehr Unabhängigkeit vom imperialistischen US-Rivalen zu erlangen.

Die Verherrlichung der Rolle der Bundeswehr vor der kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands als „Verteidigungsarmee“ durch die BT ist ein weiterer Beweis für ihren tief sitzenden Antisowjetismus. Diese Position, logisch zu Ende geführt, bringt einen dazu, mit der deutschen Bourgeoisie gegen die Sowjetunion und die DDR eine Seite zu beziehen, d. h. für die Verteidigung des kapitalistischen Vaterlands einzutreten. Wie der amerikanische trotzkistische Führer James P. Cannon über die Verteidigung Sowjet-Russlands bemerkte: „Die Verteidiger des eigenen Landes

waren Defätisten gegenüber Rußland. Die Verteidiger Rußlands waren Defätisten gegenüber ihrem eigenen Land“ („Wir sind die Partei der Russischen Revolution!“, Oktober 1939, siehe *Spartakist* Nr. 59, November/Dezember 1988).

1945 zerschlug die heldenhafte Rote Armee das Nazi-Regime. Nach 1945 wurde durch die Präsenz der sowjetischen Truppen in Ostdeutschland und den Beginn des imperialistischen Kalten Krieges gegen die UdSSR die Deutsche Demokratische Republik (DDR), ein deformierter Arbeiterstaat, geschaffen und die deutsche Bourgeoisie in diesen Gebieten enteignet. In den westdeutschen Besatzungszonen bauten die alliierten Imperialisten USA, Britannien und Frankreich die Herrschaft der deutschen Bourgeoisie auf, als ein Bollwerk gegen die „roten Horden“ aus dem Osten. Die Bundeswehr wurde durch Hitlers ehemalige Generäle und Offiziere aufgebaut. Diese Panzerarmee verfolgte den Zweck, im Gesamtrahmen der NATO-Pläne, für die „Eindämmung“ und ultimativ die Eroberung der Sowjetunion, einschließlich durch einen nuklearen Erstschatz der USA, militärisch Druck auf die sowjetischen Truppen in Deutschland auszuüben und diese zu binden. In dieser Konfrontation zwischen den imperialistischen Mächten und der UdSSR standen wir Trotzlisten unerschrocken für die bedingungslose militärische Verteidigung des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaats und der deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas gegen imperialistischen Angriff.

Nicht so die BT, deren Gründungsmitglieder ein Konglomerat verbitterter Ex-Mitglieder unserer Organisation sind, die Anfang der 1980er-Jahre kalte Füße über unsere Verteidigung der Sowjetunion bekamen, als sich der Zweite Kalte Krieg zuspitzte. Sie hassten unsere Forderung „Hoch lebe die Rote Armee! Für die Ausweitung der sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution auf die afghanischen Völker!“, mit der wir die sowjetische Intervention gegen die CIA-gesponserten Mudschaheddin 1979 begrüßten. 1981 beantworteten wir den konterrevolutionären Griff nach der Macht durch die antisemitische, klerikale, reaktionäre Solidarność in Polen mit dem Aufruf: „Stoppt die Konterrevolution der Solidarność!“ Ein Gründer des deutschen BT-Vorläufers GIVI (Gruppe Vierte Internationale) wich

Fortgesetzt auf Seite 32

Jelzins konterrevolutionären Barrikaden in Moskau standen. Heute sind sie der „linke“ Flügel der volksfrontlerischen Sozialforen. Wie Trotzki feststellte, ist die Volksfront keine „Taktik“, sondern das größte Verbrechen. Sie bedeutet die Unterordnung der Interessen der Arbeiterklasse unter die der Kapitalisten.

Das Haupthindernis für die Entwicklung von revolutionärem Klassenbewusstsein sind die sozialdemokratischen Irreführer der Arbeiterklasse. Hierzulande sind dies vor allem SPD und Linkspartei. Als bürgerliche Arbeiterparteien haben sie eine Arbeiterbasis, die Führung ist jedoch prokapitalistisch. Die mit ihnen verbundene Gewerkschaftsbürokratie sorgt dafür, dass Klassenkämpfe möglichst im Rahmen bürgerlicher Legalität gehalten werden. Der Berliner SPD/PDS-Senat ist die Speerspitze von Angriffen auf soziale

Errungenschaften: Kündigung des Tarifvertrags im öffentlichen Dienst, Schließung von Kitas, massive Kürzungen bei Hochschulen, Durchführung rassistischer Abschiebungen und Vollstreckung von Hartz IV. Es ist notwendig, die Arbeiterbasis von ihren prokapitalistischen Führern zu brechen.

Das imperialistische System hat die Menschheit schon zweimal an den Rand des Abgrunds geführt – für das nächste Mal haben sie ein Atomwaffenarsenal, mit dem der Planet gleich mehrmals zerstört werden könnte. Wie Rosa Luxemburg sagte, stellen sich nur zwei Alternativen: Sozialismus oder Barbarei. Die Spartakist-Jugend tritt ein für eine Welt frei von Ausbeutung, Rassismus, Frauenunterdrückung und imperialistischem Krieg. Dazu brauchen wir eine multiethnische Arbeiterpartei, die für neue Oktoberrevolutionen weltweit kämpft! ■

# Spartakist-Gruppe Polen wiedergegründet

**Für neue Oktoberrevolutionen!  
Für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale!**

Der folgende Artikel wurde übersetzt aus Platforma Spartakusowców, Extrablatt Nr. 23 (Mai 2007), Zeitung der Spartakist-Gruppe Polen (Spartakusowska Grupa Polski – SGP), die auch bei den Maidemonstrationen in Warschau verkauft wurde.

Wir sind stolz darauf, die Wiedergründung der Spartakist-Gruppe Polen als sympathisierende Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten – IKL) bekannt zu geben. Die SGP wird ein Teil unserer disziplinierten, demokratisch-zentralistischen Internationale sein. Wir verpflichten uns dem Kampf für neue Oktoberrevolutionen weltweit, dem Kampf für eine internationale sozialistische Gesellschaft, die den gesamten Reichtum der Erde der Menschheit zur Verfügung stellen wird. Die Entscheidung, die SGP wiederzugründen, wurde Anfang des Jahres von den Delegierten der Fünftenden Internationalen Konferenz der IKL getroffen.

Die SGP wurde erstmals im Oktober 1990 als Ergebnis der Fusion der Bewegung der Jungen Linken (RML) Polens und der IKL gegründet, unmittelbar nach der kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands und dem Kampf der IKL gegen die Konterrevolution. Die RML war eine Gruppe subjektiv kommunistischer Aktivisten, die Ende der 80er-Jahre aus der stalinistischen Jugendbewegung des polnischen deformierten Arbeiterstaates entstanden war. Die Genossen der RML begannen zu einem Verständnis zu gelangen, dass das, was in der Volksrepublik Polen existierte, nicht Sozialismus war, sondern dass es ein deformierter Arbeiterstaat war. Obwohl die polnische Bourgeoisie Mitte bis Ende der 40er-Jahre enteignet worden war, als Folge der Befreiung Polens von der deutschen Besetzung durch die Rote Armee, wurde Polen nicht von demokratisch gewählten Arbeiterräten regiert, sondern von einer parasitären bürokratischen Kaste – ähnlich wie in der Sowjetunion unter Stalin –, die ihre Privilegien von den kollektivierten Eigentumsformen ableitet. Die Stalinisten der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei logen der Arbeiterklasse vor, sie

wären dem Aufbau des Sozialismus verpflichtet. In Wirklichkeit führten sie ein Programm aus, das den Interessen der internationalen proletarischen Revolution direkt entgegengesetzt war.

Die RML kam zu dem Verständnis, dass Sozialismus eine klassenlose, egalitäre Gesellschaft ist, die nur auf der Basis einer qualitativ höheren Wirtschaftsentwicklung und einer internationalen Arbeitsteilung erreicht werden kann, was eine Reihe von Arbeiterrevolutionen in der ganzen Welt erfordert. Mit ihrer Lüge vom „Aufbau des Sozialismus in einem Land“ biedernten sich die Stalinisten an den Nationalismus an, was mit der Reklame für „friedliche Koexistenz“ mit dem Imperialismus Hand in Hand ging. Daher waren sie vehement gegen den Kampf für sozialistische Revolutionen im Westen. In Polen gewährten die Stalinisten der katholischen Kirche gewaltige Rechte und passten sich der politisch und sozial rückständigen Bauernschaft an. Während der 70er-Jahre verpfändeten die Stalinisten den Reichtum Polens an die westlichen Banken und subventionierten die landbesitzenden Bauern massiv, was die polnische

## Platforma SPARTAKUSOWCÓW

Dodatek nr 23

MAJ 2007

0,50 zł

### Spartakusowska Grupa Polski odbudowana

Z dumą ogłaszamy ponowne założenie Spartakusowskiej Grupy Polski (SGP) jako sympatyzującej sekcji Międzynarodowej Ligi Komunistycznej (Czwartokrajowej). SGP będzie trzcizną naszej zjednoczonej, opartej na zasadzie demokratycznego centralizmu, międzynarodówki. Jesteśmy oddani walce o nowe Rewolucje Październikowe na całym świecie, walce o nowe Rewolucje Październikowe, socjalistyczne społeczeństwo, które odda bogactwo całego świata w ręce ludzkości. Decyzję o odbudowie SGP podjęli delegaci na Piątą Międzynarodową Konferencję MLK, która odbyła się na początku tego roku.

SGP została założona po raz pierwszy w październiku 1990 r., w wyniku fuzji Ruchu Młodej Lewicy (RML) z Polski i MLK, udołowanego po kapitalistycznej reunifikacji Niemiec, przeciw której MLK walczyła. RML był grupą inwazyjną się za komunistów działającą, wywodzących się ze stalinowskiego ruchu młodzieżowego w polskim zdefiniowanym państwie robotniczym pod koniec lat 80-tych. Towarzysze z RML zaczęli rozumieć, że to co istniało w Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej (PRL) nie było socjalizmem, lecz że Polska była zdefiniowanym państwem robotniczym. W drugiej połowie lat 40-tych ob. wieku polska burżuazja została wywalczona, wskutek wyzwolenia kraju spod niemieckiej okupacji przez radziecką Armię Czerwoną. Polską nie rządziły jednak demokratycznie wybrane rady robotnicze, lecz pasywna kasta biurokracyjna, bardzo podobna do radzieckiej za Stalina, która czepiała swoje przywileje z form skolektywizowanej własności. Stalinowcy z Polskiej Zjednoczonej Partii Robotniczej (PZPR) okazywali klasie robotniczej, że ich celem była budowa socjalizmu. W rzeczywistości realizowali program, który był sprzeczny z interesami międzynarodowej rewolucji proletariackiej.

RML rozumiał, że socjalizm to bezklasowe, egalitarne społeczeństwo, które można ustanowić jedynie na bazie wyższego poziomu rozwoju gospodarczego (oznaczać wyższą jakość) i międzynarodowego podziału

**O nowe Rewolucje Październikowe! Przekuć Czwartą Międzynarodówkę!**

pracy. Wynaga to szeregu rewolucji socjalistycznych na świecie. Budowanie „socjalizmu w jednym kraju” było stalinowskim kłamstwem, które sprzyjało nacjonalizmowi i towarzyszyło promowaniu „pokojuowego współistnienia z imperializmem”. Tym samym stalinowcy wszystkimi siłami przeciwstawiali się walce o rewolucje socjalistyczne na Zachodzie. W samej Polsce stalinowcy nadali niezwykle szerokie prawa hierarchii katolickiej i dopasowali się do politycznie i społecznie zacofanego chłopstwa. W latach 70-tych stalinowcy zadłużyli polską gospodarkę u zachodnich bankierów i na wielką skalę dopłacali do chłopów posiadających ziemię, co zrujnowało kraj ekonomicznie.

Stalinowcy nie pozwalali spełnić aspiracji klasy robotniczej, dlatego w 1980 r. więźność tradycyjnie prosojalistycznego proletariatu Polski została w pełni objęta kościoła katolickiego. Robotnicy masowo wstępowali do „Solidarności”, której przywódcą Lech Wałęsa nie przepuszczał żadnej okazji, by deklorować się jako oddany syn polskiego kościoła. Do września 1981 r. „Solidarność” skonsolidowała się wokół programu kapitalistycznej konterrewolucji, co było widoczne w jej werbeniach o „wolne związki zawodowe” – bojowym hasle zinnowojennego antysowietyzmu i o „wolne wybory”, co oznaczało restaurację kapitalizmu pod przykrywką rządu parlamentarnego. Otrzymała ona aktywne wsparcie ze strony całego wachlarza sił reakcyjnych, takich jak Wąchan polskiego papieża Karola Wojtyły (Jan Paweł II), Ronald Reagan – rozbijający związką zawodową prezydent USA, Margaret Thatcher – premier Brytanii z partii torysów, czy antykomunistyczna Socjaldemokratyczna Partia Niemiec (SPD). Poprzednik MLK, międzynarodowy nurt Spartakusowców (IS), opisał ówczesną „Solidarność” jako „złoty związek” (company union) na rzecz CIA i bankierów, wysuwając wezwanie „Zatrzymać konterrewolucję «Solidarności»” i podkreślając, że polska klasa robotnicza potrzebuje partii trockistowskiej.

Wirtschaft ruinierte.

Die Bestrebungen der Arbeiterklasse wurden von den Stalinisten immer wieder enttäuscht, so dass bis 1980 eine Mehrheit des traditionell prosozialistischen polnischen Proletariats in die Arme der katholischen Kirche getrieben worden war. Arbeiter strömten zur Solidarność, deren Führer Lech Walesa keine Gelegenheit ausließ, sich zum treuen Gefolgsmann der polnischen Kirche zu erklären. Bis September 1981 hat sich Solidarność um ein Programm für die kapitalistische Konterrevolution gefestigt, wie ihr Ruf nach „freien Gewerkschaften“ zeigt – ein Schlachtruf des Kalten-Kriegs-Antisowjetismus – und nach „freien Wahlen“, was die kapitalistische Restauration unter dem Deckmantel parlamentarischer Regierungstätigkeit bedeutet hätte. Sie erhielt von einem weiten Bereich reaktionärer Kräfte aktive Unterstützung, so vom Vatikan unter dem polnischen Papst

Karol Wojtyła (Johannes Paul II.), vom gewerkschaftsfeindlichen US-Präsidenten Ronald Reagan, von Britanniens Tory-Premierministerin Margaret Thatcher und von der anti-kommunistischen SPD. Die Vorläuferin der IKL, die internationale Spartacist-Tendenz (iST), beschrieb damals Solidarność als eine gelbe Gewerkschaft für CIA und Bankiers und rief dazu auf: „Stoppt die Konterrevolution der Solidarność!“, und betonte, dass die polnische Arbeiterklasse eine trotzkistische Partei braucht.

Als im Dezember 1981 General Wojciech Jaruzelski den Versuch von Solidarność unterdrückte, die Macht an sich zu reißen, unterstützte die iST diese Maßnahme. Gleichzeitig warnten wir, dass die Stalinisten in der Lage wären, den polnischen Arbeiterstaat an den Kapitalismus auszuverkaufen, was sie schließlich 1989/90 auch taten. Die Position der iST war eine direkte Anwendung des trotzkistischen Programms: bedingungslose militärische Verteidigung der bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten gegen innere und äußere Konterrevolution sowie proletarisch-politische Revolution, um die parasitären bürokratischen Kasten abzusetzen und ihre Herrschaft durch die von demokratisch gewählten Arbeiterräten zu ersetzen, die sich auf die Verteidigung der kollektivierten Eigentumsformen, der Planwirtschaft und eine internationalistische Perspektive stützen.

Die RML begann unter dem Druck der Ereignisse in Polen vom Stalinismus zu brechen. Sie hat eine schöne Tradition der frühen Kommunistischen Internationale, die in Polen Ende der 80er-Jahre fast vergessen war, wieder entdeckt und bewahrt: im Januar die „Drei L“ zu ehren, Wladimir Iljitsch Lenin, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die herausragenden Führer des russischen, polnischen und deutschen Kommunismus. Durch die Ehrung der Drei L brach die RML effektiv mit polnischem Nationalismus, der von der stalinistischen Bürokratie vorangetrieben wurde, und setzte sich von anderen linken Organisationen ab, die zu der Zeit aktiv die Konterrevolution von Solidarność unterstützten.

Was die RML besonders an die IKL heranzog, war der Kampf der IKL für ein rotes Rätedeutschland in einem sozialistischen Europa während der sich entfaltenden proletarisch-politischen Revolution in der DDR 1989/90. Die IKL war international die einzige Organisation, die gegen die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands gekämpft hat. Ein „Brief an die polnischen Arbeiter“, herausgegeben von der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD) im Mai 1990, stellte die entschlossene Gegnerschaft der IKL zur Konterrevolution der Solidarność klar. Die RML teilte diese Auffassung und machte das trotzkistische Programm der IKL zu ihrem eigenen. Wie die RML im Juli 1990 in



Ullstein

**Revolutionäre Marxistin Rosa Luxemburg spricht bei Kundgebung 1907 gegen deutschen Imperialismus**

einem Brief an unsere deutsche Sektion festhielt: „In der trotzkistischen Bewegung in Polen stoßen wir oft auf Aktivist:innen, die aus ‚Solidarność‘ kommen oder zumindest alle ihre Hoffnungen auf ‚Solidarność‘ setzen... Es wird zunehmend schwieriger für uns, mit ihnen eine gemeinsame Sprache zu finden.“

**Das konterrevolutionäre Erbe von Solidarność**

Die SGP wurde 1990 auf der Grundlage des Übereinkommens für gemeinsame Arbeit zwischen der RML und der IKL gegründet. Das Übereinkommen wies die Vorstellung einer „Familie der Trotzki:innen“ zurück. Es hielt fest, dass Trotzkismus nichts gemeinsam hat mit den Propagandisten von Antikommunismus wie den Anhängern von Nahuel Moreno oder dem Vereinigten Sekretariat von Ernest Mandel, der 1983 die Solidarność-Führung als „die besten Sozialisten der Welt“ feierte. Unsere pseudotrotzkistischen Opponenten verteidigen bis zum heutigen Tage ihre

*Fortgesetzt auf Seite 10*



Platforma Spartakusowców



Links: Spartakisten beim 1. Mai 1992 in Warschau protestieren gegen Antisemitismus und Angriffe auf Abtreibungsrechte. Oben: Erste Ausgabe der SGP-Presse (Oktober 1990) druckt den „Brief an polnische Arbeiter“ von der SpAD ab



Fabian/Sygm

### Solidarność-Führer Walesa trifft Papst Wojtyła, 1981

### Spartakist-Gruppe Polen...

Fortsetzung von Seite 9

Unterstützung für die konterrevolutionäre Solidarność. Im krassen Gegensatz zur Solidarność-freundlichen Linken, die vor dem Gift des polnischen Nationalismus kapituliert, erklärten wir: „Polnische Kommunisten müssen unerbittlich gegen den pilsudkistischen Nationalismus kämpfen, der die Arbeiter dem Diktat des IWF unterwirft und gleichzeitig antirussischen und antideutschen Chauvinismus herauswürgt. Nur proletarischer Internationalismus bietet einen Weg vorwärts – Für die revolutionäre Einheit der sowjetischen, polnischen und deutschen Arbeiter! Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!“ (*Platforma Spartakusowców* Nr. 1, Oktober 1990, und *Spartakist* Nr. 80, 20. November 1990).

In den folgenden Jahren gab die SGP die *Platforma Spartakusowców (PS)* heraus und intervenierte aktiv in Klassenkämpfe und soziale Kämpfe wie den Kohlenbergarbeiterstreik 1992 und bei der Verteidigung von eingewanderten Roma gegen Abschiebung 1996. Im Gegensatz zur übrigen Linken stellten wir uns sowohl gegen die aus der Solidarność entstandenen bürgerlichen Parteien als auch gegen die exstalinistische, sozialdemokratische SLD (Allianz der Demokratischen Linken), die Bündnisse mit kapitalistischen Parteien anführte. Solche Formationen, basierend auf Übereinkünften zwischen bürgerlichen Arbeiterparteien wie der SLD (einer Partei mit einer Arbeiterbasis und einer prokapitalistischen Führung) und bürgerlichen Parteien, sind „Volksfronten“ – politische Blöcke basierend auf dem Programm der Verwaltung des Kapitalismus, die damit die Arbeiterklasse unmittelbar den Parteien der Bourgeoisie unterordnen. *PS* veröffentlichte außerdem Artikel der IKL über breitere internationale Themen.

**Besucht die Website der  
Internationalen  
Kommunistischen Liga!**

[www.spartacist.org](http://www.spartacist.org)

Das Internationale Exekutivkomitee der IKL entschied 2001, die SGP aufzulösen. Die objektive politische Situation in Polen wurde fälschlich als für die IKL hoffnungslos angesehen, im Gegensatz zu den Arbeitskämpfen und sozialen Auseinandersetzungen, die zu der Zeit in Westeuropa stattfanden. Die Vierte IKL-Konferenz 2003 nahm jedoch eine kritische Neueinschätzung der internen Probleme vor, die aus den Auswirkungen der kapitalistischen Konterrevolution auf unsere Organisation herrührten. Das Dokument dieser Konferenz stellte nüchtern fest:

„Dass wir nicht erkannt haben, in welcher Periode wir leben und in welchem Verhältnis notwendigerweise unsere kleine revolutionäre Avantgarde zum Proletariat steht, und dass die Sowjetunion als aktiver und bestimmender Faktor in der Politik nicht mehr existiert, hat zu Desorientierung geführt. Das Missverhältnis zwischen unserer geringen Größe und unseren spärlichen Wurzeln in der Arbeiterklasse einerseits und unserem proletarisch-internationalistischen Ziel andererseits hat zu Enttäuschung und Ungeduld geführt, die sich in opportunistischen Ausbrüchen und sektiererischem Moralismus zeigten.“ (*Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 24, Sommer 2004)

Die Konferenz kam zu dem Schluss, dass die Unfähigkeit, mit der Welt, die der Sturz der UdSSR hervorgebracht hat, sowie mit dem sich daraus ergebenden Rückschritt im Bewusstsein zurechtzukommen, der Krise der IKL von 2003 zugrunde lag. Die Wucht der Niederlagen und der darauf folgenden sozialen Katastrophen durch kapitalistische Konterrevolution haben das Verständnis unserer Kader beeinträchtigt, dass die IKL die Partei der Russischen Revolution, der neuen Oktoberrevolutionen war und ist und den Weg zur anstehenden Umgestaltung der Erde weisen soll. Im Grunde stellte sich die Frage, „ob wir um die Aufrechterhaltung unserer revolutionären Kontinuität kämpfen oder ob wir die Weltsicht unserer Opponenten übernehmen und schließlich vor ihr kapitulieren werden. Für diese Opponenten ist die Frage der Revolution, die russische Frage, eine ‚alte‘ Frage, die nicht in ihre ‚neue Weltrealität‘ passt.“ Nach unserer Konferenz 2003 begannen wir eine weitere Neuuntersuchung der bisherigen Praktiken und politischen Fragen.

Eine der Fragen, die neu untersucht wurden, war unsere Propaganda über Solidarność in den 90er-Jahren. Nach der Zerstörung des polnischen deformierten Arbeiterstaats 1989/90 hatte Solidarność ihren Zweck als Speerspitze der Konterrevolution erfüllt. Ihre bäuerliche Mitgliedschaft und viele Intellektuelle setzten sich ab und gründeten ihre eigenen bürgerlichen Parteien. Dadurch begann Solidarność (und ihre Abspaltungen wie Solidarność 80 und Sierpien 80) von der sozialen Zusammensetzung her eher einer Gewerkschaft zu ähneln. Während der ersten Amtszeit einer SLD-geführten Regierung im Polen nach der Konterrevolution bemerkten wir, dass die „offizielle Solidarność-Gewerkschaft sich jetzt als Verfechterin von Arbeiterinteressen aufspielt, während sie ihre antikommunistische Demagogie auf Touren bringt und offen faschistoiden Kräften Entgegenkommen zeigt“ (*PS* Nr. 5, Frühjahr 1995).

Indem wir nur das Letztere berücksichtigt hatten, haben wir jedoch in einem Artikel der *PS* 1998 einseitig argumentiert, dass die „Funktion von Solidarność nichts mit ‚Gewerkschaftertum‘ irgendeiner Art zu tun hat, ob ‚kämpferisch‘ oder nicht“. Nach einer internen Diskussion in der IKL korrigierten wir 2005 diese Formulierung durch unseren Artikel „Die Rechte gewinnt polnische Wahlen“ (*Spartakist* Nr. 161, Winter 2005/2006 bzw. *Platforma Spartakusowców* Nr. 13, Dezember 2005) und hielten fest, dass die Formulierung fälschlicherweise die Tatsache bestreitet, dass Solidarność *sowohl* eine Gewerkschaft *als auch* eine reaktionäre, klerikalistische Organisation ist: „Solidarność organi-

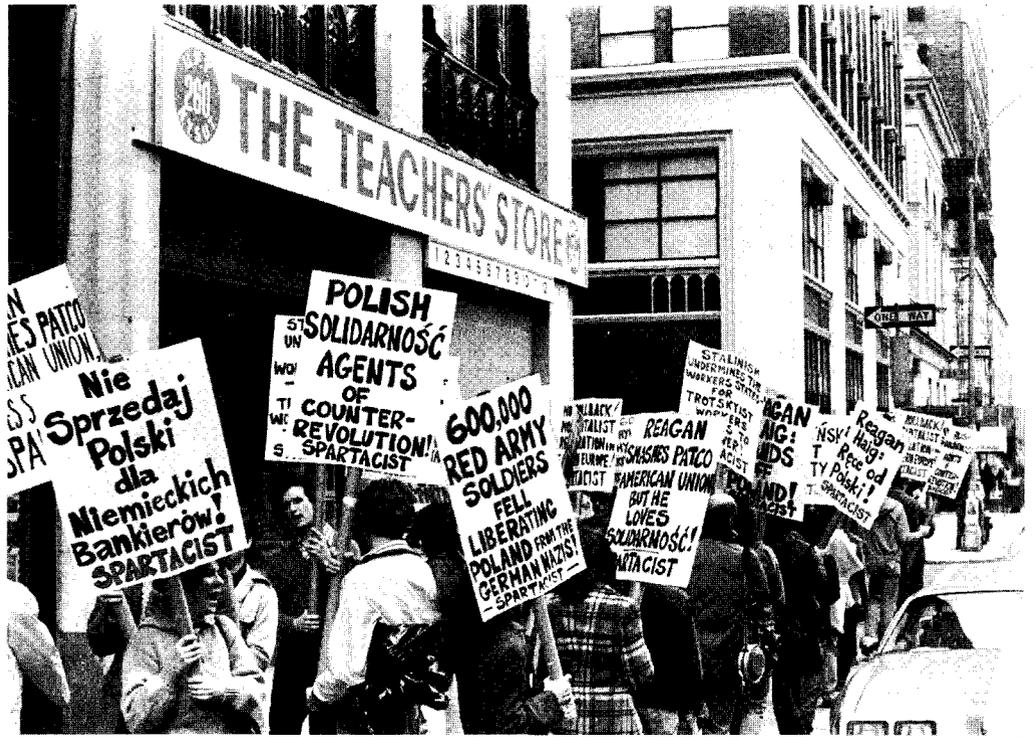
siert Arbeiter in der Produktion und führt manchmal defensive ökonomische Kämpfe; gleichzeitig fungiert sie als eine politische Bewegung, die eng mit der katholischen Hierarchie und explizit rechten nationalistischen Parteien verbunden ist.“ Dieser Artikel, der vor dem Hintergrund der obszönen 25-Jahre-Feierlichkeiten für Solidarność die stolze Geschichte der IKL im Kampf gegen die Konterrevolution zusammenfasst, wurde in enger Zusammenarbeit der IKL mit ihren Sympathisanten und Unterstützern in Polen geschrieben.

Trotz der Auflösung der SGP intervenierte die IKL, hauptsächlich durch die SpAD, weiterhin bei linken Veranstaltungen und Klassenkämpfen in Polen und suchte die Diskussion mit Aktivisten, die sich für unser Programm interessierten und die abgestoßen waren von dem Bekenntnis der polnischen Linken zu Antikommunismus und polnischem Nationalismus. Diese Arbeit wurde zu einem großen Teil durch einen der Gründungskader der SGP erleichtert, der weiterhin eng mit der IKL zusammengearbeitet hat. Wir festigten einen weiteren IKL-Sympathisanten und gewannen weitere hinzu.

### Für eine leninistische Avantgardepartei!

Die organisatorische Abwesenheit der IKL in Polen ab 2001 hinterließ ein Vakuum, das sich mit verschiedenen Nachahmungen füllte – wenn auch beschränkt auf das Internet, da viele dieser Linken die Illusion teilen, dass das Hochladen von Texten und Chatten die harte Arbeit ersetzen kann, eine trotzkistische Partei zu schmieden durch polemischen Kampf gegen alle Arten von Opponenten und durch aktive Intervention bei Klassenkämpfen und sozialen Auseinandersetzungen. Unser prinzipienfester Kampf [2005] gegen einen dieser Nachahmer, *Platforma Proletariacka (PP)*, ebnete den Weg für die Wiedergründung der SGP.

*PP* war die Schöpfung eines früheren SGP-Unterstützers, der eine Zeit lang als Spartakist auftrat. Das Ausmaß, in dem er mit dem IKL-Programm gebrochen hatte, konnte man in seiner Erklärung 2005 für die kritische Wahlunterstützung einer bürgerlich-liberalen Kandidatin für das polnische Präsidentenamt, Maria Szyszkowska, sehen. *PP* stellte sie fälschlicherweise als einen Gegner der Konterrevolution von Solidarność und der SLD-Sozialdemokraten (damals an der Regierung) dar. Diese Position war dem marxistischen Prinzip der Unabhängigkeit der Arbeiterklasse entgegengesetzt, das notwendigerweise verlangt, nicht für bürgerliche Kandidaten zu stimmen. Letztendlich bedeutete das, sich vom harten Kampf der IKL gegen die kapitalistische Konterrevolution zu verabschieden. Wir haben auf dieses prinzipienlose Manöver in unserer „Erklärung von Sympathisanten und Unterstützern der IKL in Polen“ vom 4. September 2005 geantwortet: „Der Umstand, dass *PP* Szyszkowska bei den Wahlen kritische Unterstützung geboten hat, zeugt bestenfalls von einem Versuch, unter dem Einfluss ihrer links tönenden Forderungen ihr Image aufzubessern, schlimmstenfalls von dem verzweifelten Bestreben, in einer ‚politischen Szene‘ zu existieren, die von dem reaktio-



New York, 1981: Protest der Spartacist League/U.S. vor Solidarność-Büro entlarvt Walesas Truppe als gelbe Gewerkschaft für CIA, Vatikan und deutsche Banker

nären Klima Polens nach der Konterrevolution geprägt ist.“ *PP* hat die Kritik schließlich akzeptiert, die Verletzung marxistischer Prinzipien zugegeben und den Betrieb eingestellt.

Die wiedergegründete Gruppe steht im Großen und Ganzen vor genau denselben Fragen, die zur Zeit der Gründung der SGP 1990 gestellt waren. Die kapitalistische Konterrevolution, vorangetrieben von Solidarność und begrüßt von den zerfallenden stalinistischen Totengräbern der Revolution, bedeutet Angriff auf die Lebensverhältnisse der Arbeiterklasse, verschärften nationalen Chauvinismus, antisemitische Angriffe und die Verfolgung von ansässigen und eingewanderten Roma. Wir warnten davor, dass Frauen besonders schwer getroffen werden – sie waren die ersten, die entlassen wurden, sie bekommen für die gleiche Arbeit weniger Lohn als Männer, und sie sind von dem reaktionären Abtreibungsverbot betroffen. Die Jugend wird in den Schulen mit katholischen und polnisch-nationalistischen Wertvorstellungen indoktriniert. Die exstalinistischen Sozialdemokraten der SLD stellten ihre Loyalität gegenüber der Bourgeoisie unter Beweis, indem sie während zweier Wahlperioden den kapitalistischen Staat verwalteten. Ihre Angriffe auf die Errungenschaften der Arbeiterklasse bahnten den Weg für die Wahlsiege der rechten, reaktionären Parteien 1997 und 2005. Jetzt strebt die SLD an, wieder ein Bündnis mit bürgerlich-liberalen Demokraten zusammenzuzimmern, um nach den nächsten Wahlen erneut den polnischen Kapitalismus zu verwalten.

Die polnische Bourgeoisie führt ihr Militärbündnis mit den USA fort. Polen ist 1999 der NATO beigetreten, und seit 2003 beteiligt es sich an der kolonialen Besetzung des Irak. Kürzlich hat Polen seine Truppen in Afghanistan verstärkt. Polen ist 2004 der EU beigetreten, einem auf der Grundlage von Antisowjetismus gebildeten Zusammenschluss imperialistischer Staaten, der aufrechterhalten wird, um den Konkurrenzkampf gegen die amerikanischen und japanischen imperialistischen Rivalen zu erleichtern.

Die jüngsten Erweiterungen der EU nach Osteuropa zielen darauf ab, die schlecht bezahlten und gut ausgebildeten Arbeitskräfte dort auszubeuten und die Märkte und Einflussphären der europäischen imperialistischen

Fortgesetzt auf Seite 12



Juli 2005: 5000 Bergarbeiter demonstrieren vor polnischem Parlament um Renten zu verteidigen

### Spartakist-Gruppe Polen...

Fortsetzung von Seite 11

Bourgeoisien auszuweiten. Gleichzeitig verfolgt die EU Kahlschlagspolitik gegen die Arbeiterklasse mit dem Ziel, den „Sozialstaat“ in den westeuropäischen Ländern zu zerstören. Sie entfesselt Bullenterror gegen Minderheiten mit türkischem, asiatischem, arabischem, afrikanischem Hintergrund und gegen Roma, und steigerte drastisch die Maßnahmen, die EU gegen weitere Immigration abzuschotten. Obwohl Deutschland der stärkste Bestandteil ist, fehlt der EU ein verbindendes politisches oder wirtschaftliches Zentrum. Die EU ist durch die Rivalitäten ihrer Bourgeoisien gespalten. Britannien hat sich mit der amerikanischen Bourgeoisie gegen die deutschen und französischen imperialistischen Interessen gestellt. Die neueren osteuropäischen Mitglieder, einschließlich Polen, verbünden sich häufig politisch mit dem US-Imperialismus. Der imperialistischen EU stellen wir unseren Kampf für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa entgegen!

Die jetzige Regierung der erzreaktionären Zwillinge Lech und Jaroslaw Kaczynski hat Aktivisten für Schwulenrechte böseartig angegriffen, während sie die momentanen Bestrebungen vorantreibt, das Abtreibungsrecht noch weiter einzuschränken, sogar bei Fällen von Vergewaltigung oder gesundheitlichen Problemen. Sie hat die Macht des kapitalistischen Staats gestärkt, indem sie ein verschärftes Strafrecht und Schnellgerichte eingeführt hat. Jetzt, wo die Unzufriedenheit mit der Regierung bei den älteren Generationen der Arbeiterklasse und ihren Kindern wächst – die sich noch an die sozialen Errungenschaften erinnern, die durch die Konterrevolution zerstört wurden, wie Arbeit für alle, kostenlose, hochwertige medizinische Versorgung und ein Bildungssystem, das für alle zugänglich war –, treten die Kaczynskis die „Lustracja“ los, eine antikommunistische Hexenjagd im Stil von McCarthy.

Die „Lustracja“ bedroht viele aus der älteren Generation mit der Säuberung aus ihren Arbeitsplätzen, weil es Aufzeichnungen gibt über ihre Zusammenarbeit oder Kontakte mit den stalinistischen Sicherheitskräften – ein Verbrechen in den Augen der Bourgeoisie. Die Bourgeoisie verfolgt Angehörige der Sicherheitsbehörden dafür, dass sie die anti-kommunistische Heimatarmee (AK) unterdrückt haben, und hat Jaruzelski vor Gericht gestellt, weil er im Dezember 1981 den Versuch von Solidarność, die Macht an sich zu reißen, erfolgreich vereitelt hatte. Jaruzelski und andere Vertreter der früheren Volksrepublik Polen werden von der

falschen Klasse für die falschen Verbrechen angeklagt! Die Hexenjagd gegen sie dient letztendlich nur der Kriminalisierung von jedem, der heute für eine sozialistische Zukunft kämpft. **Nieder mit der antikommunistischen Hexenjagd! Hände weg von Jaruzelski!**

Unsere neuen Mitglieder wurden hauptsächlich über die stolze Geschichte des Kampfes der IKL gegen die kapitalistische Konterrevolution und für Trotz-kismus in Polen gewonnen. Einer unserer Genossen begegnete der IKL bei einer Demonstration für Frauenrechte am Internationalen Frauentag und wurde von der IKL angezogen über unseren Kampf für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution und für volle demokratische Rechte für Homosexuelle. Unsere Opponenten in der Linken reden mit streikenden Arbeitern nur über ökonomische Forderungen und weigern sich, reaktionäre Vorurteile wie Antisemitismus, männlichen Chauvinismus oder schwulenfeindliche Intoleranz zu bekämpfen; wenn diese Opportunisten auf Demonstrationen für Frauenrechte gehen, bieten sie bürgerlich-feministische Vorstellungen feil. Im Gegensatz dazu intervenieren wir bei allen Kämpfen, in allen Schichten der Gesellschaft mit dem revolutionären Programm. Wir sagen streikenden Arbeitern, dass Fortschritt für das Proletariat nur erreicht werden kann, wenn es aktiv die Rechte der Unterdrückten verfehlt, und wir sagen Aktivisten für Frauenrechte, dass sie sich auf die Arbeiterklasse orientieren müssen, die die einzige Klasse der Gesellschaft ist mit der sozialen Macht und dem objektiven Interesse, das kapitalistische System mit seiner Frauenunterdrückung zu stürzen. Wir kämpfen für den Aufbau einer revolutionären Partei, die, mit Lenins Worten, ein Volkstribun sein muss.

### Trotzkismus und der Zweite Weltkrieg

Im Laufe des Wiederaufbaus der polnischen Sektion der IKL haben wir die trotzkistische Position zum Zweiten Weltkrieg diskutiert. Die zynischen Propagandisten der Kapitalistenklasse stellen den Zweiten Weltkrieg als einen Krieg zwischen Demokratie und Faschismus dar. Das ist völlig verkehrt! Tatsächlich war der Zweite Weltkrieg ein Krieg zwischen konkurrierenden Banden imperialistischer Räuber. Unser revolutionärer Vorläufer, Trotzki Vierte Internationale, bezog keine Seite im Krieg zwischen den imperialistischen Achsenmächten Nazideutschland, Italien, Japan und den imperialistischen Alliierten Britannien, Frankreich, USA, die ihre Gier nach Weltherrschaft und ungezügelter imperialistischer Ausbeutung der Kolonien mit „demokratischer“ Rhetorik abdeckten. Während des Zweiten Weltkriegs war die polnische Bourgeoisie ein Lakai des französischen und britischen Imperialismus. Aus diesem Grund bezogen die Trotzkisten beim Krieg 1939 zwischen dem imperialistischen Deutschland und Polen, das in Trotzki Worten lediglich ein „verkrüppelter“ Gangster des Imperialismus“ war, keine Seite. Um diese Frage zu klären, bezogen wir uns auf Trotzki machtvollen Artikel „A Fresh Lesson“ [Eine frische Lehre] von 1938, geschrieben zur Zeit des Münchner Abkommens, aufgrund dessen Hitlers Wehrmacht die tschechischen Teile der Tschechoslowakei zerstückelte und annektierte:

„Selbst von seinen internationalen Verbindungen abgesehen, ist die Tschechoslowakei ein absolut imperialistischer Staat... Ein Krieg, selbst seitens einer isolierten Tschechoslowakei, würde also nicht um die nationale Unabhängigkeit geführt werden, sondern um den Erhalt und, wenn möglich, die Ausweitung der Grenzen der imperialistischen Ausbeutung...“

Ein imperialistischer Krieg, gleich in welcher Ecke er beginnt, wird nicht um ‚nationale Unabhängigkeit‘ geführt



Oben: Erklärung der Internationalen Kommunistischen Liga von 1995 in Deutsch, Polnisch, Englisch und Russisch zum 50. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz durch die Rote Armee. Rechts: Soldat hisst die Sowjetfahne über dem Reichstag in Berlin, nachdem die heldenhafte Rote Armee Osteuropa vom Faschismus befreite



Jewgeni Chaldej

werden, sondern um die Neuaufteilung der Welt im Interesse unterschiedlicher Cliquen des Finanzkapitals.“

Im Krieg zwischen Nazideutschland und der Sowjetunion hatten wir eine Seite. Wir stehen in der Tradition der mutigen Trotzisten im jüdischen Warschauer Ghetto, die erklärten: „Wir verteidigen den Arbeiterstaat, ungeachtet des stalinistischen Regimes, wie wir jede Arbeiterorganisation gegen die Schläge des Klassenfeinds verteidigen, ungeachtet des reformistischen Regimes, das dort herrscht... LANG LEBE DIE ROTE ARMEE! LANG LEBE DIE RUSSISCHE REVOLUTION! LANG LEBE DIE INTERNATIONALE REVOLUTION!“ (*Czerwony Sztandar* [Rote Fahne] Nr. 6, Juli 1941).

Obwohl polnischer Patriotismus von den kapitalistischen Regimen nach der Konterrevolution andauernd hochgepeitscht wurde, ist die Herrschaft der Kaczynski-Zwillinge besonders bösartig darin, giftigen antirussischen und anti-deutschen Chauvinismus mit Antikommunismus zu kombinieren. Das könnte gut dadurch motiviert sein, dass sie ihre „Familienehre“ aufrechterhalten wollen, da ihr Vater ein Kämpfer in der Heimatarmee war, einer Bande, die berüchtigt dafür war, sich mit kommunistischen Kräften Gefechte zu liefern, Juden umzubringen und untätig zuzusehen, als die Nazis den heroischen Warschauer Ghettoaufstand von 1943 niederschlugen. Beim Vorstoß der Roten Armee auf Warschau 1944 inszenierte die AK einen Aufstand in Warschau, um zu verhindern, dass Polen unter den Einfluss der Sowjetunion gerät (siehe „The Warsaw Uprising of 1944“, *Workers Vanguard* Nr. 294, 4. Dezember 1981; *PS* Nr. 9, Frühjahr/Sommer 1999). Als dieser Aufstand im Fiasko endete, beschuldigte die AK in zynischer Weise die Rote Armee, sich zu weigern, Warschau zu befreien. Dieser alte antikommunistische Mythos ist heute in den polnischen Schulen und Universitäten zur offiziellen Geschichtsschreibung geworden.

Wir fühlen uns angespornt durch die Trotzisten, die während des Zweiten Weltkriegs das Banner des proletarischen revolutionären Internationalismus hochhielten. Sie standen für die Verbrüderung mit den Soldaten, die in den imperialistischen Armeen kämpften, auch für die Organisation trotzkistischer Zellen unter Wehrmachtsoldaten in Frankreich und den Niederlanden. Sie sahen im deutschen Proletariat das Instrument, um das Naziregime zu stürzen, um die Bourgeoisie zu enteignen, die Hitler an die Macht gebracht hatte, und um ein sozialistisches Deutschland zu errichten. Sie solidarisierten sich mit der Verteidigung des deutschen Proletariats gegen Vergeltungsmaßnahmen und

stellten sich gegen die Massenvertreibungen der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Flüsse Oder und Neiße, der neuen Grenze Polens zu Deutschland. Sie entlarvten die Lüge der „Kollektivschuld“ aller Deutschen. Wie eine Stellungnahme der europäischen Sektionen der Vierten Internationale von 1945 erklärte:

„Die Behandlung der deutschen Bevölkerung nach dem Grundsatz der Kollektivschuld versieht die Faschisten gerade mit neuen Möglichkeiten, in den trüben Wassern des Nationalismus zu fischen. Die Gefahr ist umso größer: Wenn die deutsche Bevölkerung kollektiv schuldig ist, dann können die Nazis, die die wirklichen Schuldigen sind, logischerweise hoffen, ihrer Bestrafung zu entgehen...“

Faschismus und Imperialismus können nur durch den Sturz des Kapitalismus und den Sieg des internationalen Sozialismus beendet werden. *Lang lebe die deutsche proletarische Revolution! Lang leben die Vereinigten Sozialistischen Staaten der Welt!* („International Solidarity With the German Proletariat“ [Internationale Solidarität mit dem deutschen Proletariat], 1945)

Durch den Wiederaufbau der SGP wird der IKL ein bedeutendes Fenster nach Osteuropa zur Verfügung gestellt. Dies ist ein wichtiger Schritt zur Wiederschmiedung der Vierten Internationale als Weltpartei der sozialistischen Revolution. *Arbeiter aller Länder, vereinigt euch! Für neue Oktoberrevolutionen! Schließt euch an!* ■

## Ältere Ausgaben erhältlich!

Z. B.: Nr. 13, Dezember 2005: „Die Rechte gewinnt polnische Wahlen“

Bestellt bei:  
Verlag Avantgarde  
Postfach 2 35 55  
10127 Berlin

Konto 1 19 88-601  
Postbank Frankfurt/M.  
BLZ 500 100 60  
BIC PBNKDEFF  
IBAN DE11 5001 0060  
0011 9886 01



# Die Russische Revolution von 1917

## Von der Februarrevolution zu den Julitagen

Wir drucken im Folgenden den zur Veröffentlichung redigierten ersten Teil eines Schulungsvortrags des Genossen T. Marlow aus einer Schulungsreihe über Leo Trotzki Die Geschichte der russischen Revolution (1932), die im Januar 2006 als Jungkaderschulung der Spartacist League/U.S. abgehalten wurde.

Im Laufe des Jahres 1917 trat Leo Trotzki, zusammen mit W.I. Lenin Führer der Oktoberrevolution, zur bolschewistischen Partei über. Trotzki hatte bei seiner Rückkehr nach Russland im Mai 1917 gegenüber den Parteiführern seine politische Solidarität mit den Bolschewiki erklärt. Nachdem er die Fusion der Zwischenbezirksorganisation Vereinigter Sozialdemokraten (bekannt als die „Meschrajonka“) mit der bolschewistischen Partei ermöglicht hatte, trat Trotzki im Zuge dieser Fusion im Juli formell den Bolschewiki bei.

### Erster Teil

Trotzki gab dem ersten Kapitel seiner *Geschichte der russischen Revolution* den Titel „Die Eigenarten der Entwicklung Rußlands“. Seine Zusammenfassung der Februarrevolution von 1917 findet sich in „Das Paradoxon der Februarrevolution“. Diese beiden Themen tauchen immer wieder auf im Laufe der Ereignisse von 1917 in Russland, die in der Oktoberrevolution gipfelten. Ersteres geht auf Trotzki's brillante Prognose *Ergebnisse und Perspektiven* (1906) zurück, die nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die Notwendigkeit der Machtergreifung des russischen Proletariats an der Spitze der Bauernmassen vorhersagte. Dieses Werk, das er 1904 begonnen hatte, schloss er kurz nach der Revolution von 1905 ab, die das morsche Gebäude der zaristischen Monarchie bis ins Mark erschütterte, sie aber nicht stürzte. Diese Aufgabe sollte noch 12 Jahre auf ihre Erledigung warten müssen, was das zweite von Trotzki's Themen ist. Ihre Vollendung durch die Eroberung der Staatsmacht durch die Bolschewiki erfolgte nur acht Monate nachdem die Februarrevolution Zar Nikolaus Romanow und seine Dynastie abgesetzt hatte.



Russische Arbeiterdemonstration fordert Acht-Stunden-Tag, 1917. Transparent im Hintergrund lautet: „Lang lebe der Sowjet der Arbeiterdeputierten“

Ein entscheidendes Ergebnis von 1905 war die Schaffung der Sowjets (Arbeiterräte). Diese wurden von den aufständischen Arbeitern spontan errichtet und keine der linken Parteien hatte dazu aufgerufen, auch nicht die Bolschewiki. Ihre Bedeutung als die demokratischste und flexibelste Form einer Massenorganisation der Arbeiterklasse wurde schnell deutlich. Sowjets tauchten wieder 1917 während der Februarrevolution auf, mit einem wichtigen Unterschied – nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Soldaten waren in den Sowjets vertreten. Wie Trotzki in seiner *Geschichte* bemerkt:

„Indes entstanden die Sowjets dank der Tradition von 1905 wie aus der Erde gestampft und waren sofort unvergleichlich mächtiger als alle anderen Organisationen, die später versuchten, mit ihnen zu rivalisieren (Municipalitäten, Kooperative, teils auch Gewerkschaften). Was die Bauernschaft betrifft, eine ihrer Natur nach zersplitterte Klasse, so war sie gerade infolge des Krieges und der Revolution mehr denn je organisiert: der Krieg versammelte die Bauern in der Armee, und die Revolution verlieh der Armee einen politischen Charakter! Nicht weniger als 8 Millionen Bauern waren in Kompanien und Schwadronen vereinigt, die sofort ihre revolutionären Vertretungen geschaffen hatten und durch deren Vermittlung jeden Moment auf einen telephonischen Anruf hin auf die Beine gebracht werden konnten.“

Die Politisierung der Bauern – im Wesentlichen getrieben von ihrem Verlangen nach einer durchgreifenden Agrarrevolution – war entscheidend. Ohne die offene oder stillschweigende Unterstützung der Bauern konnte die proletarische Revolution nicht auf Erfolg und ein Überleben im rückständigen Russland mit seiner weit überwiegend ländlichen Bevölkerung hoffen.

### Krieg und Revolution

Die Härten des Ersten Weltkriegs legten tatsächlich den Grundstein für den Sturz der Monarchie. Trotzki's Kapitel über den Zar und die Zarin ist eines meiner liebsten:

Gelinde gesagt war Nikolaus ein unterbelichteter Spross des Familienstammbaums, völlig isoliert und ohne Interesse an den Vorgängen in seinem Lande (mit Ausnahme seiner großzügigen Unterstützung für die Schwarzhunderter-Pogromisten, über deren Aktivitäten er sich begierig Berichte einverleibte). Aber mit oder ohne Zutun der Dynastie hätte Russland eine Beteiligung an dem interimperialistischen Konflikt nicht vermeiden können. Trotzki ordnete die Teilnahme Russlands am Ersten Weltkrieg irgendwo zwischen der Frankreichs (einer voll ausgebildeten imperialistischen Macht) und der Chinas (mit seiner gegenüber den Großmächten unterwürfigen Kompradorenbourgeoisie) ein. In seiner *Geschichte* fügt er hinzu:

„Rußland bezahlte damit das Recht, mit fortgeschrittenen Ländern im Bunde zu sein, Kapital einzuführen und Prozente dafür zu zahlen, das heißt im wesentlichen das Recht, eine privilegierte Kolonie seiner Verbündeten zu sein; aber gleichzeitig auch das Recht, die Türkei, Persien, Galizien, überhaupt alle Länder, die schwächer und rückständiger waren als es selbst, zu knebeln und zu plündern.“

Das Kriegsglück war Russland nicht zugetan. Es gab einige Erfolge gegen die Österreicher, doch war dies, wie Trotzki bemerkt, weniger den Fähigkeiten der Russen zu verdanken, denn: „Die auseinanderfallende habsburgische Monarchie hatte schon längst Bedarf an einem Totengräber, ohne dabei von ihm hohe Qualifikationen zu verlangen.“

Als es gegen die Deutschen ging, lief es für Russland ziemlich schlecht. Im August 1915, also ein Jahr nach Kriegsbeginn, berichtete General Russki dem Ministerrat: „Die modernen Forderungen der Kriegstechnik gehen über unsere Kraft. Jedenfalls können wir es mit Deutschland nicht aufnehmen“ (zitiert in Trotzki's *Geschichte*). Zwei Jahre später, im Gefolge des revolutionären Aufbruchs und der Repression der Julitage und des Scheiterns der Junioffensive des damaligen Kriegsministers Kerenski, sollte dieser selbe General schimpfen: „Den alten Fahnen folgten die Menschen wie einem Heiligtum, starben dafür. Wozu aber haben es die roten Fahnen gebracht? Dazu, daß die Truppen sich jetzt korpsweise ergeben.“ Die altersschwachen Generale der Bourgeoisie legten Russlands Zusammenbruch den Bolschewiki zur Last, die sie skandalöserweise als bezahlte Handlanger Deutschlands verleumdeten.

Nach Trotzki's Schätzungen waren an die 15 Millionen Männer, vor allem Bauern, für den Krieg mobilisiert worden, von denen 5,5 Millionen als getötet, verwundet oder gefangen galten; etwa 2,5 Millionen waren getötet worden. Trotzki fasste die Lage folgendermaßen zusammen: „„Alles für den Krieg!“ sagten Minister, Deputierte, Generale, Journalisten. „Ja“, begann der Soldat im Schützengraben zu grübeln, „alle sind bereit bis zum letzten Tropfen ... meines Blutes zu kämpfen.““

Die außerordentlich hohen Gefallenenzahlen waren sowohl der inkompetenten militärischen Führung als auch dem allgegenwärtigen Mangel an Nachschub geschuldet, einschließlich Waffen und Munition und sogar Stiefeln. Währenddessen machten die Kapitalisten riesige Profite mit dem Verkauf von (oftmals minderwertigen) Waren an die Regierung, für deren Bezahlung die Arbeiterklasse ausgepresst und immer mehr Schulden bei der City of London und an der französischen Börse gemacht wurden. Rodsjan-ko, Kammerherr unter Nikolaus II., später Präsident der Staatsduma (russisches Parlament) und einer der Führer der russischen Großbourgeoisie, wurde reich durch die Lieferung von qualitativ schlechtem, im Grunde unbrauchbarem Holz für Gewehrkolben. Wie man sieht, hat Halliburton eine lange Reihe von Vorgängern! Trotzki spricht von dem „goldenen Regen“ von oben, der die üppigen Feste der Rei-

chen finanzierte, während die unteren Klassen selbst nach Brot verzweifelt suchten.

Was der Dynastie das Rückgrat brach, war, dass die Armee nicht weiter zu kämpfen bereit war und die Einheiten in zunehmendem Maße entweder die Front in Massendemonstrationen verließen oder Befehle verweigerten. Ein eindringliches Zeichen war die Weigerung der Kosakenregimenter in Petrograd, eine Arbeiterdemonstration im Stadtteil Wyborg – dem proletarischen Herzen Petrograds – niederzuschlagen. Wie Trotzki in der *Geschichte* erzählt:

„Mit der Brust der Pferde sich den Weg bahnd, dringen zuerst die Offiziere in die Menge ein. Hinter ihnen, in der ganzen Breite der Straße, reiten die Kosaken. Ein entscheidender Augenblick! Aber behutsam, in schmalen Bänden, folgen die Reiter durch den von den Offizieren gebahnten Korridor. ‚Einige von ihnen lächelten‘, erinnert sich Kajurov, ‚und der eine zwinkerte den Arbeitern gut zu.““

Wenn die *Kosaken* den Arbeitern zuwinkerten, war der Zar in Schwierigkeiten.

### Die Februarrevolution

Trotzki's Chronologie in Band Eins der *Geschichte der russischen Revolution* gibt eine anschauliche Vorstellung vom Tempo der Ereignisse: Am 23. Februar löst eine Demonstration zum Internationalen Frauentag, mit der Forderung nach Brot, die Revolution aus. Am 25. Februar findet in Petrograd ein Generalstreik statt. Am nächsten Tag löst der Zar die Duma auf – doch weder dies noch das Erschießen von Demonstranten nützen etwas. Am nächsten Tag kommt es zu einer Meuterei bei den Garderegimentern und zur Bildung des Sowjets der Arbeiterdeputierten. Am 28. Februar sind die Minister des Zaren verhaftet. Versuche, eine geordnete Nachfolge zustande zu bringen, scheiterten – keiner der Großfürsten wollte die von Zar Nikolaus Romanow so wohlverdiente Schlinge um seinen eigenen Hals spüren.

Fortgesetzt auf Seite 16



Random House

**Massenbegräbnis russischer Soldaten im Ersten Weltkrieg. Die 2,5 Millionen russischen Kriegstoten waren 40 Prozent aller Todesopfer auf Seiten der Entente**

## Russische Revolution 1917...

Fortsetzung von Seite 15

Die Revolution kam überraschend nicht nur für den zutiefst arglosen Monarchen, sondern auch für die verschiedenen politischen Parteien. Ihre Spontaneität barg Gefahren. Wie Trotzki bemerkte:

„Ein revolutionärer Aufstand, der sich auf einige Tage erstreckt, kann sich nur in dem Falle siegreich entwickeln, wenn er von Stufe zu Stufe sich steigert und immer neue Fortschritte aufweist. Ein Stillstand in der Entwicklung der Erfolge ist gefährlich, längeres Treten auf einem Fleck verhängnisvoll. Aber auch Erfolge an sich genügen nicht; es ist nötig, daß die Menge rechtzeitig von ihnen erfährt und Zeit hat, sie zu bewerten. Man kann den Sieg in einem Augenblick verpassen, wo man nur den Arm auszustrecken braucht, um ihn zu ergreifen. Das ist in der Geschichte schon vorgekommen.“

Erst am 25. Februar beschlossen die Bolschewiki, ein Flugblatt herauszugeben, das zu einem gesamtrussischen Generalstreik aufrief – als Petrograd vor einem bewaffneten Aufstand stand. Was eindeutig fehlte, war politische Führung: „Die Führung schaut von oben zu, schwankt und bleibt zurück, das heißt führt nicht. Sie tritt hinter der Bewegung her“ (Trotzki, *Geschichte*).

Daher das Paradoxon der Februarrevolution: Der Zar wurde gestürzt durch einen Massenaufstand der Petrograder Arbeiter mit Unterstützung oder Duldung der Garnisonstruppen, und die Sowjets erlangten die wirkliche Macht. Doch die Provisorische Regierung, die gebildet wurde, war von Monarchisten dominiert – ihr Führer war Fürst Lwow – und selbst die Kadetten (eine bürgerliche und Großgrundbesitzerpartei, die für eine konstitutionelle Monarchie eintrat) wurden in ihr als linker Flügel betrachtet! Die Arbeiter hatten die Monarchie gestürzt, doch die politische Macht, die sie mit Recht innehatten, wurde der Bourgeoisie übergeben wie eine Handgranate, deren Zünder schon gezogen war.

Wie war das zu erklären? Auf den ersten Blick war der Sturz der Monarchie ohne die Führung einer revolutionären Partei zustande gekommen. Doch wie Trotzki betont, ist dies eine irreführende Betrachtungsweise. Erst einmal gab es da die Erfahrung von 1905. Danach stählte die bolschewistische Partei trotz der Periode tiefer Reaktion ihre Kader auf allen Arbeitsfeldern, sowohl legal als auch im Untergrund. Bis 1912 hatte die Arbeiterklasse einigen Kampfgeist wiedergefunden, und eine Reihe von Streiks fand statt. Der Einfluss der Bolschewiki im Proletariat wuchs ständig. Es lag gewiss im Bereich des Möglichen, dass das Proletariat in den städtischen Zentren Petrograd und Moskau die Macht erobert hätte (wie es später in den Julitagen von 1917 drohte).

Die Frage war, wie lange es sich hätte behaupten können – ohne einen Wechsel in der Haltung der Bauern hätte es wahrscheinlich eine Wiederholung der Niederlage der Pariser Kommune von 1871 gegeben.

Der Weltkrieg änderte das. Trotz des anfänglichen Ausbruchs von Patriotismus im August 1914, als die Bolschewiki von den Massen gemieden und von der Regierung unterdrückt wurden, waren die von den Bolschewiki durch ihre Intervention bei den Arbeitererhebungen von 1912–1914 gesäten Keime schließlich auf fruchtbaren Boden gefallen. Nach 1914 hatten die Niederlagen an der militärischen Front und die dementsprechende wirtschaftliche Not im Hinterland, die durch zweieinhalb Jahre imperialistischen Schlachtens verursacht wurde, die Unterstützung für die Monarchie auf den Nullpunkt sinken lassen. Wie Trotzki betont, waren, obwohl die Bolschewiki als Partei bis an den Rand des organisatorischen Zusammenbruchs unterdrückt wurden, die einzelnen Kader immer noch am Leben und imstande, auf Betriebsebene die Aufmerksamkeit von Arbeitskollegen auf sich zu ziehen. Das heißt, wenn auch die Bolschewiki als Partei bei der Februarrevolution nicht die Führung als solche innehatten, so spielten doch ihre Ideen und Agitatoren gewiss eine entscheidende Rolle.

## Doppelherrschaft

Dies führt uns zur Periode der Doppelherrschaft. Der Sturz der Monarchie wurde herbeigeführt durch die Kräfte des Petrograder Proletariats und die aktive Unterstützung (oder Neutralität) der Militärgarnison. Die kriecherischen Liberalen spielten keine Rolle, und die Großbourgeoisie suchte ihre Macht durch eine Art von wiedergekäuter monarchischer Ordnung zu kaschieren. Die Provisorische Regierung wurde von Fürst Lwow geleitet, wobei eine Handvoll Kadetten die Bourgeoisie repräsentierten und der zweite Vorsitzende des Petrograder Sowjets, Kerenski, den Posten des Justizministers übernahm, unter Missachtung einer Entscheidung des Exekutivkomitees des Sowjets, wonach seine Mitglieder der Regierung nicht beitreten durften. In Wirklichkeit besaß der Sowjet die Macht, aber seine Führung war von den Menschewiki und vor allem von den Sozialrevolutionären (SR, eine linke Partei, die sich auf die Bauernschaft stützte) dominiert; die Bolschewiki waren eine Minderheit, selbst unter den Arbeitern. Die Sowjets vom Februar spiegelten das *Bewusstsein* im Februar wider, was die Stellung der Sozialrevolutionäre erklärt, die die vorherrschende Partei der Bauern und somit der Soldaten waren.

Wie Trotzki bemerkte, gab die Führung des Sowjets die Macht aus der Hand:

„Die Bourgeoisie erhielt hinter dem Rücken des Volkes die Macht. Sie besaß in den werktätigen Klassen keine Stütze. Doch zusammen mit der Macht bekam sie aus zweiter Hand so etwas wie einen Stützpunkt. Die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre, von der Masse emporgehoben, händigten von sich aus der Bourgeoisie das Vertrauensmandat aus.“

Als die Kompromissler-Führung vor der Bourgeoisie zu Kreuze kroch und sie darum bat, doch die Macht zu übernehmen, war sie politisch ganz konsequent – die Menschewiki waren der Ansicht, die russische Revolution könne niemals den Rahmen der Herrschaft der Bourgeoisie verlassen. Selbst der barsche Miljukow (Führer der Kadetten) war erstaunt und zollte dem Verrat der Menschewiki Lob: „Ja, ich hörte ihnen zu und dachte darüber nach, wie weit unsere Arbeiterbewegung seit dem Jahre 1905 vorwärtsgeschritten ist“ (zitiert in Trotzki's *Geschichte*).

Hier habt ihr also eine offizielle Regierung, die die Bourgeoisie repräsentiert und den imperialistischen Kriegszielen der Romanows und der Entente (der Allianz aus Britannien,

# Bestellt!

## Lenin und die Avantgardepartei

(56 Seiten)

€ 1,50

Bestellt bei:  
Verlag Avantgarde  
Postfach 2 35 55  
10127 Berlin

Konto 119 88-601  
Postbank Frankfurt/M., BLZ 500 100 60  
BIC PBNKDEFF, IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01



Frankreich und Russland im Ersten Weltkrieg) verpflichtet ist, und Seite an Seite mit ihr den Sowjet, der von den aufständischen Arbeitern und Soldaten geschaffen wurde. Bedeutet das, es existierten in Wirklichkeit zwei Regierungen oder eine Staatsmacht mehrerer Klassen? Sollte das stimmen, so würde das gewiss die marxistische Konzeption vom Staat angreifen. Aber es stimmt nicht. Die Geschichte Russlands zwischen Februar und Oktober war nichts als andauernde *Konflikte* zwischen der Provisorischen Regierung und dem Sowjet – trotz und auch wegen des Zurückfallens seiner menschowistischen und SR-Führer. Lenin traf in seinem Artikel über die Doppelherrschaft vom April 1917 wie üblich den Nagel auf den Kopf:

„Die Grundfrage jeder Revolution ist die Frage der Macht im Staate. Ohne Klärung dieser Frage kann von keiner wie immer gearteten bewußten Teilnahme an der Revolution die Rede sein, von einer Führung derselben ganz zu schweigen.

Die höchst bemerkenswerte Eigenart unserer Revolution besteht darin, daß sie eine *Doppelherrschaft* geschaffen hat. Über diese Tatsache muß man sich vor allem klarwerden; bevor man sie nicht begriffen hat, kann man nicht vorwärtsschreiten. So muß man z. B. die alten ‚Formeln‘ des Bolschewismus zu ergänzen und zu korrigieren verstehen, da sie zwar, wie sich gezeigt hat, im allgemeinen richtig waren, ihre konkrete Anwendung sich aber anders *gestaltete*. An Doppelherrschaft hat früher *niemand* gedacht und konnte niemand denken.

Worin besteht die Doppelherrschaft? Darin, daß sich neben der Provisorischen Regierung, der Regierung der *Bourgeoisie*, eine noch schwache, erst in Keimform vorhandene, aber dennoch unzweifelhaft wirklich existierende und erstarkende *andere Regierung* herausgebildet hat: die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten“ (W. I. Lenin, „Über die Doppelherrschaft“).

Unter Bezugnahme auf die menschowistischen/SR-Führer des Sowjets und deren Kapitulationen fügt Lenin hinzu:

„Man will die offensichtliche Wahrheit nicht sehen, daß, inwieweit diese Sowjets bestehen, *inwieweit* sie eine Staatsmacht sind, insoweit in Rußland ein Staat vom *Typus* der Pariser Kommune besteht.

Ich betone: ‚inwieweit‘. Denn sie sind erst die Keime einer Staatsmacht. Sowohl durch ein direktes Abkommen mit der bürgerlichen Provisorischen Regierung als auch durch eine Reihe faktischer Zugeständnisse *lieferte und liefert* diese Macht selber ihre Positionen an die Bourgeoisie *aus*.“

Bei verschiedenen Gelegenheiten schalteten sich die Sowjets ein und ergriffen Maßnahmen, die normalerweise das Privileg der (bürgerlichen) Staatsmacht sind. Der erste Kriegsminister in der Provisorischen Regierung, Gutschkow, beklagte sich: „Die Regierung verfügt leider über keine reale Macht, in den Händen des Sowjets sind Truppen, Eisenbahn, Post und Telegraph. „Man kann geradezu sagen, die Provisorische Regierung existiert nur, solange der Sowjet es zuläßt“ (zitiert in Trotzki's *Geschichte*). Dies änderte jedoch nichts an der

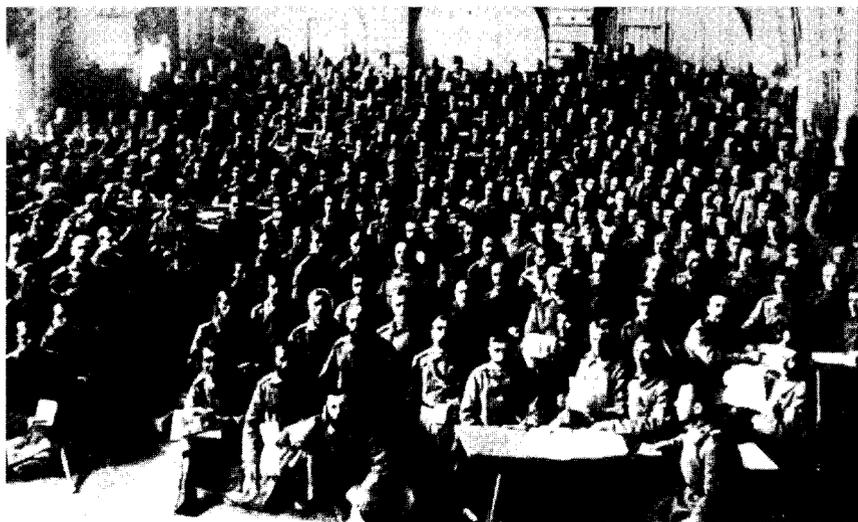


VAAP

Revolutionäre nehmen das Petrograder Polizeihauptquartier ins Visier, Februar 1917

Tatsache, dass die Provisorische Regierung bürgerlich war, dass sie die imperialistischen Kriegsziele der Bourgeoisie verfolgte und dass die Wirtschaft Russlands immer noch auf kapitalistischer Grundlage funktionierte. Die Provisorische Regierung versuchte den Sowjet zu erdrosseln, um ihre Macht uneingeschränkt ausüben zu können. Erinnert euch bitte an Lenins Beschreibung der Sowjets als *im Entstehen begriffene* Macht. Die Doppelherrschaft war eine zutiefst instabile Situation, in der die konkurrierenden Klassen ihre Kräfte aufstellten für den entscheidenden Zusammenstoß, der entscheiden würde, *welche Klasse herrschen würde*. Anders gesagt, es bedurfte einer weiteren *Revolution*, um die Staatsmacht in die Hände der Sowjets zu legen. Genau das sollte im Oktober geschehen.

[WIRD FORTGESETZT]



International Publishers

Oben: Erste Sitzung der Arbeiter- und Soldatendeputierten in Moskau, Februar 1917. Unten: Mitglieder der ersten Provisorischen Regierung unter Leitung von Fürst Lwow, zwischen Kerenski (Mitte) und Miljukow (zweiter von rechts)



VAAP

# KfsV-Veranstaltung im IG-Metall-Haus fordert: Freiheit für Mumia!



Fotos: Spartakist

**Redner: Steffen Singer, Werner Brand, Rachel Wolkenstein sowie Gert Julius (rechts). Oben: Veranstaltung begann mit PDC-Video**

Während Mumia Abu-Jamals für den 17. Mai anberaumte Anhörung vor dem Berufungsgericht näher rückte, organisierten das Partisan Defense Committee (PDC) in Britannien und das Komitee für soziale Verteidigung (KfsV) in Deutschland Veranstaltungen mit Rachel Wolkenstein, Mumias Anwältin von 1995–99, als Hauptrednerin und unter Teilnahme eines beeindruckenden Spektrums aus der Gewerkschaftsbewegung und der Linken. Die Veranstaltungen am 5. Mai in London und am 12. Mai in Berlin waren Teil einer internationalen Kampagne, Massenproteste für Mumia, die sich zentral auf die Arbeiterbewegung stützen, neu zu beleben. Mumia ist unschuldig und Amerikas herausragendster politischer Gefangener, und jetzt beginnt für ihn möglicherweise das letzte Stadium seiner rechtlichen Berufungsmöglichkeiten.

Seit Mumias Fall zu einem „beschleunigten Verfahren“ erklärt wurde, haben wir unsere Aktivitäten für seine Befreiung verstärkt. Wir mobilisierten für seinen Fall bei Arbeiterprotesten und bei Streiks und auch bei Studentendemos. Wir trugen Mumia-Banner bei Protestdemos gegen Hartz IV wie im Juni 2006, bei Protesten gegen Bushs Besuch in Stralsund im Sommer 2006 und bei Protesten gegen den

„Krieg gegen Terror“, gegen den Krieg im Irak, im Libanon und für die Rechte der Palästinenser. Wir präsentierten seinen Fall bei Gewerkschaftstreffen und bei Immigrantengruppen und Flüchtlingsgruppen. Wir sammelten Unterschriften für eine Erklärung mit dem Titel „Freiheit für Mumia, sofort!“, die in den USA, Britannien, Kanada, Frankreich sowie Deutschland veröffentlicht wurde. Neben vielen Gewerkschaften wie der Maritime Union of Australia (Gewerkschaft der Seeleute in Australien) oder dem südafrikanischen National Council of Trade Unions (Nationalrat der Gewerkschaften) unterzeichneten auch Linke wie Subcomandante Marcos und Antonio Negri. Andere wurden inspiriert, mit eigenen Erklärungen Mumias Freiheit zu fordern, auch diese veröffentlichten wir.

Ein massenhafter internationaler Protest, insbesondere von Gewerkschaften, war nötig, um im August 1995, als Mumia mit einem Hinrichtungsbefehl konfrontiert war, dem Henker in den Arm zu fallen. Aber die Massen, die damals ihre Stimme für Mumia erhoben, wurden in den folgenden Jahren politisch *demobilisiert* durch bürgerliche Liberale und reformistische Linke, die den Kampf für seine Freiheit dem Schüren von Illusionen in die kapitalistischen Gerichte

## Anhörung vom 17. Mai in Philadelphia

Nach der Anhörung am 17. Mai kommentierten viele Beobachter, dass die Richter Mumia gewogen zu sein schienen. Eine realistischere Ansicht über das Gericht hatte Ramona Africa, die sieben Jahre im Gefängnis saß, weil sie im Mai 1985 die einzige erwachsene Überlebende des Polizei/FBI-Bombenangriffs auf das Haus von MOVE in der Osage Avenue in Philadelphia war. Sie kommentierte nach der Anhörung über den „juristischen Hokuspokus“: „Sie können dort sitzen und so aussehen, als ob sie sehr aufmerksam sind und anscheinend der Seite der Verteidigung zuneigen und all das. Aber es bedeutet überhaupt nichts. Sie können mit einer vollkommen entgegengesetzten Entscheidung zurückkommen.“

Die Richter stellten in scharfer Form in Frage, dass sich Mumias Rechtsanwälte zuvor bemüht hätten, in seinem

Prozess 1982 ein Muster für rassistische Voreingenommenheit aufzuzeigen, wozu auch gehört hätte, die rassistische Zusammensetzung der mehr als 100 Leute auf der Geschworenenliste festzustellen. Tatsächlich *waren es der Bezirksstaatsanwalt und die Gerichte*, die verhinderten, dass diese Beweise während der PCRA-Verhandlungen (Wiederaufnahme-Verhandlungen entsprechend dem Post Conviction Relief Act Pennsylvanias) gehört wurden. Rachel Wolkenstein zog das Fazit: „Es ist charakteristisch für dieses *Unrechtssystem*, besonders wie es sich durch die gesamte Geschichte von Mumias Fall darstellt, dass das vorherige Blockieren dieser Beweise durch den Bezirksstaatsanwalt jetzt vom Gericht als Basis benutzt wird für die Weigerung, diese Beweise auch nur in Betracht zu ziehen.“ Wie die Entscheidung auch ausfällt, sie wird wahrscheinlich als Berufung an den reaktionären Obersten Gerichtshof der USA gehen.

unterordneten, was sich ausdrückte in der Forderung, dass er einen neuen Prozess bekommen sollte.

Für den Aufbau unserer Veranstaltung am 12. Mai in Berlin mobilisierten wir bei den Demonstrationen am 1. Mai, an Kreuzberger Schulen, an Universitäten sowie bei Berliner Großbetrieben wie Mercedes und Siemens. Wir verteilten Flugblätter bei Veranstaltungen der streikenden Telekomarbeiter, die gegen Angriffe auf ihre Löhne und Arbeitsbedingungen protestierten, bei einer spontanen Demonstration gegen die Polizeiüberfälle auf Anti-G8-Aktivist\*innen und veröffentlichten ein Verteidigungs-Flugblatt, in dem wir die Verbindung zogen zwischen „Anti-Terrorismus“-Kampagnen in Deutschland und in den USA. Wir verwiesen auch auf die bundesweiten Polizeiüberfälle in den USA im Januar auf ehemalige Mitglieder der Black Panther Party, die einen Rahmen setzen sollten für das schwebende Gerichtsverfahren gegen Mumia Abu-Jamal.

Bei der Veranstaltung in London sprachen unter anderem neben der Bürgerrechtsanwältin Gareth Peirce – die eine der Verteidiger der Birmingham 6 war und bekannte Verteidigerin von Opfern des „Kriegs gegen den Terror“ ist, mit dem die USA und Britannien Afghanistan und den Irak zerstören – auch Eibhlin MacDonald für die Spartacist League/Britain sowie drei Gewerkschaftsrepräsentanten: Paul Moffat, Sekretär der Region Ost der Communication Workers Union (Telefonarbeitergewerkschaft); Glenroy Watson, Vorsitzender der Ortsgruppe Finsbury Park der Gewerkschaft Rail, Maritime and Transport (RMT; Bahn-, See- und Transportgewerkschaft) und Generalsekretär des Global African Congress, und Stephen Hedley, auch ein Mitglied der RMT. Moffat hob die „Pflicht, das Komplott zum vorsätzlichen kaltblütigen Mord an Mumia Abu-Jamal zu entlarven“, hervor. Ein Zeichen für die breite Resonanz, die Mumias Fall unter Gewerkschaftern findet, ist eine vom Scottish Trades Union Congress im April verabschiedete Resolution, die erklärt: „Dieser Kongress ist davon überzeugt, dass Mumia Abu-Jamal sofort aus dem Gefängnis freigelassen werden soll, da er unschuldig ist, und dass die von Natur aus rassistische Todesstrafe abgeschafft werden soll.“ In Berlin sprach der Vorsitzende des DGB-Kreisverbands Tempelhof/Schöneberg Gert Julius; Prof. Heinrich Fink hatte als Redner zugesagt, schaffte es aufgrund anderer Verpflichtungen aber nicht, zur Veranstaltung zu kommen. Der Redakteur des *Spartakist*, Steffen Singer, sprach für die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD).

Beide Veranstaltungen begannen mit dem PDC-Video „From Death Row, This is Mumia Abu-Jamal“ (Aus der Todeszelle: Hier spricht Mumia Abu-Jamal), und danach waren die aufgezeichneten Grüße Mumias an die Veranstaltungen in London und Berlin zu hören.

Die politische Debatte hatte eigentlich schon Wochen vorher begonnen, als wir Anfang April versuchten, eine Einheitsfront zu bilden mit anderen Gruppen, die Mumia unterstützen, unter den Losungen „Freiheit für Mumia Abu-Jamal!“ und „Weg mit der rassistischen Todesstrafe!“ Es ging um eine Demonstration am 12. Mai, aber die Einheitsfront scheiterte am Antikommunismus dieser Gruppen. Debatten gab es danach auch bei anderen Aktivitäten, so bei einer Kundgebung zu Mumias Geburtstag am 24. April und bei der Demonstration und Kundgebung am Nachmittag des 12. Mai. Unterstützer des KfsV und der SpAD hatten zu einem Block mobilisiert, der auf seinem Höhepunkt ein Drittel der 300-köpfigen Menge umfasste. Ein Hauptverantwortlicher der Protestkundgebung war Michael Schiffmann, der bewirkte, dass die klassenkämpferischen Ansichten des KfsV und der SpAD nicht von der Rednerbühne der Kundgebung gehört werden durften. Auf einem neben der Tribüne deutlich sichtbar angebrachten Banner war zu lesen: „Stoppt die Hinrichtung von Mumia – Für einen fairen,

## Grüße von Mumia an Veranstaltungen in London und Berlin

*Ona Move!*

Ich möchte dem PDC und allen Unterstützern unseres Freiheitskampfes dafür danken, dass Ihr zusammengekommen seid, für eure Anstrengungen, für euren Kampf für Menschen wie mich und natürlich für mich selbst. Es war ein langer und oft bitterer Kampf, doch er ist noch nicht vorbei. Ich danke Euch für alles, was Ihr getan habt, und ich danke Euch für die Arbeit, die uns noch bevorsteht. Der Kampf ist nicht vorbei, bevor wir nicht alle frei sind.

*Ona Move! Lang lebe John Africa!*



neuen Prozess“.

Mehr als 100 Leute strömten in das IG-Metall-Haus zu unserer Veranstaltung, viele kamen direkt von der Mumia-Demo. Trotz der weit auseinandergehenden Ansichten stimmten alle Sprecher der Forderung nach Mumias Freiheit zu, weil er unschuldig ist an der Ermordung des Polizisten Daniel Faulkner im Dezember 1981 in Philadelphia und weil sein Leben noch immer in Gefahr ist. Eine weitere Forderung war: „Nieder mit der rassistischen Todesstrafe!“ Innerhalb dieses Rahmens sollte es ein Maximum an politischer Debatte geben über den Weg vorwärts im Kampf für Mumias Freiheit. Dieses Ziel steht in starkem Kontrast zu anderen Treffen oder Veranstaltungen, die die Diskussionen zu begrenzen suchten mit dem Zweck, die Teilnehmer zu disziplinieren, damit sie einen Aufruf für einen „fairen Prozess“ akzeptieren. Die Forderung nach einem „fairen Prozess“ ist ein Programm des Vertrauens in genau die Gerichte, die Mumia in die Todeszelle geschickt haben für einen Mord, von dem sie wissen, dass er ihn nicht begangen hat. Gegen diesen Kurs haben wir politisch gekämpft und ihm eine Politik entgegengesetzt, die auf Klassenkampf basiert. Die Diskussionen um diesen Kurs reduzieren sich letztlich immer darauf, welche Haltung man zu dem kapitalistischen Staat hat und seinen Bullen und Gerichten, die Mumia 25 Jahre seines Lebens gestohlen haben und ihn immer noch mit der Hinrichtung bedrohen.

Als Hauptrednerin bei unseren Veranstaltungen wies Rachel Wolkenstein, Anwältin des Partisan Defense Committee in den USA (verbunden mit der Spartacist League/U.S.), mit Nachdruck auf die Entschlossenheit des Staates hin, Mumia umzubringen oder lebenslänglich einzusperren. Wolkenstein war von 1995 bis 1999 Mitglied von Mumias Verteidigungsteam, zusammen mit Jonathan Piper, einem weiteren Rechtsanwalt des PDC, und sie war maßgeblich daran beteiligt, Beweise für Mumias Unschuld aufzudecken. Dazu gehörte vor allem das beeidete Geständnis von Arnold Beverly, dass er, und nicht Mumia, Faulkner erschossen hat. Die beiden Punkte, die vom Dritten Bundesberufungsgericht in Philadelphia am 17. Mai angehört wurden – rassistische Jury-Auswahl und Anweisungen an die Jury, die dem Angeklagten schaden sollten –, gehören auch zu den Beweisen, die durch Wolkenstein und Piper aufgedeckt wurden (siehe dazu die Rede von Wolkenstein auf der Berliner Veranstaltung, Seite 23. Die Rede wurde auch durch die *Neue Rheinische Zeitung* veröffentlicht und aufgegriffen von Labournet und anderen Websites).

Zur KfsV-Veranstaltung kamen neben Gewerkschaftern und Linken auch mehrere Leute, die im politischen Exil

*Fortgesetzt auf Seite 20*

## Veranstaltungen für Mumia Abu-Jamal...

Fortsetzung von Seite 19

leben. Es wurden Grüße des Komitees zur Unterstützung der politischen Gefangenen im Iran – Berlin e.V. und des Breiten Bündnisses für Kolumbien verlesen. Das Demokratische Kurdische Zentrum Berlin-Brandenburg, ebenfalls mit Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat nur allzu vertraut, schickte Grüße, weil seine Unterstützer nicht kommen konnten, da sie zur gleichen Zeit eine Protestdemonstration zur Verteidigung von Abdullah Öcalan durchführten, dem Führer der kurdisch-nationalistischen PKK, der in der Türkei im Gefängnis sitzt. Sie hoben aber hervor, dass „wir von Strasbourg aus die Freiheit von Mumia Abu-Jamal mit all unserer Stärke unterstützen“.

Werner Brand vom KfsV erläuterte die Ursprünge: „Das KfsV wurde 1989 gegründet im Zusammenhang mit der internationalen Kampagne zur Unterstützung ziviler Opfer der Mudschaheddin (die ‚Heiligen‘ Krieger der CIA) im afghanischen Jalalabad. Die Kampagne wurde nach dem verräterischen Rückzug der sowjetischen Roten Armee initiiert.“ Er erklärte die klassenkämpferische, nichtsektiererische Verteidigung als Zielsetzung des KfsV und wies auf dessen Geschichte hin, antifaschistische Militante und Opfer der antikommunistischen Hexenjagd, die auf die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands 1990 folgte, zu verteidigen. Dazu gehörten Markus Wolf, Heinz Kessler und viele andere. Seine Anmerkungen erteten Applaus, auch von Anwesenden, die durch diese Hexenjagd besonders betroffen waren oder sind.

Gert Julius, Vorsitzender des DGB-Kreisverbands Tempelhof/Schöneberg und Vorsitzender des Bündnisses für Soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde e.V. (BüSGM), erwähnte eine These von Karl Marx, dass die herrschende Meinung immer die Meinung der Herrschenden sei. Er fuhr fort, Marx „hätte [...] noch ergänzen müssen, dass die herrschende Rechtsprechung immer die Rechtsprechung der Herrschenden ist. Dies gilt in allen Ländern mit kapitalistischer Wirtschaftsordnung, gleich ob in rechten Diktaturen oder sogenannten westlichen Demokratien, insbesondere jedoch in den USA und der BRD“ (zitiert nach der von der BüSGM im Internet veröffentlichten Rede). Er lobte die Arbeit von Mumias gegenwärtigem Anwalt Robert Bryan und sprach sich dafür aus, „alle menschenmöglichen Formen der Verteidigung zu nutzen“, was allen im Raum Anwesenden aus dem Herzen sprach.

*Die junge Welt* (14. Mai) machte in ihrem Artikel von Roland Etzel, der diese Anmerkungen von Julius zitierte, ihre Unterstützung für die Forderung nach einem „fairen Prozess“ deutlich. Während es tatsächlich eine sehr kontroverse Debatte gab, war die Ausnutzung aller rechtlichen Möglichkeiten aber nicht der Punkt der Auseinandersetzung. Die *taz* stellte es in einem Artikel von Peter Nowak vom 14. Mai richtig dar: „Sie [die SpAD] halten die Forderung nach einem fairen Prozess für eine Illusion“, und zitierte Jan Berger von der SpAD: „Wir mobilisieren nur unter der Losung der sofortigen Freilassung für Mumia. Dabei ist

natürlich klar, dass die Anwälte alle juristischen Mittel ausschöpfen sollen.“ Laut dem *W*-Bericht polemisierte Wolkenstein „unmißverständlich“ gegen die Forderung nach einem neuen Prozess und gegen die „reformistische Linke“, „die versuche, den Protest zu begrenzen, indem sie auch an bürgerlich-liberale Kräfte um Unterstützung appelliere“. Und: Sie bezeichnete hierfür „den früheren Chefverteidiger Abu-Jamals, Len Weinglass, der dies auch stets forderte, ... als Verräter“. Rachel Wolkenstein polemisierte tatsächlich gegen die Linke und auch gegen Weinglass, weil er Mumia daran hinderte, Beweise für seine Unschuld vor Gericht zu präsentieren, und nichts tat, um die Veröffentlichung von Dan Williams' (damaliges Mitglied des Anwaltteams) verlogenen Buch „Executing Justice“ aufzuhalten, das vertrauliche Anwalt/Mandant-Diskussionen veröffentlichte, Mumias Unschuld in Frage stellte und ein „Präventivschlag“ war gegen das Geständnis von Arnold Beverly, dass er und nicht Mumia Daniel Faulkner tötete. Mumias Versuche, dieses Buch auf juristischem Wege aufzuhalten, schlugen fehl. Nachdem er Weinglass und Williams gefeuert hatte, antwortete Mumia auf Kritik unter seinen Unterstützern: „Ihr habt Anwälte gesehen, die hemmungslos ihre eigenen Regeln verletzt haben, mit dem Segen der Gerichte. Wie könnt ihr sagen, ihr habt kein Vertrauen in das System, und dann Anwälten vertrauen, die die Interessen ihres sogenannten Klienten verraten haben?“

Wolkenstein bemerkte: „das *einzig* Argument, dass die Anklage gegen den Beverly-Beweis und all die anderen eidesstattlichen Erklärungen, die Teil des ‚Beverly-Beweises‘ sind, vorgebracht hat, sind die Aussagen in dem Buch von Mumias ehemaligem Anwalt Dan Williams – das ist die *einzig* Sache, die benutzt wurde. Über die Frage eines neuen Prozesses: Selbst die Unterlagen, die ich während meiner Zusammenarbeit mit Weinglass '95, '96 und '97 bei Gericht einreichte, konzentrierten sich nicht auf die Forderung nach einem neuen Prozess! Wir forderten, die Anklagen fallen zu lassen. Wenn das Gesetz ohne Vorurteil angewendet würde, wäre angesichts der Unterdrückung und Verfälschung von Beweisen die ganze Anklage ohne ein neues Verfahren sofort fallen gelassen worden.“

Michael Czech, Mitglied des Vorstands der Berliner DKP, wurde als ein Redner bei der KfsV-Veranstaltung angekündigt. Auf der Protestkundgebung am Nachmittag hatte Czech unsere Genossen darüber informiert, dass er von seiner Partei – mit falscher Begründung – angewiesen worden sei, nicht auf der KfsV-Veranstaltung zu sprechen.

Die DKP ist durchdrungen vom stalinistischen Programm der Klassenkollaboration der „Volksfront“; die Niederlage im Spanischen Bürgerkrieg ist nur eines von vielen Beispielen dafür. Die DKP hält fortwährend Ausschau nach Einheit mit einem „progressiven“ Teil der Bourgeoisie und bezieht sich in jedem zweiten Satz auf das „Grundgesetz“. Aber wie viele andere Leute mit ein bisschen Erfahrung im Klassenkampf stehen einige DKPler vor dem Widerspruch, dass sie die Losung eines „fairen Prozesses“ nicht einfach so schlucken können. Als es zählte, rührte die DKP keinen Finger, um die DDR zu verteidigen. Wie wir Czech später schrieben:

„Im Grunde konzentrierte sich die Debatte bei dieser Veranstaltung auf die Frage Reform oder Revolution. Die Bandbreite reichte von der Frage, eine Mobilisierung der Arbeiterklasse unabhängig vom bürgerlichen Staat zu organisieren, um für Mumias Freiheit zu kämpfen, in Opposition zum Vertrauen in die kapitalistischen Gerichte, über eine Debatte über die Rolle der Polizei in der kapitalistischen Gesellschaft, dass sie kein Teil der Arbeiterbewegung ist, bis zu unserem Kampf, das Proletariat gegen die kapitalistische Konterrevolution und für eine politische Arbeiterrevolution in der früheren DDR zu mobilisieren.“

**Kampagne: Freiheit für Mumia!**

**News ★ Publikationen ★ Events**

**Besucht die Website des  
Partisan Defense  
Committee!**

**[www.PartisanDefense.org](http://www.PartisanDefense.org)**



Fritz Dittmar, ein Mitglied des Bezirksvorstands Hamburg der DKP, der Artikel über Mumias Fall für *Unsere Zeit* und *Rotfuchs* geschrieben hat, bot sich spontan an, in seinem eigenen Namen zu sprechen. Er ging auf die Kontroverse über den „fairen Prozess“ ein: „Ich meine, ein Revolutionär kann keinen fairen Prozess vor einem bürgerlichen Gericht kriegen. ... Zu dieser formalen Unabhängigkeit [der Justiz] hat ein unverdächtig Zeuge, nämlich der frühere Reichskanzler Bismarck, erklärt: ‚Ich will die Unabhängigkeit und Unabsetzbarkeit der Richter gerne garantieren, wenn mir nur ihre Versetzung und Beförderung bleibt. Das ist zuverlässig genug.‘“ Er betonte, dass der Staat nicht neutral ist: „Deshalb wird das wohlwollendste und liberalste bürgerliche Gericht einem Revolutionär so viel schaden, wie es vertreten kann“, und fuhr fort, dass es höchstens möglich ist, „eine gerechte Entscheidung zu erreichen“, wenn „außerhalb des Gerichts der Druck auf den Straßen so groß wird, dass das Gericht mit knirschenden Zähnen auf die Beugung des Rechts verzichtet“.

Steffen Singer, der das SpAD-Zentralkomitee repräsentierte, setzte den Kampf für Mumias Freiheit in den Kontext des Kampfes, eine revolutionäre Arbeiterpartei aufzubauen, und des Kampfes für neue Oktoberrevolutionen. Er rief die stolze Geschichte der SpAD und der Internationalen Kommunistischen Liga in Ostdeutschland und der Sowjetunion in Erinnerung, wo wir dafür kämpften, das Proletariat gegen kapitalistische Konterrevolution und für politische Arbeiterrevolution zu mobilisieren. Daraufhin gab es einige Zwischenrufe von Leuten, die wissen wollten, was das mit Mumias Fall zu tun hat. Singer antwortete:

„Wovon wir hier reden, ist auch der sogenannte ‚Tod des Kommunismus‘, dass diese Ideologie massiven Einfluss auf die Linke hat und den ganzen Kampf für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal prägt. Kann man sich vorstellen, dass vor der Zerstörung der Sowjetunion Linke ‚für einen fairen Prozess‘ auftreten, was zurückgeht hinter jede Tradition der Arbeiterbewegung seit den Haymarket-Märtyrern?“

Eine wichtige Debatte fand auch über die Rolle der Polizei in der kapitalistischen Gesellschaft statt und ob sie einen Platz in den Gewerkschaften haben sollte. In seinen zusammenfassenden Bemerkungen meinte Gert Julius, dass man von seinem „Gewerkschafts-Standpunkt“ ausgehend Polizisten „nicht pauschal als Bullen bezeichnen“ sollte. Er meinte auch, dass er „wenige Möglichkeiten“ sehe, das Klassenbewusstsein des Proletariats zu dieser Zeit zu erhöhen, und sagte: „Gewerkschaften sind für alle.“ Er schloss: „mein Aufruf: Linke aller Länder, beschimpft euch nicht, sondern vereinigt euch.“

Singer antwortete: „Als Marxisten verstehen wir, dass das Sein – das, was man tut – das Bewusstsein bestimmt. Und die Aufgabe der Polizei ist tatsächlich, bewaffnet die Gesetze der Bourgeoisie, ihre Herrschaft, umzusetzen. Praktisch – das kann man bei jedem Streik sehen.“

Singer erinnerte daran, dass bei dem Streik gegen die Firma Infineon in München ein Bulle mit „gezogener Waffe“ gegen die Streikposten vorging. „Das sind die bezahlten, trainierten und dafür ausgebildeten Streikbrecher der Bourgeoisie. Das ist ihr Job.“ Er fuhr fort: „Wer führt die Abschiebungen durch? Wer bricht die Streiks? Wer verprügelt Demonstranten? Wer hat [Anfang Mai] die Razzien gegen



**KfsV-Block auf der Berliner Demonstration am 12. Mai fordert Freiheit für Mumia, bekämpft Illusionen in bürgerliche Gerichte**

Spartakist

die Anti-G8-Linken durchgeführt? Die Polizei! Das ist die organisierte Gewalt des Klassenfeindes. Sie hat nichts in der Arbeiterbewegung zu suchen.“

Wie wichtig im Kampf für Mumias Freiheit eine *klassenkämpferische Strategie* ist, die sich auf die Masse an Beweismaterial für seine Unschuld stützt, hat in der Diskussion ein Gewerkschafter unterstrichen, der die Ansichten der SpAD unterstützt. Er beschrieb die Resonanz von Mumias Fall unter seinen Arbeitskollegen und wies darauf hin, dass die Jugend- und Auszubildendenvertretung des Betriebs, die politisch der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführung nahesteht, eine Erklärung für Mumia sabotierte mit dem Argument, sie seien nicht sicher, ob er wirklich keinen Bullen getötet habe, und die Erklärung könne dem Ansehen der Gewerkschaft schaden ... und dem des Unternehmens!

Die freie Journalistin Birgit Gärtner stellte in Frage, dass Arbeiter Mumias Fall aufgreifen würden, worauf Wolkenstein antwortete:

„Mumias Fall zeigt in jeder Weise die Natur der kapitalistischen Justiz: Ungerechtigkeit. Aber die Rolle der Arbeiterbürokratie besteht darin, die Arbeiterklasse durch Appelle um faire Behandlung an den Klassenfeind zu binden, was der Rolle der Reformisten gleicht, die argumentieren, dass der Weg zu Mumias Freiheit durch Appelle für Gerechtigkeit an die Gerichte führt. Der Arbeiterklasse wird beigebracht, sich machtlos im Angesicht der Bourgeoisie zu fühlen, statt ihre soziale Macht als Klasse im Kampf für ihre eigenen Interessen, einschließlich Mumias Freiheit, einzusetzen. Also, im Moment angesichts der jetzigen Gewerkschaftsführung, nein: Die Arbeiterklasse wird keine Gefängnismauern einreißen und in den Streik treten, um Mumia freizubekommen. Aber wir müssen für eine klassenkämpferische Verteidigungsbewegung kämpfen, die die Herrschenden zu Tode erschreckt über das, was passiert, wenn sie Mumia für den Rest seines Lebens im Gefängnis festhalten wollen.“

Gärtner fragte nach Gerüchten, denen zufolge Rachel Wolkenstein 1999 von Mumia gefeuert worden sei, und ob Mumia das Beverly-Beweismaterial ablehne. Wolkenstein widerlegte die Gerüchte klar:

„Mumia wurde von Len Weinglass und Dan Williams versprochen, sie würden weiter untersuchen. Aus meiner Erfahrung mit Williams und Weinglass wusste ich, dass sie Mumia anlogen. Zu diesem Zeitpunkt gab es nichts, was ich dagegen tun konnte, außer, mich von dem Fall zurück-

Fortgesetzt auf Seite 22

## Veranstaltungen für Mumia Abu-Jamal...

Fortsetzung von Seite 21

zuziehen. Anderenfalls wäre ich ein Teil dieses massiven Verrats an Mumia gewesen. Tatsächlich hat Mumia später Weinglass und Williams gefeuert, und das Beverly-Beweismaterial wurde beim Staatsgericht von Pennsylvania und beim US-Bundesgericht eingereicht. Ich wurde nicht 1999 von Mumia gefeuert. Er wollte nicht, dass ich das Anwaltsteam verlasse. Aber angesichts der Position von Weinglass und Williams konnte ich nicht im Anwaltsteam bleiben. Ich besuche Mumia weiterhin regelmäßig, er weiß über alles Bescheid, was das PDC für ihn tut, er schickte Grüße an diese Veranstaltung. Mumia weiß alles, was ich sage, was das PDC sagt über die Beweise in seinem Fall, einschließlich des Beverly-Beweismaterials, das staatliche Komplott und seine Unschuld.“

Seit Mumias Fall zum „beschleunigten Verfahren“ erhoben wurde, haben liberale und reformistische Kräfte ihre Aktivitäten zu seinem Fall gesteigert und versuchen dabei vor allem zu verhindern, dass sich eine klassenkämpferische Verteidigung auf Grundlage eines marxistischen Verständnisses vom kapitalistischen Staat und seinem Rechtssystem entwickelt. Wie wir in „Klassenkämpferische Verteidigung kontra Vertrauen in kapitalistische Justiz“ (*Spartakist-Extra*, 23. Juni) schrieben, gehören zu dieser Sorte von Leuten die Autoren David Lindorff und Michael Schiffmann, die Bücher schrieben, in denen sie vorgeben, Mumias Kämpfe vor Gericht zu unterstützen, aber entscheidendes Beweismaterial für seine Unschuld in Frage stellen, vor allem das Geständnis von Arnold Beverly. Warum sollten diese selbsternannten Fürsprecher Mumias Williams darin folgen, über das Beverly-Geständnis herzufallen und der Staatsanwaltschaft die Arbeit abzunehmen? Der ganze Zweck von Lindorff und Schiffmann ist, „die Tatsache von Mumias Unschuld zu unterminieren und das Ausmaß und die Tiefe des Komplotts, das durch Kräfte des Staates durchgeführt wurde, die ihn tot sehen wollen“. Die kompletten Aussagen von Beverly und auch von Mumia, zusammen mit einer im Juli 2001 eingereichten eidesstattlichen Erklärung von Rachel Wolkenstein sind in der KfsV-Broschüre *Der Kampf für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal – Mumia ist unschuldig!* enthalten (die Broschüre liegt jetzt sowohl im englischen Original als auch in Französisch und Deutsch vor).

Wie sehr die Forderung nach einem fairen Prozess tatsächlich demobilisiert, wurde bei der „bundesweiten Demonstration“ am 12. Mai in Berlin anschaulich, deren Organisatoren auf die Unterstützung von Liberalen wie Amnesty International (ai) und die Grünen schielten. Seit der zweiten Bündnissitzung am 10. April war klar, dass man nicht einmal davon sprechen sollte, dass Mumia unschuldig ist, da ai dies

nicht unterstützen würde. erinnert euch, die Politik von ai führte dazu, dass sie nicht einmal Nelson Mandela verteidigten. Übrig bleibt ein Appell an diejenigen Liberalen, die Mumia nicht als unschuldigen Menschen sehen, Opfer eines Komplotts – aufgeladen von rassistischer Voreingenommenheit und politischen Motiven –, sondern als isolierten Fall eines „Justizirrtums“. Das beschönigt das wahre Gesicht der bürgerlichen Demokratie, die nichts anderes ist als die Diktatur der Kapitalistenklasse. Der Erfolg des kleinen KfsV mit dem größten Demo-Kontingent unter den ehrlichen Losungen „Freiheit für Mumia, sofort!“, „Nieder mit der rassistischen Todesstrafe!“, „Mumia ist unschuldig“, und „Es gibt keine Gerechtigkeit in den kapitalistischen Gerichten“, brachte diese Organisatoren zum Rasen, und sie beschuldigten uns mit einem Schwall antikommunistischer Boshaftigkeiten dafür, dass nur so wenige kamen: „Wir wissen durch diverses Feedback nämlich, dass grosse Teile der Berliner Linken immer noch davon ausgehen, dass die Mumia-Kampagne von den politischen Trittbrettfahrer innen der RIM/RK ... und/oder den Trotz-Kisten des ‚KfsV‘ getragen sei“ (Newsletter vom 22. Mai der Mumia Hörbuchgruppe, Rechtschreibfehler im Original). In Wahrheit ist es die bankrotte Strategie, auf einen „fairen Prozess“ zu vertrauen, die diejenigen demobilisiert, die eigene Erfahrung mit Unterdrückung haben und sich mit Mumias Fall identifizieren. Rachel Wolkenstein führte nachdrücklich aus:

„Zur Frage des fairen Prozesses: Wie ich in meiner Präsentation klargemacht habe, richtet sich mein Feuer gegen sogenannte Linke. Religiöse Gruppen, Bürgerrechtsgruppen und Mitglieder der Demokratischen Partei fordern einen neuen fairen Prozess. Das ist ihre Politik. Schließlich glauben sie an das amerikanische bürgerliche Rechtssystem. Sie glauben, wenn jemand keinen fairen Prozess bekommt, ist das nur eine Abweichung vom amerikanischen Rechtssystem. Genauso wie sie glauben, dass Abu Ghraib nur ein Unfall war oder die Schuld eines einzelnen Kommandanten. Aber die Rolle sogenannter Linker besteht darin, Lippenbekenntnisse darüber abzugeben, dass der bürgerliche Staat der arbeitenden Bevölkerung, Linken und Minderheiten keine Gerechtigkeit verschafft, während sie Illusionen in genau diese Gerichte schüren. Nun, die Hunderten und Aberhunderten von Leuten und Gewerkschaftsorganisationen, die die PDC-Erklärung unterschrieben haben, sind überhaupt nicht Anhänger der Politik der Spartacist League oder der Internationalen Kommunistischen Liga. Ich bin sicher, dass die große Mehrheit sich nicht für Marxisten oder Sozialisten hält. Aber sie hatten kein Problem damit, eine Erklärung zu unterzeichnen, die sagt: ‚Mumia ist unschuldig‘, dass er frei sein sollte und dass es rassistische und Klassenurteile in dem Komplott bei diesem Prozess gab.

Was also will ich klarmachen? Mein Punkt ist, dass wir das Bewusstsein voranbringen können und eine Massenkampagne aufbauen, zentral basiert auf der Macht der Arbeiterklasse, die tatsächlich das tun kann, was wir brauchen, um Mumia zu befreien; oder man stoppt eine Bewegung, indem man den Leuten sagt, dass die Antwort in den Gerichten liegt, wodurch junge Leute demoralisiert und demobilisiert werden. Jede denkende Person, die sich Mumias Fall ansieht und seine Geschichte in den Gerichten, wird die Wahrheit sehen. Die politische Auseinandersetzung findet über die Strategie für den Kampf um Mumias Freiheit statt – um eine klassenkämpferische Bewegung aufzubauen, die für das kämpft, was wir wollen. Die reformistischen linken Gruppen organisieren auf der Grundlage von Vertrauen in die kapitalistische Justiz. Sie stoppen bewusst, absichtlich, den Aufbau der Art von Bewegung, die notwendig ist, um Mumia freizubekommen.“ ■

## Abonniere jetzt!

Workers Vanguard  
zweiwöchentliche  
Zeitung der  
Spartacist League/U.S.

22 Ausgaben inkl.  
Spartacist (englische  
Ausgabe) und  
Black History

Luftpost € 25,-  
Seepost € 10,-

Zu beziehen über die  
Verlagsanschrift



# Rede von Rachel Wolkenstein bei KfsV-Veranstaltung

## Mumia Abu-Jamal: Komplott gegen einen Unschuldigen

Mumia ist unschuldig

Komitee für soziale Verteidigung



Spartakist

Nachfolgend drucken wir die leicht redigierte Rede von Rachel Wolkenstein am 12. Mai in Berlin ab.

Es ist jetzt 25 Jahre her, seit Mumia verurteilt wurde für den Mord an Daniel Faulkner, Polizist aus Philadelphia – für ein Verbrechen, von dem Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte wissen, dass Mumia es nicht begangen hat. Mumia saß diese ganze Zeit im Todestrakt, isoliert in einer Zelle, was er als Leben in einem Klo beschreibt. Er wurde Opfer eines Komplotts wegen seiner politischen Überzeugungen und Handlungen, weil er ein Mitglied der Black Panther Party war, ein Unterstützer der Organisation MOVE und ein Journalist, der mit Leidenschaft und Überzeugung gegen rassistische, ethnische und Klassen-Vorurteile kämpfte, gegen Bullenterror, für soziale Gerechtigkeit.

Vor etwa 17 Jahren sagte Mumia in dem Interview im PDC-Video *Aus der Todeszelle*, hier spricht Mumia Abu-Jamal, dass er kämpft, „um in Amerika eine Revolution zu schaffen. Revolution bedeutet totale Veränderung.“ Seit damals hat Mumia seine politischen Ansichten nicht geändert, er wurde nicht durch Einschüchterungen zum Schweigen gebracht.

Die kapitalistischen Herrscher sehen in Mumia das Gespenst der schwarzen Revolte, der unbeugsamen Opposition gegen ihr System rassistischer Unterdrückung. Für sie ist Mumia ein Toter auf Urlaub. Alle Elemente des so genannten „criminal justice system“ [sowohl „System der Kriminaljustiz“ als auch „System der kriminellen Justiz“], das von beiden Parteien des amerikanischen Imperialismus unterstützt wird, Demokraten ebenso wie Republikanern, haben sich zusammengetan, um diesen unschuldigen Mann zu töten.

Warum muss für Mumias Fall international gekämpft werden? Das PDC hat Mumias Fall 1987 aufgegriffen, etwa vor 20 Jahren, denn Mumias Fall ist der Kampf gegen die ultimative Waffe des Staatsterrors, die Todesstrafe. Wir sind aus Prinzip Gegner der Todesstrafe. Wir gestehen dem Staat nicht das Recht zu, zu entscheiden, wer leben und wer sterben soll. In den USA ist die Todesstrafe das Erbe der Sklaverei, rassistische legale Lynchjustiz.

Wir griffen Mumias Fall auch auf als Teil des Kampfes dagegen, dass der Staat Leute, die er als politische Gegner ansieht, als Terroristen darstellt. Die Black Panther Party und die Organisation MOVE wurden damals als die Terroristen angesehen. Und das bedeutete, es war legitim für den Staat, sie bei Nacht und Nebel zu erschießen, sie falsch anzuklagen aufgrund vager Verschwörungs-Beschuldigungen. Mumia war im Fadenkreuz des FBI-Gegenspionage-Programms (COINTELPRO), er stand ab dem Alter von 15 Jahren unter täglicher Überwachung und auf der Liste derjenigen, die zusammengetrieben und in Konzentrationslager gesteckt werden sollten. Die Verurteilung und die Todesstrafe gegen Mumia waren die Fortsetzung des Rachefeld-

zugs der Regierung gegen die Black Panther

Party, der zur Ermordung von 38 Pantheren und abgekarteten Verurteilungen von weiteren Hunderten Pantheren führte. Und es war ebenso Bestandteil der Lawine von juristischen Komplotten und ausgesprochenen Terror-Taktiken gegen die Organisation MOVE.

Der Kampf für Mumia Abu-Jamal steht in direktem Zusammenhang mit dem sogenannten „Krieg gegen den Terror“ nach dem 11. September, der zu Hexenjagden gegen Immigranten führte, in erster Linie gegen Muslime, und der die Rechtfertigung lieferte für eine Aushöhlung demokratischer Rechte, für ein massives Anwachsen von Überwachungs- und Unterdrückungsmaßnahmen des Staates, einschließlich der unverhohlenen Anwendung von Folter. Mumias Kampf ist der Kampf für jeden Immigranten, so wie den afrikanischen Flüchtling Oury Jalloh, der am 7. Januar 2005 in seiner Gefängniszelle in Dessau verbrannte, an Händen und Füßen gefesselt; für Linke wie RAF-Mitglied Wolfgang Grams, der durch einen Kopfschuss von GSG-9-„Anti-Terror“-Bullen hingerichtet wurde, und für seine RAF-Genossen, die jahrzehntelang im Rahmen einer anti-kommunistischen Hexenjagd weggesperrt wurden; für Linke, die in dieser Woche in ganz Deutschland durchsucht und verhaftet wurden, um Proteste gegen den G8-Gipfel nächsten Monat in Heiligendamm zu verhindern; für Arbeiter, die zunehmende Angriffe auf Löhne, Sozialleistungen, Rechte erfahren.

Mumias Kampf richtet sich gegen rassistischen Staatsterror, veranschaulicht durch das Video, in dem man sieht, wie ein Bundeswehr-Ausbilder Soldaten sagt, sie sollten sich vorstellen, mit dem Maschinengewehr auf Schwarze zu schießen. Das letztendliche Ziel dieser staatlichen Unterdrückung ist die multirassistische Arbeiterbewegung. Der Kampf für die Freiheit Mumias ist Teil des Kampfes für die Befreiung der Schwarzen und des umfassenderen Kampfes für sozialistische Revolution und daher für die Befreiung von uns allen.

### Mumias Prozess: Ein korruptes Gericht

Wir sind hier am Vorabend von Mumias Berufungsverhandlung vor dem Bundesgericht am 17. Mai. In einem Zeitraum von wenigen Monaten wird das Gericht entscheiden, was Mumia als Nächstes erwartet – der Tod, ein Leben im Gefängnis oder möglicherweise weitere gerichtliche Schritte. Das US-Bundesberufungsgericht ist nicht verpflichtet, alle Punkte zu erwägen, die Mumia anführt – und in Mumias Fall wurde praktisch jedes demokratische Recht verletzt, vom Rederecht und dem Recht, sich zu organisie-

Fortgesetzt auf Seite 24



Workers Vanguard

**Philadelphia, 17. Mai: PDC-Kontingent bei Kundgebung für Mumia bekämpft Illusionen in kapitalistische Gerichte, verbreitet durch Reformisten**

### Rede Rachel Wolkenstein...

*Fortsetzung von Seite 23*

ren, bis zum Recht auf ein ordentliches Gerichtsverfahren. Das Berufungsgericht entscheidet, ob Mumias Todesstrafe aufrechterhalten wird oder nicht. Das Gericht befindet *nicht* über *irgendwelche* Beweise über Mumias Unschuld oder das staatliche Komplott. Die bundesstaatlichen und die Bundesgerichte haben sich geweigert, das Geständnis von Arnold Beverly, dass er und nicht Mumia den Polizisten Faulkner erschoss, auch nur in Erwägung zu ziehen.

Das Bundesberufungsgericht „erlaubt“ nur drei von Mumias über zwanzig rechtlichen Einwänden. Das sind die rassistisch voreingenommene Auswahl der Geschworenen und das manipulative Schlussplädoyer des Bezirksstaatsanwalts, der die Rolle der Jury herunterspielte, indem er fälschlich behauptete, Mumia würde sowieso „eine Berufung nach der anderen“ bekommen. Und schließlich hört das Gericht noch eine Anfechtung der Wiederaufnahmeverhandlungen von 1995–1997 – eine Art Femegericht, ähnlich einem Lynchmob – an, die unter Vorsitz des berühmten Richters Albert Sabo stattfanden, allgemein als der König des Todestraktes bekannt. Während des Prozesses 1982 sagte Sabo geradeheraus: „Ich werde ihnen helfen, den N...r zu braten.“

Tatsächlich betreffen die Rechtsanträge, die jetzt dem Berufungsgericht vorliegen, Fragen, die für die Gerichte niederer Instanzen untersucht, ausgearbeitet und formuliert wurden, und zwar von mir und Jon Piper, einem anderen Rechtsanwalt, der mit dem PDC verbunden ist und in Mumias Anwaltsteam war. Wenn man Mumias Fall abstrakt betrachtet, nur als Frage von Gesetz und Tatsachen, angewandt auf Mumias Fall, gibt es überhaupt keinen Grund, warum Mumia seine Berufung nicht gewinnen sollte. Aber die Realität ist, dass die kapitalistischen Gerichte nicht unparteiisches Recht sprechen – und Mumia ist einer, den der Staat tot sehen will.

Um eine Auswirkung auf die anstehende Entscheidung des Berufungsgerichts zu haben, ist eine Massenmobilisie-

rung basierend auf der internationalen Arbeiterklasse und ihren Verbündeten jetzt notwendiger und dringlicher denn je. Die Mobilisierung muss auf der Grundlage stattfinden, dass Mumia unschuldig ist, er ist die „Stimme der Entrechteten“ und sitzt in der Todeszelle wegen eines politischen, rassistischen Komplotts. Mumia hätte niemals verhaftet, vor Gericht gestellt oder verurteilt werden dürfen! Unser Kampf – und unsere Forderung – ist Mumias Freiheit, sofort!

Aber stattdessen wurde und wird der Kampf für Mumia weiterhin demobilisiert durch eine von Liberalen und der reformistischen Linken betriebene Politik impotenter Appelle an die Gerechtigkeit und Fairness der kapitalistischen Gerichte, repräsentiert durch den Ruf nach einem neuen Prozess, einem faireren Prozess. Um die Politik hinter dieser Demobilisierung zu verstehen – und um dies wieder herumzureißen – wollen wir zunächst die rechtlichen und Faktenfragen in Mumias Fall untersuchen.

### Das Komplott

Die Geschichte der Staatsanwaltschaft ist folgende: In den frühen Morgenstunden des 9. Dezember 1981 seien zwei Leute an der Straßenkreuzung Locust Street und 13. Street in Philadelphia gewesen – Billy Cook, also Mumias Bruder, und der Polizist Daniel Faulkner. Mumia – damals 27 Jahre alt und bekannt für seine ruhige Art und für seinen kühlen Kopf – soll gesehen haben, wie sein Bruder von dem Polizisten geschlagen wurde, soll über die Straße gerannt sein und den Polizisten in den Rücken geschossen haben. Als der Polizist dann zu Boden fiel, soll er Mumia in die Brust geschossen haben. Dann soll sich Mumia über den Polizisten gestellt haben, der mittlerweile flach auf dem Rücken lag, und soll mehrere Male direkt nach unten auf seinen Kopf geschossen haben, „wie bei einer Hinrichtung“. Das sind alles Lügen, ein abgekartetes Fantasiegebilde von Polizei und Staatsanwaltschaft.

In den Wiederaufnahmeanhörungen in Mumias Fall in den Jahren 1995, 1996 und 1997, vor über zehn Jahren, wurde das Beweismaterial der Staatsanwaltschaft wieder und wieder als falsch entlarvt – es basierte auf Zeugen, die bedroht oder gekauft worden waren; auf nicht-existenten ballistischen Beweisen und auf einem von vorn bis hinten fabrizierten Geständnis, das die Polizei zwei Monate nach der Schießerei erfunden hatte.

Ich werde des Weiteren aufgrund von Tatsachen erklären, dass es kein noch so kleines Quäntchen an Beweisen gegen Mumia gibt. Was also sollten Geschworene anhören und beraten?

Was Zeugen betrifft: Die Staatsanwaltschaft hatte vor Gericht eine angebliche Augenzeugin aufgeboten, die Prostituierte Cynthia White, die laut Polizeiangaben inzwischen tot ist. Kein Zeuge, auch nicht Cynthia White, sagte aus, dass Mumia Faulkner erschossen habe. Während des Prozesses 1982 sagte Cynthia White, dass sie Mumia mit einer Waffe in der Hand über den Parkplatz rennen sah. Aber seither haben zwei Prostituierte und eine andere Frau, die White kannten, geschworen, dass White zugab, dies sei eine Falschaussage gewesen, die unter Drohungen der Bullen zustande kam. Zwei dieser Frauen hielten einem bösartigen Kreuzverhör bei den Wiederaufnahmeverfahren stand. Zwei Augenzeugen, William Singletary und Dessie Hightower, bezeugten, dass White während des Schusswechsels nicht einmal an der Straßenecke war.

Der andere angebliche zentrale Augenzeuge – ein Taxifahrer namens Robert Chobert – gab beim Wiederaufnahmeverfahren an, dass er Vergünstigungen von der Staatsanwaltschaft erhalten hatte. Und er gab gegenüber einem Ermittler der Verteidigung zu, dass sein Taxi nicht dort geparkt war, wo die Staatsanwaltschaft behauptete, und dass er nicht in der Lage war, irgendetwas zu sehen. Das wird durch Fotos

# Habeas-Corpus-Berufung für Mumias Sohn verweigert Freiheit für Jamal Hart, sofort!

Am 26. Februar verweigerte das Bundesbezirksgericht für den Mittleren Bezirk von Pennsylvania Jamal Harts Habeas-Corpus-Berufung, die ihm nach mehr als zehn Jahren im Gefängnis die Freiheit hätte bringen können. Hart, der Sohn des in der Todeszelle sitzenden politischen Gefangenen Mumia Abu-Jamal, wurde 1998 zu 15 ½ Jahren aufgrund falscher Anschuldigungen wegen illegalen Schusswaffenbesitzes verurteilt. Hart wurde für seinen prominenten Aktivismus in der Kampagne für die Freiheit seines Vaters ins Visier genommen.

Hart wurde zuerst unter Pennsylvanias Bundesgesetzen angeklagt, was eine Bewährung zum Resultat gehabt hätte. Das Justizministerium unter dem Demokraten Bill Clinton intervenierte jedoch, um Bundesgesetze zu benutzen und das Strafmaß für Hart exponentiell auszuweiten. Die Staatsanwaltschaft stempelte Hart aufgrund dreier vorangegangener Verurteilungen als einen „Berufskriminellen“ ab. Jedoch, wie Hart in einem Brief vom 15. Januar aus der Bundesvollzugsanstalt bei Schuylkill, Pennsylvania, dem Partisan Defense Committee erklärte: „Nach eingehender Untersuchung durch Gefängnis-Beamte hier, im FCI

Schuylkill, ist aufgedeckt worden, dass eine Verurteilung wegen eines Überfalls, dessen ich 1995 beschuldigt wurde, NICHT EXISTIERT und überhaupt nicht hätte zählen dürfen. Wegen dieses eklatanten Fehlurteils der Justiz hätte ich zu dem ursprünglichen Strafmaß von 6 Jahren und fünf Monaten bis zu 8 Jahren verurteilt werden müssen, anstatt der grausamen 15 Jahre bis lebenslanglich.“

Harts Berufung hätte die Grundlage sein können für eine Reduzierung seiner Strafe und seine Freilassung aufgrund der abgessenen Zeit. Jedoch wollte der Richter Edwin M. Kosik Harts Berufung nicht berücksichtigen, mit dem fadenscheinigen Argument, dass sein Gericht nicht zuständig sei. Wie die abgekartete Verurteilung seines Vaters für ein Verbrechen, von dem die Regierung weiß, dass er es nicht begangen hat, illustrieren Harts Verurteilung und die Verweigerung seiner kürzlichen Berufung die rassistische Natur des kapitalistischen „Rechts“systems. Von Anfang an verurteilte das PDC die Verfolgung von Jamal Hart als ein rassistisches politisches Komplott. Er hätte nie einen Tag hinter Gittern verbringen sollen. **Freiheit für Jamal Hart, sofort!**

*Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 888, 16. März 2007*

vom Tatort bestätigt, die jüngst durch Michael Schiffmann zutage gefördert wurden.

Was Mumias angebliches Geständnis betrifft: Das Geständnis im Krankenhaus, das Mumia angeblich in der Nacht der Schießerei machte, wurde beim Wiederaufnahmeverfahren definitiv als Fabrikat von Staatsanwaltschaft und Polizei entlarvt, zwei Monate nach dem Ereignis bei einem Treffen mit dem Staatsanwalt entstanden, wo Cops auf ihre Aussagen vorbereitet werden sollten. Kein Polizeibericht aus dieser Nacht erwähnt Mumias Geständnis, und tatsächlich berichtete ein Polizist, der die ganze Nacht bei Mumia war, ganz direkt, dass Mumia „keine Äußerungen“ machte.

Was die Ballistik betrifft: Es ist völlig klar, dass absolut keine ballistischen oder anderen Sachbeweise existieren. Es gibt keinen Beweis, dass Mumias Waffe in dieser Nacht überhaupt abgefeuert wurde, und schon gar nicht dafür, dass die Kugel in Faulkners Kopfwunde zu Mumias Waffe passt. Es gibt Fotos, die erst vor kurzem aufgetaucht sind, auf denen man einen Polizisten am Tatort sieht, der an einer Waffe herumfingert. Es gibt Widersprüchlichkeiten in Polizeiberichten darüber, welche Art von Kugeln in Mumias Waffe waren. Ein Geschossfragment aus Faulkners Wunde und eine gerichtsmedizinische Röntgenaufnahme von Faulkners Leiche sind verschwunden. Es gibt keine Sachbeweise dafür, dass Faulkner so erschossen wurde, wie die Polizei es beschrieb – nämlich direkt in den Kopf, während er auf dem Bürgersteig lag. Es gibt keine Einschläge oder Spuren auf dem Bürgersteig. Die Geschosse, die am Tatort gefunden wurden, deuten nicht auf solche Flugbahnen, dass Mumia den Cop erschossen haben könnte, sondern weisen vielmehr darauf hin, dass es mehr als einen Schützen gab, davon einer, der aus einer ganz anderen Richtung als Mumia kam.

Darüber hinaus gibt es Beweise, die direkt für Mumias Unschuld sprechen, die schon bei den Gerichtsanhörungen '95, '96 und '97 bezeugt wurden. Der Vietnam-Veteran William Singletary war Augenzeuge der Schießerei und bezeugte 1995, dass Mumia ankam, nachdem auf Faulkner geschossen worden war und dass der Schütze, der eine grüne Armeejacke trug, aus dem geparkten VW gekommen war und

dann vom Tatort weggrante. Singletary sagte das in der Nacht der Schießerei der Polizei, und er wurde wiederholt bedroht, seine Tankstelle wurde demoliert und während des Prozesses 1982 war er aus der Stadt vertrieben worden. Andere Zeugen, darunter Dessie Hightower, der beim Prozess als Zeuge aussagte, sagten, dass sie jemanden vom Tatort wegrennen sahen. Während des Wiederaufnahmeverfahrens 1995 berichtete Hightower, dass er für einen Lügendetektortest herausgegriffen und auf andere Weise genötigt wurde, um ihn an einer Aussage beim Prozess zu hindern.

Veronica Jones bezeugte 1996, dass sie jemanden vom Tatort hatte weglaufen sehen und dass die Polizei ihr mit einer langen Gefängnisstrafe aufgrund einer Anklage wegen Raubes drohte, falls sie beim Prozess nicht anders aussagen würde. 1997 sagte die Prostituierte Pamela Jenkins aus, dass während der Schießerei andere Polizisten anwesend waren, darunter ein gewisser Larry Boston. Sie sagte auch aus, dass die Prostituierte Cynthia White eine Polizeiinformantin war und Polizisten sexuelle Gefälligkeiten erwies. Ein weiterer Zeuge meldete sich, der aussagte, dass er zum Zeitpunkt des Schusswechsels Polizisten in Zivil am Tatort sah.

## Das Beverly-Geständnis

Selbst unter den Bedingungen von Sabos vollkommen voreingenommenem Gericht wurden die Beweise des Bezirksstaatsanwalts schon vor über 10 Jahren völlig in der Luft zerrissen. Und während vor Gericht mehr und mehr Beweise erbracht wurden, dass das Ganze ein bewusstes Komplott der Polizei war, würde man vernünftigerweise erwarten, dass eine Bewegung, die Mumia Abu-Jamal verteidigt, diese rechtlichen Entwicklungen aufgreifen würde. Die neuen Beweise aus den Gerichtsverhandlungen konnten eine Mobilisierung zur Verteidigung Mumias nur unterstützen – auf der Basis, dass Mumia unschuldig ist und dass ein schwarzer politischer Aktivist hier mit einer abgekarteten Anklage des Staates konfrontiert ist, der entschlossen ist, ihn tot zu sehen. Aber tatsächlich wurden diese Rechtsbeweise abgelehnt! Die sogenannte Linke, die mit Verspätung 1995 Mumias Verteidigung aufgriff, tat dies nicht

*Fortgesetzt auf Seite 26*

## Rede Rachel Wolkenstein...

Fortsetzung von Seite 25

mit dem Aufruf „Freiheit für Mumia, sofort!“, der im Zentrum der Mobilisierung des PDC stand, sondern sie *lehnten* diese Forderung als Grundlage für Massenproteste *ab* und stellten stattdessen den Ruf nach einem neuen Prozess in den Mittelpunkt ihrer Forderungen.

Anfang 1999, in Vorbereitung auf die wahrscheinliche Ablehnung der Berufung vor den Gerichten Pennsylvanias und in Vorbereitung auf ein Habeas-Corpus-Verfahren vor dem Bundesgericht, gingen Jon Piper und ich zusammen mit einigen anderen Anwälten ganz intensiv erneut die existierenden Gerichtsakten und die Beweise des Staates durch und steckten erneut Kräfte in Ermittlungsarbeit. 1999 gab Mumias Bruder, Billy Cook, zu, dass der Passagier in seinem VW, Ken Freeman, gesagt hatte, dass er an der Erschießung Faulkners beteiligt war und dass er nach dem Schusswechsel vom Tatort wegrannte.

Arnold Beverly gestand, dass er und nicht Mumia den Polizisten Faulkner erschoss und tötete. Darüber hinaus sagte Beverly aus, dass er und noch jemand anderes für diese Tat angeheuert worden waren, und zwar von Cops und dem Mob [Mafia], weil Faulkner ein Problem war für korrupte Bullen, da er ihnen bei Gaunereien, Bestechung, Drogenhandel usw. in die Quere gekommen war. Beverly sagte aus, dass er eine grüne Armeejacke trug und dass er selbst in dieser Nacht angeschossen wurde. Beverly zufolge war sein Verbindungsmann bei der Polizei Larry Boston, über den Pamela Jenkins bei der Anhörung 1997 bezeugte, dass er zum Zeitpunkt der Schießerei am Tatort gewesen war.

Zum Zeitpunkt des Mordes an Faulkner 1981 waren mindestens drei Untersuchungen der Bundespolizei über Polizeikorruption im Gange, auch Untersuchungen über Verbindungen zwischen *Polizisten und dem organisierten Verbrechen*. Vor kurzem erfuhr ich, dass das Justizministerium durch diese Untersuchungen Beweise gegen etwa 400 Polizisten aus Philadelphia hatte und Anklagen erheben wollte. Aber der Bundesrichter, der dieser Untersuchung vorstand, sagte: Nichts da, greift euch nur die ersten 20 oder so auf eurer Liste heraus. Gegen mindestens ein Drittel aller Polizisten, die in Mumias Fall involviert waren, wurde irgendwann im Verlauf der folgenden paar Jahre Anklage wegen Korruption erhoben.

Ein FBI-Informant, der bei diesen Untersuchungen der Bundespolizei eine Schlüsselrolle spielte, bestätigte, dass zur Zeit der Erschießung Faulkners allgemein darüber geredet wurde, dass die Bundespolizei einen Informanten bei der Polizei hatte. Ein früherer Bundesstaatsanwalt bestätigte, dass sie einen Informanten bei der Polizei hatten, dessen Bruder auch ein Cop war – so wie bei Faulkner. Sowohl gegen den Leiter der Central Division, des Polizeiabschnitts, in dem sich der Mord an Faulkner zutrug, als auch gegen den Leiter des Morddezernats sowie gegen einen gewissen Inspektor Alfonso Giordano liefen Untersuchungen aufgrund von Korruptionsanklagen der Bundespolizei. Diese Bullen waren die *Kommandokette* bei dem Komplott gegen Mumia.

Inspektor Giordano war der hochrangigste Polizist am Tatort – und der zentrale Zeuge gegen Mumia bei der Vorverhandlung nach der Verhaftung. Er war nicht nur einer der Cops, gegen die wegen Korruption ermittelt wurde, sondern er war auch die rechte Hand von Frank Rizzo gewesen, dem Polizeichef und späteren Bürgermeister Philadelphias. Giordano war in die tägliche Überwachung von Mitgliedern der Black Panther Party involviert, und er führte die Elite-Einheit der Polizei bei den Angriffen gegen die Black Panther Party Philadelphias. Giordano war der leitende Polizeibeamte während der einjährigen Polizeibelagerung des MOVE-Hauses in Powelton Village 1977/78. Er wusste ganz genau, wer Mumia war.

Man muss diese Tatsachen im Kopf behalten, wenn man das Geständnis von Arnold Beverly überdenkt. Erinnert euch an die erlogenen Beweise der Staatsanwaltschaft. Beverly sagt, dass es mehr als einen Schützen gab und dass sie vom Tatort wegrannten. Das erklärt, warum Zeugen einen Passagier im VW sahen und den Schützen davonrennen sahen. Beverlys Geständnis erklärt, warum es keine ballistischen Beweise gibt, die das Szenario der Staatsanwaltschaft untermauern würden – es erklärt, wie die Schießerei passierte, die Richtung der Schüsse, die Widersprüche über das Kaliber der Waffe. Beverly sagt, dass Mumia angeschossen wurde, aber nicht von Faulkner, sondern von einem anderen Polizisten am Tatort. Das passt zu der Flugbahn des Schusses auf Mumia und zur Erklärung eines Cops der Mordkommission vor Ort, der berichtete, dass Mumia von einem gerade ankommenden Polizisten angeschossen wurde. Es stimmt auch überein mit einem Zeugen, der sagte, dass Faulkners Waffe in ihrem Halfter war, als er vom Tatort weggebracht wurde. Die Waffe, die angeblich Faulkner gehörte, war wahrscheinlich „Ausschuss“ – sie funktionierte nicht und war verschmutzt.

Außerdem haben ganze fünf Zeugen einschließlich *zweier Cops* gesagt, dass *der Schütze eine grüne Armeejacke trug*. Obwohl Beverly als auch Freeman trugen in dieser Nacht grüne Armeejacken. Aber Mumia trug eine rote Ski-Steppjacke mit breiten blauen Längsstreifen auf der Vorderseite und Billy Cook trug eine blaue Jacke im Nehru-Stil mit Messingknöpfen. Das sind unwiderlegbare Beweise, dass es zumindest eine weitere Person bei der Schießerei gab außer Billy Cook und Mumia. Diese Tatsache zusammen mit den Flugbahnen der Kugeln sowie dem Fehlen jeglicher ballistischer Beweise, die die Schüsse auf Faulkner oder auf Mumia belegen, bedeutet eine definitive Widerlegung der Version von Polizei und Staatsanwaltschaft.

Mumias Auftauchen am Tatort bedeutete für die Cops die Chance, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Mumia war wohlbekannt. Es lag nur ein kurzer Zeitraum, weniger als 10 Jahre, zwischen Mumias Bekanntheit als Black Panther und der Zeit, als er prominenter Unterstützer von MOVE und Journalist wurde. Und Gerichtsverfahren gegen MOVE, einschließlich Prozessen, die der Polizeibelagerung von Powelton Village folgten, hatten nur ein paar Monate vor der Erschießung Faulkners stattgefunden.

Am Tatort, nachdem Faulkner getötet worden war, versuchten die Cops, Mumia zu töten. Er wurde lebensgefährlich verwundet durch einen Schuss in die Brust, der durch die Lunge und in die Leber ging. Er wurde gegen einen Lampenmast geschleudert und in ein Polizeifahrzeug geworfen. Giordano persönlich schlug Mumia im Polizeifahrzeug und sagte später, Mumia habe gestanden, Faulkner erschossen zu haben und habe seine Waffe auf den Boden geworfen. Der andere Cop im Fahrzeug sagte, dass es kein solches Geständnis gab. Giordano arrangierte die angebliche Identifikation Mumias durch den Taxifahrer Robert Chobert, dem Vergünstigungen versprochen und der von der Polizei beschützt wurde. Giordano war der Bulle, der als erster berichtete, Mumias Waffe sei auf der Straße gefunden worden (laut den Meldungen des Polizeifunks etwa 14 Minuten, nachdem Horden von Polizisten vor Ort auftauchten). Das widerspricht dem offiziellen Polizeibericht, dass Mumias Waffe innerhalb einer Minute gefunden worden sei. Giordano beabsichtigte, Mumia fertig zu machen, indem er ihn zu weiteren Verhören ins Polizeihauptquartier mitnahm. Mumias Verbrechen in jener Nacht bestand darin, die Verurteilung der Bullen zu überleben, auch ihn zu töten.

Um das Bild vollständig zu machen – obwohl Giordano der ranghöchste Polizist am Tatort war, der angeblich Mumias Geständnis hörte und die Mordwaffe fand, sagte Giordano nie als Zeuge bei Mumias Prozess aus. Am Tag nach



Leslie's Illustrated Weekly



Dietz Verlag

**Opfer im Klassenkrieg:  
Haymarket-Märtyrer auf  
dem Weg zum Galgen,  
1887. Mitte: Deutscher  
Kommunist Eugen Le-  
viné, hingerichtet 1919.  
Rechts: Sacco und Van-  
zetti, 1927 hingerichtet**



kein Bildnachweis

Prozessende schied Giordano aus dem Polizeidienst aus. 1986 bekannte er sich schuldig zu Bundesanklagen, die darauf basierten, dass er 1979/80 zehntausende Dollars an illegalen Schmiergeldern einstrich. Er verbrachte keinen einzigen Tag im Gefängnis.

### **Reformisten demobilisieren den Kampf für Mumia**

So sind also die Beweise für Mumias Unschuld und für das Komplott des Staates überwältigend. Aber Mumias frühere Anwälte unterdrückten das Geständnis von Beverly und die Gesamtheit der Beweise, die dies unterstützen. Len Weinglass, langjähriger „Anwalt der Bewegung“, wies diese Beweise als zu heiß und zu unglaubwürdig zurück und der Mitanwalt Dan Williams sagte, dass dies bedeuten würde, zu argumentieren, dass die Polizei wissentlich ein Komplott gegen einen unschuldigen Mann schmiedete! Aber das ist überhaupt nicht unglaubwürdig, und das zu behaupten heißt, die Realität der Bullen und der Gerichte zu leugnen.

Tatsächlich gibt es unzählige Beispiele für bewusste Komplote gegen unschuldige Menschen in den bürgerlichen Gerichten. Bevor ihre Verurteilungen als vollständige Fabrikationen des Staates entlarvt wurden, verbrachten die Guildford Four 15 Jahre im Gefängnis, und die Birmingham Six waren 16 Jahre eingekerkert, nachdem sie im Rahmen des Terrorkriegs des britischen Imperialismus gegen irische Nationalisten in den 1970er-Jahren verurteilt worden waren. Bis zu seiner Entlassung 1997 verbrachte der frühere Führer der Black Panther Geronimo ji Jaga (Pratt) 27 Jahre im Gefängnis für einen Mord – aber die eigenen Abhörprotokolle des FBI belegten, dass er ihn nicht begangen haben konnte. Der New Yorker Black-Panther-Führer Dhoruba bin Wahad war 19 Jahre lang auf Grund von fabrizierten Anklagen inhaftiert, bevor er 1990 freigelassen wurde. Die Repression im Rahmen des „Krieg gegen Terror“ hat ebenfalls viele unschuldige Opfer gefordert.

Außerdem wurde Mumias Fall vor ein Gericht nach dem anderen getragen – und jedes davon hat die Beweise über das Komplott gegen ihn und für seine Unschuld abgewiesen. Das schließt drei Wiederaufnahmeverfahren, drei Anträge und zwei Einsprüche vor dem Obersten Gerichtshof Pennsylvanias, einen Habeas-Corpus-Antrag vor dem Bezirksbundesgericht, einen erneut überarbeiteten Antrag an das Bundesgericht und dann noch einen weiteren Antrag an das Bundesgericht sowie drei weitere Anträge auf eine Anhö-

rung vor dem Obersten Gerichtshof der USA ein. Ein Richter am Bundesgericht hob im Dezember 2001 Mumias Todesstrafe auf, aber die Staatsanwaltschaft erhob sofort Einspruch und so ist Mumia seit seiner Verurteilung 1982 nie aus der Todeszelle herausgekommen.

Als Anwältin von Mumia habe ich im Verteidigerteam darum gekämpft, die Beweise für das Polizeikomplott und Mumias Unschuld vorzutragen. Als es dann endgültig klar war, dass Mumias Hauptanwalt, Len Weinglass, das nicht erlauben würde – nachdem er das Geständnis Beverlys, Billy Cooks Erklärung und das gesamte weitere Beweismaterial, das dies stützte, abgewiesen hatte – traten ich und Jon Piper im Juli 1999 vom Anwaltsteam zurück. Es war ein Verrat an Mumias Verteidigung, zu verhindern, Beweise seiner Unschuld vor Gericht vorzulegen. Und dieser Verrat hat Parallelen bei sogenannten Linken, die hinter verschiedenen Bündnissen stehen, die unter dem Namen „Freiheit für Mumia“ agieren, die aber auf der Basis mobilisieren, sich auf die Gerechtigkeit und Fairness der Gerichte zu verlassen und zu einem neuen, fairen Prozess für Mumia aufrufen.

Warum und zu welchem Zweck sollten Linke fordern, dass sich dieser so klar unschuldige Mann einem neuen Prozess unterwirft? Wie ihr sehen könnt, gibt es keine Beweise, die in Betracht gezogen werden müssen. Mumia selbst legte seine eigene eidesstattliche Erklärung vor, in der er seine Unschuld bekräftigte, als 2001 dann von einem neuen Rechtsanwaltsteam das Geständnis Beverlys und andere Beweise endlich vor Gericht vorgelegt wurden. Mumia erklärt: „Ich habe den Polizeibeamten Daniel Faulkner nicht erschossen. Ich hatte mit der Ermordung von Officer Faulkner nichts zu tun. Ich bin unschuldig.“

Es wurde das falsche Argument aufgebracht, die Beweise um Beverly würden die Bewegung „spalten“. Aber schon seit 1995, lange vor Beverlys Geständnis, lehnte die sogenannte Linke die Bedeutung der Beweise über das Ausmaß des staatlichen Komplotts ab und lehnte auch die politischen Lehren ab, die daraus zu ziehen waren. Das Ganze zeigte sich explizit bei einem „Führungstreffen“ im Januar 1999, an dem sich etwa 100 Gruppen und Individuen – einschließlich der Workers World Party, Socialist Action, Solidarity, Refuse & Resist (verbunden mit der Revolutionary Communist Party) – beteiligten und die Frage debattierten. Die Entscheidung, die von der reformistischen Linken (auch durch die International Socialist Organization repräsentiert)

*Fortgesetzt auf Seite 28*

## Rede Rachel Wolkenstein...

Fortsetzung von Seite 27

forciert wurde, war, die Bewegung zu „verbreitern“ und sich an den „Mainstream“ zu wenden. Sie ließen die Forderungen nach Freiheit für Mumia und „Weg mit der rassistischen Todesstrafe“ fallen zugunsten der Losung: ein neuer Prozess für Mumia.

In jedem Stadium des Falls ist die politische Linie der Reformisten, dass das nächste Gericht ganz bestimmt das gerechte sein wird. Als die Bundesstaatsgerichte gegen Mumia entschieden, wurden Illusionen verbreitet, dass das US-Bundesgericht fair über seine Petition entscheiden würde. Jetzt werden Illusionen verbreitet in die Fairness des US-Berufungsgerichts, da das US-Bundesgericht Mumias Verurteilung aufrechterhielt. Und zwischen den Gerichtsverfahren gab es von Seiten der Reformisten keinerlei bedeutende Mobilisierung für Mumia.

Dies waren schlicht und einfach politische Entscheidungen. Sie basierten nicht auf Tatsachen – nämlich Mumias Unschuld und dem gewaltigen Ausmaß des erwiesenen Komplotts. Stattdessen versuchte die reformistische Linke, die politische Mobilisierung in Verteidigung Mumias zu beschränken auf einen Appell an die Fairness der Gerichte. Sie appellieren an bürgerliche liberale Kräfte, die Mumias Fall nicht als politisches und rassistisches Komplott gegen einen unschuldigen Mann sehen, sondern als vereinzelt „Justizirrtum“, eine Anomalie, die den demokratischen Prozess zu beschmutzen droht.

Selbst die Rechtsdokumente, die ich 1995–97 einreichte, und denen Mumias damaliger Hauptanwalt, Leonard Weinglass, zustimmte, konzentrierten sich nicht auf die Forderung nach einem neuen Prozess! Wir forderten, die Anklagen angesichts des Ausmaßes des Komplotts fallenzulassen. Denn wenn man sich nur danach richtet, was das Gesetz in den Vereinigten Staaten sagt, sind die Unterdrückung von Beweisen und die Fälschung von Beweisen von solchem Ausmaß, dass der ganze Fall fallengelassen werden sollte. Unter anderem deshalb sage ich, dass der Aufruf, Leute sollten um die Forderung nach einem neuen Prozess mobilisieren, nicht aus rechtlichen Überlegungen folgt, sondern aus einem *politischen Programm*.

## Das System kapitalistischer Ungerechtigkeit

Mumias Fall ist ein aus dem wirklichen Leben gegriffener Fall eines Polizeikomplotts, ein Paradebeispiel für den Klassencharakter des kapitalistischen Staates, der nicht neutral ist. Der Staat mit seinen Bullen und mit Unterstützung der Gerichte ist eine Maschinerie für die organisierte Gewalt einer Klasse, der Kapitalistenklasse, die ihr Profitsystem gegen die arbeitende Bevölkerung, gegen Minderheiten verteidigt. Der Job der Gerichte ist es, kapitalistisches Unrecht zu sprechen. Das ist die Lehre aus dem Fall der Haymarket-Märtyrer, Anarchisten, die 1887 in Chicago hingerichtet wurden, weil sie Kämpfe für den 8-Stunden-Tag geführt hatten; aus den Fällen der anarchistischen Arbeiter Sacco und Vanzetti, die in Massachusetts Opfer eines Komplotts und 1927 hingerichtet wurden; aus dem Fall der Scottsboro-Boys, neun schwarzer Jugendlicher, die 1931 verhaftet wurden und fast zwei Jahrzehnte in Gefängnishöhlen in Alabama verbrachten, auf Grund erfundener Vergewaltigungsanklagen – acht von ihnen wurden zum Tode verurteilt; aus dem Fall von Julius und Ethel Rosenberg, die 1953 im Rahmen des anti-sowjetischen Kalten Krieges unter Spionageanklagen hingerichtet wurden.

In der deutschen Geschichte gab es Eugen Leviné, einen Führer des Spartakus-Aufstands in Bayern, der 1919 durch die konterrevolutionäre sozialdemokratische Regierung hingerichtet wurde. Es gab den Fall von Max Hoelz, einen autodidaktischen Arbeiter, der während des rechten Kapp-

Putsches von 1920 eine Rote Armee im Vogtland organisierte und während der März-Aktion 1921 eine Streitmacht von 2500 bewaffneten Arbeitern in Mitteldeutschland sammelte, wofür er zu lebenslangem Gefängnis verurteilt wurde. Er wurde nach sieben Jahren auf Grund einer Massenbewegung für ihn amnestiert.

Die Forderung nach einem „neuen Prozess“ ist Ausdruck eines Programms, sich auf die rassistischen kapitalistischen Gerichte zu verlassen, die auf jeder Stufe Mumias abgekartete Verurteilung bekräftigt haben. Im berühmtesten Dred-Scott-Fall, in dem die Sklaverei in den USA vor dem Bürgerkrieg abgesehnet wurde, urteilte der Oberste Gerichtshof, dass ein Schwarzer keine Rechte habe, die ein Gericht respektieren müsse. Der kapitalistische Staat und seine Gerichte haben klargestellt, *dass Mumia keine Rechte hat, die die Gerichte respektieren müssen*.

So gibt es eine einfache Antwort auf die Frage nach der Bedeutung des Beverly-Beweismaterials und warum es sowohl in den Auseinandersetzungen vor Gericht als auch auf der politischen Ebene unterdrückt wurde. Das Beverly-Beweismaterial deckt den Betrug auf, das amerikanische bürgerliche Justizsystem könne Gerechtigkeit walten lassen. Es zeigt die Zweckgemeinschaft von Bullen, Staatsanwaltschaft und Gerichten, um die Interessen der kapitalistischen Herrscher aufrecht zu erhalten. Es stellt klar, dass die Ungerechtigkeit gegen Mumia nicht das Werk eines einzelnen schurkischen Bullen oder Staatsanwalts oder Richters ist, *sondern die allgemeine Funktionsweise des kapitalistischen Systems der Ungerechtigkeit*. Die Rolle der reformistischen Linken ist es, der Entwicklung eines solchen Verständnisses im Weg zu stehen. Sie verbreiten die gleichen Illusionen in die „Fairness der Gerichte“ wie die liberalen Journalisten David Lindorff und Michael Schiffmann, deren Schriften, vorgeblich zu Mumias Wohl, den Kampf für seine Freiheit *untergraben* (siehe *Spartakist-Extra* vom 23. Juni 2007).

Ihr Zweck ist, die Unverletzlichkeit des bürgerlichen Staats zu propagieren. Das bedeutet, Mumias Unschuld zu leugnen. Es bedeutet, das Ausmaß des staatlichen Komplotts und den Grund dafür zu leugnen. Das alles dient dazu, diejenigen, die zu Mumias Fall hingezogen wurden, politisch zu entwaffnen und zu demobilisieren. Diese Politik hatte die Auswirkung, eine internationale Bewegung zu demobilisieren. Es bedeutete, genau die Gründe abzulehnen, aus denen Millionen Menschen auf der ganzen Welt Mumias Fall aufgegriffen haben: Abscheu vor der Ungerechtigkeit, die dem Kapitalismus eigen ist – Armut, rassistische Unterdrückung und ethnische Vorurteile, Krieg; Identifikation mit Mumias Kampf gegen „das System“ und für Gerechtigkeit für die gesamte Menschheit.

Um Mumia jetzt freizubekommen, um ihn vor der Hinrichtung zu retten oder vor dem langsamen Tod eines Lebens im Gefängnis, ist es notwendig, auf Grundlage einer klassenkämpferischen Verteidigung zu organisieren. Während das bedeutet, alle irgend möglichen rechtlichen Schritte nachzuverfolgen, basiert klassenkämpferische Verteidigung auf einem Verständnis des Charakters des kapitalistischen Staates, dass es kein Vertrauen auf dessen Gerichte geben kann, sondern dass alles Vertrauen auf die Macht der Mobilisierung der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten gelegt werden muss.

Die Gerichte sind bei ihrer Rechtsprechung nicht isoliert. Es gibt einen Druck, der Wirkung auf die Gerichte entfalten kann. Aber es braucht eine internationale Massenmobilisierung, zentral eine Mobilisierung der Arbeiterbewegung und ihrer Verbündeten – Jugend, Minderheiten, Immigranten – um das Ganze umzudrehen und Mumias Freiheit zu erringen. Es war eine internationale Mobilisierung, mit entscheidender Beteiligung von Gewerkschaftern, von Südafri-

**Zeugen Pamela Jenkins und Veronica Jones (Mitte) in Begleitung von Mumias Anwälten Rachel Wolkenstein und Leonard Weinglass bei Pressekonferenz während Mumias PCRA-Anhörungen im März 1997**

Workers Vanguard



ka über Europa bis zu den USA, die 1995 den Henker stoppte, als Mumia nur noch 10 Tage von der Hinrichtung entfernt war. Es brauchte diese Mobilisierung, um den Stopp der Hinrichtung zu erreichen, um die Gerichte dazu zu drängen, ihrer rechtlichen Verpflichtung nachzukommen, Mumias Berufung zuzulassen. Jetzt, da die Gerichte die Aussetzung von Mumias Todesstrafe aufheben könnten, geht es direkt um Mumias Leben – sei es durch Hinrichtung oder den langsamen Tod durch lebenslängliche Haft.

Die Arbeit, die während der vergangenen Monate vom PDC, von unseren verbundenen Verteidigungsorganisationen und der Internationalen Kommunistischen Liga getan wurde, um den Kampf für Mumias Freiheit wiederzubeleben auf der Basis, dass er unschuldig ist, ist ein Schritt vorwärts. Hunderte Organisationen, Gewerkschaften, die viele Zehntausend Arbeiter repräsentieren, politische Organisationen, Einzelpersonen haben unsere Erklärung unterzeichnet, die Mumias Unschuld betont und seine Freiheit fordert. Aber wir brauchen eine Massenbewegung, die auf der Macht der Arbeiterklasse beruht, der Macht, die sich in

ihrer Fähigkeit zeigt, die Arbeit durch Streikaktionen zu verweigern. Stellt euch vor, was es bedeuten würde, wenn der Nahverkehr in Philadelphia und New York streiken würde – nicht nur für anständige Löhne, Gesundheitsversorgung und Arbeitsbedingungen, sondern auch für Mumias Freiheit! Welche Bedeutung es hätte, wenn Arbeiter in anderen kapitalistischen Zentren ihre Macht ausüben würden, das Kommunikationsnetz, Transport und Industrie lahm legen würden unter der Forderung: Freiheit für Mumia, sofort!

Gegen Mumia stehen die riesigen Ressourcen des kapitalistischen Staates. Aber es gibt einen Weg für Mumia, zu siegen – seine Freiheit zu erlangen. Der beginnt mit dem Verständnis, dass der Klassenfeind vor nichts zurückschrecken wird – weder vor Lügen noch vor Terror – auf der Straße und in den Gerichtssälen. Freiheit für Mumia basiert auf dem Verständnis, dass die Kraft, zu kämpfen und zu gewinnen im Klassenkampf liegt – in der Mobilisierung des multirassischen, multiethnischen Proletariats. Freiheit für Mumia, sofort! ■

## Schließt euch der Kampagne an: Freiheit für Mumia Abu-Jamal!

### Finanzielle Unterstützung für die rechtliche Verteidigung wird sehr dringend gebraucht!

Spendet noch heute an „National Lawyers Guild Foundation“ (Stichwort „Mumia“), per Adresse: Committee to Save Mumia Abu-Jamal, P.O. Box 2012, New York, NY 10159. Oder überweist an: Werner Brand, Commerzbank Berlin, Konto-Nr. 590 109 500, BLZ 100 400 00, Stichwort „Mumia“, die Spenden werden weitergeleitet.

### Organisiert Protestaktionen!

Verabschiedet Anträge mit der Forderung nach Mumias Freiheit in euren Gewerkschaften, Unis oder sonstigen Organisationen. Setzt euch dafür ein, dass eure Gewerkschaft oder Organisation spendet und sich an Demonstrationen und Protesten für Mumia beteiligt. Macht Mumias Fall bekannt, veröffentlicht ihn in Publikationen eurer Gewerkschaft oder anderer Organisationen.



### Macht den Fall überall bekannt!

Bestellt die KfsV-Broschüre für € 1,-. Bestellt auch anderes Kampagnenmaterial: den PDC-Button mit der Aufschrift: „Free Mumia Abu-Jamal! Abolish the Racist Death Penalty!“, € 1,- je Button; das PDC-Video (als VHS oder DVD auf Englisch oder Deutsch) *From Death Row, This is Mumia Abu-Jamal* für € 5,-. Verbreitet das vierseitige Flugblatt *Freiheit für Mumia*, für € 2,- bekommt ihr 25 Exemplare (auch als PDF-Datei in sechs Sprachen auf [www.partisandefense.org](http://www.partisandefense.org)).

Fliese von Rachel Wolkenstein	30	Selbsttätige Erklärung von David Irving	51
Eskawatische Erklärung von Rachel Wolkenstein	30	Erklärung von der Washington	52
Erklärung der Erklärung von David R. Brown	44	Eskawatische Erklärung von Dan Moore-Gibson	53
Erklärung von Mumia Abu-Jamal	46	Erklärung von Yama Williams	56
Erklärung von William Cook	48	Erklärung von Robert Diaz	57

KfsV, c/o Werner Brand, Postfach 210750, 10507 Berlin  
 Telefon: (030) 4439401, Fax: (030) 4439402  
 E-Mail: [kfsv@online.de](mailto:kfsv@online.de) [www.partisandefense.org](http://www.partisandefense.org)

Bankverbindung: Werner Brand,  
 Commerzbank Berlin,  
 Konto-Nr. 590 109 500, BLZ 100 400 00

## Klassenjustiz...

Fortsetzung von Seite 2

die im März 1990 klipp und klar zu den Volkskammerwahlen sagte: „Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung!“

Der Trotzismus ist die Fortsetzung und Kontinuität des Leninismus, nicht der Stalinismus, der letztendlich 1991/92 den sowjetischen Arbeiterstaat erwürgt hat. Ende 1923 übernahm Stalin an der Spitze einer konservativen Bürokratie in einer politischen Konterrevolution die Macht in der Sowjetunion. Er nutzte dabei die Demoralisierung der durch Bürgerkrieg und Hunger geschwächten sowjetischen Arbeiterklasse über die Niederlage der deutschen Revolution 1923 aus. Die Stalinbürokratie war keine neue besitzende Klasse, sondern eine widersprüchliche, brüchige Kaste. Sie unterdrückte das Proletariat politisch, um ihre unrechtmäßigen Privilegien zu verteidigen, gleichzeitig sah sie sich gezwungen, die kollektivierte Wirtschaft, aus der sie ihre Privilegien zog, gegen die Imperialisten mit ihren eigenen Methoden, aus ihren eigenen Gründen zu verteidigen. Im Bruch mit dem Internationalismus der Bolschewiki verkündete Stalin 1924 das Dogma des „Aufbaus des Sozialismus in einem Lande“ und verwandelte die Komintern aus einem Instrument für die Weltrevolution in ein Druckwerkzeug, das der Sowjetunion die „friedliche Koexistenz“ mit den Imperialisten ermöglichen sollte.

[Zwischenruf: „Was hat das alles mit Abu-Jamal zu tun, Mensch?“] Wovon wir hier reden, ist der so genannte „Tod des Kommunismus“. Diese Ideologie hat massiven Impact auf die Linke und prägt den ganzen Kampf für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal. Kann man sich vorstellen, dass vor der Zerstörung der Sowjetunion Linke „für einen fairen Prozess“ auftreten, was zurückgeht hinter jede Tradition der Arbeiterbewegung seit den Haymarket-Märtyrern? Das ist einfach nur durch den gewaltigen ideologischen Rückschritt zu erklären, den die Zerstörung der Sowjetunion hervorgeföhrt hat. Es ist wichtig, diese notwendigen und schmerzhaften Debatten zu führen, wie man den Kapitalismus abschaffen kann. Ohne die Diskussion über die Sowjetunion ist es vollkommen unmöglich, heute für neue Oktoberrevolutionen zum Sturz des Kapitalismus zu kämpfen.



Peter Giersich

**Max Hoelz wurde 1928 durch internationale Arbeiter-Mobilisierungen befreit**

Wie Trotzki erklärte, war es die Pflicht des internationalen Proletariats, den bürokratisch degenerierten Arbeiterstaat Sowjetunion bedingungslos militärisch gegen Imperialismus und Konterrevolution zu verteidigen. Darauf basierend kämpften die Trotzisten für eine proletarisch-politische Revolution zum Sturz der stalinistischen Bürokratie. Das ist unser Programm heute für die deformierten Arbeiterstaaten China, Kuba, Nordkorea und Vietnam. Letztlich entscheidend ist die proletarische Revolution in den imperialistischen Zentren, den USA, Japan und Deutschland. Entweder das Proletariat siegt oder die Bourgeoisie wird uns alle in den Untergang ziehen. Der Kampf für Mumias Freiheit ist für uns Teil dieses breiteren Kampfes.

In der Folge des Anschlusses machte der deutsche Imperialismus die Industrie der DDR platt. Hand in Hand damit ging eine wütende antikommunistische Hexenjagd gegen Ex-DDR-Bürokraten und Stasimitarbeiter. Wir sind stolz, unnachgiebig gegen die Anti-Stasi-Hexenjagd gekämpft zu haben: Die bürgerliche Justiz hat nichts zu richten über einen Arbeiterstaat. Wir haben Markus Wolf verteidigt, Heinz Kessler, Erich Honecker und auch Erich Mielke. Mielkes Verurteilung brachte auf den Punkt, dass die Ex-DDR-Bürokraten von der falschen Klasse für die falschen Verbrechen verurteilt wurden. Er wurde verurteilt wegen der angeblichen Erschießung zweier Polizisten im Jahre 1931, basierend auf einem Nazi-Prozess und Aussagen, die von der Gestapo erpresst worden waren. Dies zeigt die Kontinuität der heutigen Klassenjustiz zur Nazijustiz. Gleich nach der Wiedervereinigung wurden die Antifaschisten Karl Kielhorn und Gerhard Bögelein vor Gericht gezerrt, weil sie in einem sowjetischen Gefangenenlager angeblich einen Nazirichter, der Wehrmachtssoldaten hatte hinrichten lassen, umgebracht haben sollen. Bögelein erhielt 10 Jahre, was praktisch ein Todesurteil für diesen kranken antifaschistischen Veteranen bedeutete. Er starb 1995. Dieser Staat ist der selbst ernannte Nachfolgestaat des Dritten Reiches. Es gibt eine ungebrochene Kontinuität dieses Staatsapparates vom Kaiserreich über die Weimarer Republik, das Dritte Reich, den westdeutschen Nachkriegsstaat hin zum wiedervereinigten demokratischen Vierten Reich des deutschen Imperialismus. Die Regierungen kommen und gehen, die Staatsformen ändern sich, der Kern jedoch, der Gewaltapparat, bleibt und er dient der Bourgeoisie, in Deutschland der Bourgeoisie von Auschwitz.

Wir sind grundsätzlich gegen die Todesstrafe, denn wir gestehen dem Staat nicht das Recht zu, darüber zu entscheiden, wer leben darf und wer sterben soll. Zwar gibt es in Deutschland offiziell keine Todesstrafe. Aber 1993 wurde Wolfgang Grams von GSG-9-Bullen am Boden festgehalten und mit aufgesetztem Kopfschuss regelrecht hingerichtet. Seine Erschießung erinnert an die Reihe dubioser „Selbstmorde“ im deutschen Herbst 1977, wo sich RAFler im Hochsicherheitsgefängnis Stammheim, in täglich durchsuchten Zellen, rund um die Uhr videoüberwacht, angeblich selbst erhängt oder sogar selbst erschossen haben sollen. Bei Karl Liebknecht hieß es übrigens 1919: „Auf der Flucht erschossen“. Heute findet gegen die Ex-RAF-Gefangenen eine erneute Hexenjagd statt. Wir sagen: Angriffe auf Vertreter und Symbole des Kapitalismus sind keine Verbrechen in den Augen der Arbeiterklasse. Während wir die Strategie des individuellen Terrors ablehnen, weil sie unserer Strategie der Mobilisierung der Arbeiterklasse entgegengesetzt ist,

# SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

### Abonniert die Zeitung der SpAD!

- Jahresabo (4 Ausgaben): € 4,-  
 Auslandsabo: € 7,50  Übersee Luftpost: € 10,-  
 Alle Abos enthalten Spartacist (deutsche Ausgabe)

Name \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Bestellt bei: Verlag Avantgarde, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin  
 Konto 1 1988-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60  
 IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF

teilen wir den Hass und die Abscheu vor der Bourgeoisie, die die RAF motiviert hat. Wir sagen: **Freiheit für alle Gefangenen der Ex-RAF! Nieder mit allen Verfahren!**

Gerade eben zeigt sich mit den Razzien gegen G8-Gegner, wie der „Krieg gegen Terror“ von der deutschen Regierung sich ultimativ gegen die Linke und die Arbeiterbewegung richtet. Wir sagen: Nieder mit Paragraph 129a. Nieder mit der antimuslimischen Hetze! Damit soll der strategische kämpferische kurdisch/türkisch-stämmige Teil der Arbeiterklasse abgespalten und eingeschüchtert werden. Murat Kurmaz' Fall zeigt, wie der deutsche Imperialismus über beide Ohren ins US-Folternetzwerk verwickelt ist.

Die Zerstörung der Sowjetunion hat ein Klima der Reaktion geschaffen. Weltweit greifen die kapitalistischen Herrscher Arbeiter und ethnische Minderheiten an. Gleich nach der Wiedervereinigung schürte die Bourgeoisie ein Pogromklima gegen Flüchtlinge, die sie zu Sündenböcken für die massive Arbeitslosigkeit machte. Naziterror wurde von der Bourgeoisie als Druckmittel eingesetzt. Am gleichen Wochenende, an dem die SPD 1992 mit den Petersberger Beschlüssen grünes Licht für die Abschaffung des Asylrechts gab, fand das staatlich organisierte Pogrom in Rostock-Lichtenhagen statt. Oskar Lafontaine war damals SPD-Führer. Die Faschisten sind die Reservearmee der Kapitalisten für den Fall, dass der Klassenkampf die Grenzen des bürgerlichen Parlamentarismus zu sprengen droht und die Sozialdemokratie und die mit ihr verbundene Gewerkschaftsbürokratie nicht mehr in der Lage sind, die Herrschaft der Bourgeoisie zu garantieren. Deshalb schützt der bürgerliche Staat die Faschisten, wie jetzt wieder am 1. Mai.

Notwendig ist die unabhängige Mobilisierung der Arbeiterklasse mit ihrem strategischen Bestandteil von ethnischen Minderheiten an der Spitze aller potenziellen Nazi-Opfer, um die Faschisten zu zerschlagen. Appelle an den Staat, die Nazis zu verbieten, sind dem entgegengesetzt und mordsgefährlich, denn Gesetze „gegen Extremismus“ werden immer gegen Linke eingesetzt. So wurde 1951 der Verbandsantrag gegen die KPD abgedeckt mit einem Verbandsantrag gegen die faschistische SRP. Während sich die Nazis ungestört reorganisierten, wurden Kommunisten nach dem KPD-Verbot 1956 gehetzt, 250.000 Personen wurden verdächtigt, mindestens 10.000 zu teilweise langjährigen Haftstrafen verurteilt. Aber Appelle, die Nazis zu verbieten, gehören zum Standardrepertoire von DKP und anderen linken Organisationen, wie der MLPD, oder der Pseudotrotzkisten von Linksruck und etwas versteckter der Sozialistischen Alternative. Gerade jetzt läuft die „No-NPD“-Kampagne, um diese faschistische, quasi vom Verfassungsschutz geführte Partei zu verbieten. Dahinter stehen reformistische Illusionen in die Neutralität des bürgerlichen Staates.

Wir müssen die richtigen Lehren aus der Niederlage 1933 ziehen. Die Faschisten konnten nur aufgrund des Scheiterns der Revolution von 1923 zur Massenbewegung aufsteigen. Trotzki legte wieder und wieder dar, was getan werden musste. Zum Beispiel 1931 in *Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen?*:

„Keine gemeinsame Plattform mit der Sozialdemokratie oder den Führern der deutschen Gewerkschaften, keine gemeinsamen Publikationen, Banner, Plakate! Getrennt marschieren, vereint schlagen! Sich nur darüber verständigen, wie zu schlagen, wen zu schlagen und wann zu schlagen! Darüber kann man mit dem Teufel selbst sich verständigen, mit seiner Großmutter und sogar mit Noske und Grzesinski. Unter der einen Bedingung, sich nicht die eigenen Hände zu binden!“

Faschismus bedeutet die komplette Vernichtung der gesamten Arbeiterbewegung, KPD wie SPD und Gewerkschaften. Das schuf die Grundlage und Notwendigkeit der Einheitsfront mit der SPD im Kampf, die Nazis zu zerschla-



Spartakist  
**Kundgebung der Spartakist-Jugend 24. April an der Hamburger Uni fordert Freiheit für Mumia**

gen. Die SPD-Führung wollte nicht kämpfen und rief nach dem Staat. 1932 rief sie zur Wahl Hindenburgs als dem „kleineren Übel“ gegenüber Hitler auf. Statt die SPD in die Einheitsfront zu zwingen, beschimpfte die KPD die Sozialdemokraten als „Sozialfaschisten“ und erklärte: „Nach Hitler kommen wir.“ Hindenburg ernannte dann am 31. Januar 1933 Hitler zum Reichskanzler. Und KPD und SPD rührten keinen Finger. Kampflose Kapitulation. Der Verrat der KPD von 1933 besiegelte ihren Charakter als revolutionäre Partei. Als es keinen Aufschrei in der Komintern gab, rief die Internationale Linke Opposition zum Aufbau einer neuen, Vierten Internationale auf.

Die Schlussfolgerung von Stalins Komintern war die Politik der Volksfront. Die Arbeiterklasse wurde in ein Bündnis mit einem mystischen „antifaschistischen“ Flügel der Bourgeoisie geführt, dem ihr unabhängiger Kampf untergeordnet wurde. Indem die spanische Volksfrontregierung die Arbeiter an der Enteignung der spanischen Bourgeoisie hinderte, die komplett auf Seiten der Franco-Faschisten stand, indem sie „Land an die Bauern“ verhinderte, indem sie Marokko die Unabhängigkeit verwehrte, demoralisierte sie die Arbeiterklasse. 1937 schlug die Volksfrontregierung den Arbeiteraufstand in Barcelona nieder und führte so die Spanische Revolution in die Niederlage. Sie spielte die gleiche Rolle wie die Provisorische Regierung und die Menschewiki in der Russischen Revolution von 1917. Wie das Übergangsprogramm der Vierten Internationale erklärt, ist die Volksfront keine Taktik, sondern das größte Verbrechen.

Überall in Westeuropa greifen die Kapitalisten den Lebensstandard der Arbeiterklasse an und versuchen, den so genannten „Sozialstaat“ zu demontieren. Seit der Zerstörung der Sowjetunion sehen sie keine Notwendigkeit mehr, mit den Errungenschaften der Planwirtschaft wie Arbeit für alle, kostenlose Kindergärten und einer anständigen Gesundheitsversorgung zu konkurrieren. Nach außen strebt der gestärkte deutsche Imperialismus erneut nach einer Weltmachtrolle. Dabei hat die „linke“ SPD/Grünen-Regierung, die den kapitalistischen Staat von 1998 bis 2005 verwaltete, die Bourgeoisie weit vorangebracht. Sie hat den Arbeitern 1999 die deutsche Teilnahme am NATO-Krieg gegen Serbien reingedrückt, den ersten Kriegseinsatz des deutschen Imperialismus seit der Zerschlagung des Dritten Reichs durch die heldenhafte Rote Armee. 2001 führte sie mit der Agenda 2010 und den Hartz-Gesetzen einen massiven Angriff auf die Arbeiterklasse. Die jetzige

Fortgesetzt auf Seite 32



3. Januar 1990: Prosowjetischer, von Spartakisten initiiertes Treptower Massenprotest zeigte Potenzial für proletarischen Widerstand gegen Ausverkauf der DDR

### Klassenjustiz...

Fortsetzung von Seite 31

SPD/CDU-Regierung setzt diese Angriffe fort. In Berlin dient der „linke“ SPD/PDS-Senat der Kapitalistenklasse, indem er Hartz IV vollstreckt und Tarifverträge attackiert, um die Berliner Bankgesellschaft zu sanieren, während im Abschiebeknast Berlin-Grünau immer wieder Flüchtlinge in Selbstmordversuche getrieben werden. Regierungen, die den kapitalistischen Staat verwalten, sind *kapitalistische* Regierungen und dienen der Bourgeoisie, auch dann, wenn bürgerliche Arbeiterparteien wie SPD oder die Linkspartei. PDS/WASG an ihnen beteiligt sind. Wie Marx erklärte, kann die Arbeiterklasse nicht die bürgerliche Staatsmaschinerie für ihre Interessen in Bewegung setzen.

Gestern DaimlerChrysler, heute Telekom und Airbus: Harter Klassenkampf ist notwendig, um die Angriffe der Bourgeoisie zurückzuschlagen. Das erfordert ein internationalistisches Programm und einen Kampf gegen die Klassenzusammenarbeit, wie sie heute von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsspitzen betrieben wird. Bei den Airbusprotesten kanalisiert die deutschen und französischen Gewerkschaftsspitzen die Arbeiter hinter ihre „eigene“ Bourgeoisie zur Verteidigung der jeweiligen nationalen Standorte gegen die Arbeiter der anderen Länder. Dieser giftige nationalistische Protektionismus ist Ausdruck ihres

Programms von Klassenzusammenarbeit im Rahmen des Kapitalismus. Der WASG/Linkspartei-Führer Oskar Lafontaine erklärte zwar, Airbus-Beschäftigte in Frankreich und Deutschland sollen sich nicht gegeneinander ausspielen lassen. Doch er will nur das „EU-Kerneuropa“, Frankreich und Deutschland, gemeinsam gegen die USA, in diesem Fall speziell gegen Boeing, mobilisieren. Daher fiel auch von Seiten der WASG-Führung kein Wort der Kritik an der nationalistischen Standortpolitik der Gewerkschaftsspitzen beiderseits des Rheins. Sie wollen ihr nur eine andere antiamerikanische Richtung geben und auf diese Weise die Arbeiter hinter ihrer Bourgeoisie versammeln. Nationalistischer Protektionismus ist Gift und gegen die Mobilisierung der Arbeiter in ihrem eigenen Interesse gerichtet.

Genau dieses Programm prägte auch die Proteste von PDS und Lafontaine gegen verschiedene US-geführte Kriege wie den NATO-Krieg gegen Serbien 1999 oder den Irakkrieg 2003. Ohne das Gegengewicht der UdSSR sind die

USA die alleinige Supermacht und dominieren die Welt. Viele Arbeiter und Unterdrückte weltweit hassen den US-Imperialismus, besonders die durchgeknallte Bush-Regierung. Aber es wäre ein fataler Irrtum, zu glauben, der deutsche Imperialismus wäre irgendwie demokratischer, friedliebender oder rationaler als sein US-Gegenstück. Der deutsche Imperialismus gibt sich heute nur deshalb friedliebender, weil er nicht über die Mittel verfügt, um mit den USA offen militärisch zu konkurrieren. Krieg beenden kann man nur, indem man die Ursache für den Krieg beseitigt, den Kapitalismus. Das Programm von PDS/WASG für eine Alternativstrategie für den deutschen Imperialismus ist dem entgegengesetzt.

Wir kämpfen für die Verteidigung aller Gefangenen des Klassenkriegs, des Kampfes zwischen Arbeit und Kapital, der mal offen, mal verdeckt unablässig stattfindet. Durch die Mobilisierung der Arbeiter an der Spitze aller Unterdrückten können wir einzelne Siege erringen, wie bei Max Hoelz. Aber letztendlich können die Angriffe der Kapitalisten nur beendet und die Ungerechtigkeiten ihres Ausbeutersystems nur beseitigt werden, indem die Arbeiterklasse deren Herrschaft in einer proletarischen Revolution stürzt. Wir Trotzlisten der Internationalen Kommunistischen Liga kämpfen für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale als Partei der Weltrevolution. Für neue Oktoberrevolutionen, weltweit! ■

### BT...

Fortsetzung von Seite 7

vor dieser Position zurück und argumentierte, „die Zerschlagung der konterrevolutionären Kräfte um Walensa/Woytila wie Schmidt [damaliger Bundeskanzler] und Reagan [damaliger US-Präsident] verlangt den Sturz der russischen wie polnischen Bürokraten“. Er stellte den Sturz der stalinistischen Bürokratien als Bedingung über die notwendige Verteidigung der Arbeiterstaaten. Wir stehen mit Leo Trotzki, der am Vorabend des Zweiten Weltkriegs gegen die kleinbürgerliche Opposition in der damals revolutionären amerikanischen SWP argumentierte:

„Wir dürfen keinen einzigen Augenblick vergessen, daß für uns die Frage des Sturzes der Sowjetbürokratie der Frage der Erhaltung des Staatseigentums an den Produktionsmitteln in der UdSSR untergeordnet ist; daß die Frage der Erhaltung des Staatseigentums an den Produktionsmitteln in der UdSSR für uns der Frage der proletarischen Weltrevolution untergeordnet ist.“ („Die UdSSR

im Krieg“, September 1939)

Um ihre feige Flucht vor unserem trotzkistischen Programm zu rechtfertigen, tendiert die BT dazu, uns der Stalinophilie anzuklagen, wie etwa 2003 in einem Flugblatt in Britannien, das erklärte, dass unsere Erklärung militärischer Unterstützung für die Kreml-Stalinisten, falls sie 1981 interveniert hätten um Solidarnośćs Konterrevolution zu stoppen, eine „stalinophile Perversion der trotzkistischen Position der bedingungslosen militärischen Verteidigung der bürokratisierten Arbeiterstaaten“ war. Au contraire – es ist die BT, die den Trotzismus pervertiert! Ihre Politik ist die der *Stalinophobie*. So beschrieb Cannon dieses Phänomen:

„Das Gefühl des Hasses und der Furcht vor dem Stalinismus, mit seinem Polizeistaat und seinen Zwangsarbeitslagern, seinen Schauprozessen und Morden an proletarischen Gegnern ist gesund, natürlich, normal und fortschrittlich. Dieses Gefühl führt nur in die Irre, wenn es zur Versöhnung mit dem amerikanischen Imperialismus führt und dazu, die Aufgabe des Kampfes gegen den

Stalinismus genau diesem Imperialismus zu übertragen. In der Sprache des Trotzismus ist dies und nichts anderes Stalinophobie.“ („Stalinist Conciliationism and Stalinophobia“ [„Versöhnlerertum gegenüber dem Stalinismus und Stalinophobie“], 6. April 1953)

Die deutschen BT-Ableger wurden in den 1980er-Jahren geformt, im Klima des Wiederaufstiegs des deutschen Nationalismus in grünen Farben. Die riesige „Friedensbewegung“ richtete sich damals gegen die Stationierung von atomar bestückten amerikanischen Pershing2-Raketen und gegen die Stationierung von sowjetischen SS20-Raketen. Im Grunde trat die „Friedensbewegung“ gegen einen möglichen Atomkrieg auf *deutschem* Boden ein. Diese Haltung entsprach den damaligen Zielen der deutschen Bourgeoisie, die dabei war, sich mehr Unabhängigkeit vom US-Imperialismus zu verschaffen, um ihre „Ostpolitik“ zu verfolgen – zuerst Anfang der 1970er-Jahre vom SPD-Führer Willy Brandt verkündet –, um die Arbeiterstaaten Osteuropas ökonomisch zu unterminieren und letztlich zu zerstören. Die GIVI saugte den Antisowjetismus und deutschen Nationalismus, die das politische Klima bestimmten, in sich auf und fand sich 1982 über eine Unterschriftenkampagne zusammen, die sich gegen unseren Ausschluss eines gewissen Ulrich Sandhaus aus unseren öffentlichen Veranstaltungen richtete. Sandhaus, ein Proto-Faschist, der sich an Nazi-Souvenirs erfreute, war zuvor aus unserer Partei wegen seiner rassistischen Vorlieben ausgeschlossen worden. 1984 verübte Sandhaus einen brutalen physischen Überfall auf eine Genossin von uns.

Würde uns die BT einfach nur dafür hassen, dass wir die zeitgenössische Verkörperung des Programms der internationalen proletarischen Revolution sind, dann wären sie nur einer von vielen Opponenten des revolutionären Marxismus. Aber die BT hat eine einzigartige und wahrhaft finstere Qualität, begierig zu versuchen, den Zwecken derjenigen zu dienen, die uns gerne zerstören wollen. Beispielsweise wurde ihre verleumderische Verunglimpfung unserer Partei als ein „Gehorsamkeitskult“ kombiniert mit Märchen von Korruption und Schlimmerem 1995 vom Sprachrohr der amerikanischen herrschenden Klasse aufgegriffen, dem *Wall Street Journal*, um die wachsenden nationalen wie internationalen Proteste zu unterminieren, die sich gegen die drohende Hinrichtung des schwarzen politischen Gefangenen in der Todeszelle, Mumia Abu-Jamal, richteten. Dem *Wall Street Journal* war nicht entgangen, dass diese Proteste zum großen Teil aufgrund der Bemühungen der mit uns brüderlich verbundenen rechtlichen Verteidigungsorganisation in den USA, dem Partisan Defense Committee, stattfanden. (Siehe auch: „BT: Renegades for Hire“, *Workers Vanguard* Nr. 807, 1. August 2003, auf deutsch: „BT: Käufliche Renegaten“, *Spartakist*-Vorabdruck, 12. September 2003.)

Die BT brauchte nicht wenig Chuzpe, unsere Organisation als „Gehorsamkeitskult“ zu verleumden, angesichts dessen, dass der BT-Vorläufer ET (External Tendency) 1982 darüber gebildet wurde, Bill Logan zu verteidigen, den die BT später offen als ihren gesalbten Führer in die Arme schloss. Wir hatten Logan auf der ersten internationalen Konferenz unserer Tendenz 1979 ausgeschlossen, als „erwiesenermassen massiver Lügner und sexueller Soziopath, der das Privatleben von Genossen manipulierte aus Gründen der Machtpolitik und seiner eigenen anomalen Gelüste und Zwangsvorstellungen, das Ganze verkleidet als Marxismus“. In einem Parteiverfahren, das im August 1979 stattfand, befand das Untersuchungsgremium Logan unter anderem „schuldig der unmenschlichen Folterung einer Mutter, die in Richtung Selbstmord getrieben wurde durch seinen Versuch, ihr Baby zu zerstören und wegzunehmen“.

In unserem Artikel „Logans BT glaubt eigenen Lügen nicht: Kniefall vor kanadischem Anglo-Chauvinismus“, *Spartakist* Nr. 155, Sommer 2004, stellten wir fest:

„Die Darstellung unserer kommunistischen Organisation durch die BT, als wären wir ein Gulag und Personenkult nach Stalin-Art, kommt aus der verstaubten Mottenkiste ‚Finsternis am helllichten Tage‘, und die eigentliche Politik der BT steht damit völlig im Einklang. Für die Existenz der BT sind sozialdemokratischer Antikommunismus und eine feindliche Besessenheit gegen uns so zentral und so miteinander verschlungen, dass, wie sie selbst zugeben, der ‚Fokuspunkt‘ der Fusion ihrer deutschen Gruppe mit der winzigen Gruppe Leo Trotzki 2002 eine gemeinsame Feindlichkeit gegen jede Möglichkeit eines revolutionären Ergebnisses in Ostdeutschland 1989/90 war und gegen die eine Organisation, die für die Verwirklichung dieses Ergebnisses kämpfte, die IKL.“

Im Herbst 1989 gingen hunderttausende Arbeiter in Ostdeutschland auf die Straße, um eine wirklich egalitäre sozialistische Gesellschaft zu fordern. Wir mobilisierten unsere Ressourcen international in dem Bemühen, der beginnenden politischen Revolution trotzistische Führung zu geben und für eine revolutionäre Wiedervereinigung zu kämpfen – für ein Rotes Rätedeutschland in einem sozialistischen Europa. Wir haben nicht gewonnen, aber wir haben gekämpft! Die „Intervention“ der BT in diese revolutionären Ereignisse bestand darin, die IKL als einen bürokratischen Kult, der den Stalinisten gleicht, zu verleumden. In ihrer Broschüre *Trotzkistisches Bulletin Nr.1* vom Mai 1991 mit dem Titel „Die SpAD in der DDR: Opportunismus in revolutionärer Verkleidung“ geiferten sie, dass wir eine „imaginäre politische Revolution“ erfunden hätten. Nur wer sich im Griff des antikommunistischen Stereotyps befindet, der „stalinistische Totalitarismus“ hätte die Arbeiter in den deformierten Arbeiterstaaten zu hirnlosen Robotern gemacht, kann so leichtfertig jegliche Möglichkeit eines anderen Ausganges als die kapitalistische Konterrevolution zurückweisen. (Siehe auch: „Antispartakisten im Sog der Sozialdemokratie“, *Spartakist* Nr. 87, Juni 1991.)

Ein ganzes Kapitel der BT-Broschüre ist der „Phobie der SpAD gegenüber der Sozialdemokratie“ gewidmet. Sie beschwerten sich, dass wir nicht die SPD zum Einheitsfrontprotest im Ostberliner Treptower Park am 3. Januar 1990 einluden, zu dem 250 000 kamen. Diese Einheitsfront, von uns initiiert und von der herrschenden SED-PDS aufgegriffen, rief auf, gegen die faschistische Schändung des Ehrenmals für die sowjetischen Soldaten zu protestieren, die ihr Leben für die Befreiung Berlins 1945 gegeben hatten. Diese Kundgebung war prosowjetisch und in Verteidigung der Arbeiterstaaten – ein Ziel, das der SPD-Kampagne für die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands direkt entgegengesetzt war.

In unserem Kampf gegen die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands unternahm wir starke Versuche, eine Verbrüderung der ostdeutschen Arbeiter und der Soldaten der Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR mit den Truppen der Roten Armee in der DDR zustande zu bringen. Die BT hatte nur Verachtung für diese Versuche übrig und klagte uns an, wir „unterschlagen in krimineller Weise, daß es eine **Blutlinie** zwischen den einfachen Soldaten und ihren Offizieren gibt“ – in einer Armee eines deformierten Arbeiterstaates (Hervorhebung im Original). So trug die BT unmittelbar in der Folge der kapitalistischen Wiedervereinigung ihren Teil zur antikommunistischen Hexenjagd gegen ehemalige DDR-Bürokraten bei, die von der rachsüchtigen deutschen Bourgeoisie für Handlungen zur Verteidigung der DDR gegen kapitalistische Konterrevolution verfolgt wurden.

Man muss nur das Gift und die Galle, die von der BT in Richtung der Roten Armee und der NVA gespien werden, vergleichen mit ihrer Beschönigung der Bundeswehr, die sich bis heute mit dem blutigen Eisernen Kreuz des deutschen Imperialismus schmückt, um den wahren antikommunistischen Charakter dieser Organisation zu verstehen.■



Afrapix



Gubb/JB Pictures

**Links: Bergarbeiterkongress 1987 fand unter der Losung „Sozialismus heißt Freiheit!“ statt. Doch Hoffnungen der Massen auf Sozialismus wurden von reformistischer Führung betrogen, deren Programm es war, den ANC als schwarzen Strohmann für weiße kapitalistische Herrscher an die Macht zu bringen. Oben: Kommunistische rote Fahne bei Beerdigung eines von Bullen getöteten Anti-Apartheid-Kämpfers, 1986**

## Südafrika...

Fortsetzung von Seite 36

geführte Regierung, die eine volksfrontlerische Dreierallianz ist, der außerdem noch die Kommunistische Partei Südafrikas (SACP) und der COSATU angehören.

Während eine dünne Schicht schwarzer Geschäftsleute und Politiker die Belohnung einheimst, bleibt die Lage der Arbeiterklasse, der Werktätigen auf dem Land und der Massen in den Townships und Elendsvierteln weiterhin unverändert erbärmlich. Die COSATU-Föderation, deren Gewerkschaften gegen die von der Regierung erzwungene Austeritätspolitik streiken, ist ein zentraler Bestandteil des ANC-geführten Regimes und verleiht der bürgerlichen Herrschaft eine Arbeiter-Fassade.

Als der Streik im öffentlichen Dienst begann, feuerten Bullen vor dem Tygerberg-Hospital in Kapstadt Blendgranaten auf Streikposten ab. Heute feuerte die Polizei Gum-

migeschosse in eine Menge streikender Krankenschwestern, um den Protest aufzulösen, und verhaftete 20 von ihnen. Die National Education Health & Allied Workers Union (NEHAWU) [Gewerkschaft von Arbeitern im Bildungs- und Gesundheitswesen] berichtet, dass die Bullen in Kapstadt Tränengasgranaten in die Menge warfen und Arbeiter verletzten, einer musste in die Intensivstation eingeliefert werden. Der COSATU-Sprecher Patrick Craven gab am 1. Juni eine Presseerklärung heraus, die die Bullenangriffe verurteilte, und sagte: „Es ist umso schockierender, dass die Angriffe anscheinend von Polizisten durchgeführt wurden, deren Gewerkschaften voll am Streik beteiligt sind.“

Das sollte einen nicht „schockieren“. Die Bullen haben nur ihre Schmutzarbeit für die Bosse getan. Es läuft den Interessen der Arbeiterklasse diametral zuwider, dass dem COSATU-Gewerkschaftsverband die Police and Prisons Civil Rights Union (POPCRU) [Gewerkschaft für Bürgerrechte bei Polizei und in Gefängnissen] angehört, die ankündigte, am Streik durch „Dienst nach Vorschrift“ teilzunehmen. Ihren „Dienst“ als Vollzugsorgane des Neo-Apartheid-Kapitalismus konnte man dann bei dem brutalen Angriff am Tygerberg-Hospital miterleben. Im Bezirk Johannesburg laufen gegen eine Polizeieinheit Ermittlungen wegen Folter an Mitgliedern der South African Municipal Workers Union [Gewerkschaft der Kommunalarbeiter], die vor einiger Zeit gestreikt hat. Wie wir in „Protest Apartheid-Style Police Brutality Against Union Bus Drivers!“ (*Workers Vanguard* Nr. 893, 25. Mai) [Protestiert dagegen, dass die Polizei wie unter der Apartheid brutal gegen gewerkschaftlich organisierte Busfahrer vorgeht!] schrieben: „Die Tatsache, dass im Staat, einschließlich der Polizei und der Armee, viel mehr schwarze Gesichter zu sehen sind, bedeutet überhaupt nicht, dass er irgendwie weniger eine Institution zur kapitalistischen Unterdrückung ist.“ Spartacist South Africa, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga, sagt: Polizei, Sicherheitsdienste und Gefängniswärter raus aus den Gewerkschaften!

Der Streik im öffentlichen Dienst wirft ein Schlaglicht auf die Widersprüche innerhalb der SACP – einer, wie Lenin es nannte, bürgerlichen Arbeiterpartei –, in der es regelrechte Nationalisten und Regierungsminister gibt, Gewerkschaftsreformisten, und an der Basis Arbeiter, die offen sind für eine revolutionäre Perspektive. Zu Beginn des Streiks bedien-

# SPARTACIST

Theoretische und dokumentarische Quellensammlung der IKL

Deutsche Ausgabe  
Nr. 23, Frühjahr 2003

Enthält: „Der Kampf gegen Apartheid und die Notwendigkeit einer leninistischen Avantgardepartei“

€ 1,50

Auch gebundene Ausgaben erhältlich:

Nr. 1–10 (Frühling 1974 bis Winter 1981/82) und  
Nr. 11–18 (Winter 1983/84 bis Frühjahr 1997)

jeweils € 25,-

Zu beziehen über die Verlagsanschrift



te sich SACP-Generalsekretär Blade Nzimande linker Rhetorik und predigte, es sei „besser, sich hinter die Arbeiter zu stellen, als am Schürzenzipfel der Bourgeoisie zu hängen“. Ronnie Kasrils, Mitglied ebendieser SACP, ist Chef des Ministeriums für Geheimdienste, dessen Agenten im Vorfeld des Streiks Mitglieder der South African Democratic Teachers Union [Lehrergewerkschaft] einschüchterten. Als Ministerin für Öffentliche Dienste und Verwaltung setzte das ehemalige SACP-Mitglied Geraldine Fraser-Moleketi eine gerichtliche Verfügung durch – der die Krankenschwestern trotzten –, nach der Krankenschwestern entlassen werden können, wenn sie streiken. Fraser-Moleketi agiert als harter Bulle gegen Gewerkschaften, die von ihren „Genossen“ geführt werden; dieselbe Rolle spielte sie als eine SACP-Führerin in der Regierung während des machtvollen Streiks der Beschäftigten im öffentlichen Dienst 1999 (siehe „South African Workers vs. ANC Capitalist Government“, *WW* Nr. 718, 3. September 1999) [Südafrikanische Arbeiter kontra kapitalistische ANC-Regierung].

Eine Reihe mächtiger Gewerkschaften in Schlüsselindustrien drohen ebenfalls mit Streikaktionen, darunter die National Union of Mineworkers [Bergarbeiter], die Communications Workers Union [Telekommunikation] und die National Union of Metalworkers [Metallarbeiter]. Der Zorn, der im Proletariat hochkochte, weist darauf hin, wie notwendig es ist, in den Gewerkschaften eine neue Führung zu schmieden durch politischen Kampf gegen die nationalistische Politik der Klassenzusammenarbeit, die die Gewerkschaftsspitzen betreiben.

Eine revolutionäre Arbeiterpartei muss aufgebaut werden, nicht nur um die speziellen Interessen der Arbeiterklasse zu verteidigen, sondern für den Kampf, *alle* Formen nationaler und sozialer Unterdrückung hinwegzufegen – von der Massenobdachlosigkeit in den schwarzen Townships und den grauenhaften Bedingungen, unter denen Millionen in „Stammes-Homelands“ festsitzen, bis zur Degradierung von Frauen und dem Elend der Immigranten. Wie wir in un-

## KfsV protestiert gegen Unterdrückung streikender südafrikanischer Arbeiter

*Folgendes Protestschreiben sendete das Komitee für soziale Verteidigung (KfsV) am 18. Juni an den südafrikanischen Präsidenten Thabo Mbeki, eine Kopie ging an den Gewerkschaftsbund COSATU. Schreibt Protesterklärungen und schickt sie an: President Thabo Mbeki, Office of the President, Private Bag X1000, Pretoria, South Africa 0001.*

*Das KfsV ist eine klassenkämpferische, nichtsektiererische Organisation zur rechtlichen und sozialen Verteidigung, die sich für die Fälle und Anliegen einsetzt, die im Interesse der Gesamtheit der arbeitenden Menschen sind. Dieser Zweck entspricht den politischen Ansichten der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD).*

Sehr geehrter Herr Mbeki,

das Komitee für soziale Verteidigung (KfsV) protestiert zusammen mit Arbeitern in aller Welt gegen die brutale Repression der ANC-Regierung gegen die ca. 700 000 Arbeiter des Öffentlichen Dienstes, die seit dem 1. Juni im Streik sind. Als dieser von der COSATU und anderen Gewerkschaften geführte Streik in Verteidigung der Lebensverhältnisse der Arbeiter begann, wurde von tausenden bewaffneter Soldaten und Polizisten im ganzen Land ein wütender Feldzug gegen Streikende an Schulen und Krankenhäusern geführt. Zu den vielen berichteten Vorfällen gehörte, dass die Polizei mit Blendchockgranaten auf Streikposten vor dem Tygerberg-Krankenhaus feuerte, wodurch Arbeiter verletzt wurden – einer so schwer, dass er auf der Intensivstation behandelt werden musste. In Durban feuerte die Polizei Gummigeschosse auf streikende Krankenschwestern und verhaftete 20 von ihnen. Ein weiterer Angriff mit Granaten wurde auf das Addington-Hospital durchgeführt. Jetzt droht Ihre Regierung mit Massenentlassungen der streikenden Krankenhausarbeiter, weil sie sich einem Regierungsumultimatum, zur Arbeit zurückzukehren, widersetzen.

Das ist empörend. Wir fordern ein sofortiges Ende dieser Terrorkampagne gegen streikende Arbeiter. Arbeiter überall auf der Welt verfolgen – jetzt und weiterhin – die Kämpfe der südafrikanischen Arbeiter, gegen den Neoapartheid-Kapitalismus, der von Ihnen regiert wird: Ein System, in welchem die weiße Kapitalistenklasse, ihre Seniorpartner in der City of London und der Wall Street und eine dünne Schicht von schwarzen Geschäftsleuten und Politikern Geld einstreichen, während die Bedingungen der Arbeiterklasse, der Landarbeiter und der Massen in den Townships miserabel bleiben.

Das KfsV fordert die sofortige Beendigung aller Polizeiangriffe und Freiheit für alle verhafteten Streikenden. Wir fordern die Einstellung aller Verfahren und die Unterlassung aller Repressalien gegen streikende Arbeiter. Wir fordern ebenso die Rücknahme aller Entlassungen und die sofortige Wiedereinstellung aller entlassenen Arbeiter.

Hochachtungsvoll

Werner Brand

für das Komitee für soziale Verteidigung

serem Artikel in der letzten Ausgabe von *Workers Vanguard* geschrieben: „Spartacist South Africa ruft dazu auf, die Dreierallianz aufzubrechen – Für die Klassenunabhängigkeit des Proletariats von den bürgerlichen Parteien und ihrem Staat! Notwendig ist der Aufbau einer revolutionären leninistisch-trozkistischen Partei, Teil einer wiedergeschmiedeten Vierten Internationale, die das Proletariat und alle Unterdrückten vorwärts führen kann zur Erringung der Arbeiterherrschaft als Teil der sozialistischen Weltrevolution.“■

## KORREKTUREN

Der Artikel „Wehrmacht, Holocaust und ‚Kollektivschuld‘“ (*Spartakist* Nr. 163, Sommer 2006) erklärte bezüglich Stalins massiver Säuberung des sowjetischen Offizierskorps am Vorabend des Zweiten Weltkriegs: „Rokossowski, einer der wichtigsten Generale des sowjetischen Kampfes für die Befreiung Europas, war glücklicherweise nicht ermordet, sondern nur versetzt worden, und konnte deshalb wieder aktiviert werden. Auch Schukow war damals gesäubert worden, weil es aber nicht genug Offiziere gab, wurde er wieder eingesetzt.“ Tatsächlich wurde K. K. Rokossowski im August 1937 unter brutalen Bedingungen inhaftiert, im März

1940 entlassen und sofort wieder ins Militärkommando aufgenommen. G. K. Schukow wurde zwar während der Säuberungen verhört, aber nicht selbst gesäubert. Außerdem wurde der Autor von *The Making of the GDR, 1945–53: From Antifascism to Stalinism* [Der Aufbau der DDR, 1945–53: Vom Antifaschismus zum Stalinismus] fälschlicherweise als Richard Pritchard identifiziert. Der richtige Name ist Gareth Pritchard.

Im Artikel „Markus Wolf – ein Nachruf“ (*Spartakist* Nr. 165, Winter 2006/2007) datierten wir den Kongress, auf dem die SED „Partei des demokratischen Sozialismus“ (PDS) ihrem Namen hinzufügte, auf den 21./22. Dezember 1989. Der Kongress fand tatsächlich am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 statt.

# SPARTAKIST

## Streik im öffentlichen Dienst erschüttert Südafrika



AFP

**Johannesburg, 1. Juni: Tausende gehen am ersten Tag des vom Gewerkschaftsbund COSATU organisierten Streiks der Beschäftigten im öffentlichen Dienst auf die Straße**

Nachfolgend drucken wir eine Übersetzung aus *Workers Vanguard* Nr. 894, Zeitung der Spartacist League/U.S., Sektion der I.K.L. In der Zwischenzeit endete der vierwöchige Streik der öffentlichen Arbeiter mit einer Einigung auf eine nur knapp über der Inflation liegende 7,5-prozentige Lohnerhöhung statt der geforderten 12 Prozent. Zwar wurden die tausenden während des Streiks von der Regierung gefeuerten Krankenschwestern und anderen Arbeiter im Gesundheitswesen wieder eingestellt. Sie erhielten jedoch den Eintrag einer letzten Warnung in ihre Personalakte. Die Gewerkschaften müssen fordern: Keine Vergeltungsmaßnahmen gegen Streikende! (siehe Artikel in *Workers Vanguard* Nr. 895: „South Africa: Bitter End to Defiant Strike“ [Südafrika: Bitteres Ende für unbeugsamen Streik]).

4. Juni – Bei einem der größten Streiks in der Geschichte Südafrikas legten am 1. Juni mindestens 700 000 Krankenhausbeschäftigte, Lehrer und andere Arbeiter aus 17 Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes die Arbeit nieder. Unter Führung des Congress of South African Trade Unions (COSATU – Kongress südafrikanischer Gewerkschaften) kämpfen die Arbeiter für eine dringend benötigte 12-prozentige Lohnerhöhung und eine Verbesserung medizinischer und anderer Sozialleistungen. Die meisten Schulen wurden dichtgemacht, insbesondere in den Townships, und Streikposten zogen vor den größten Krankenhäusern des Landes auf, von Durban über Johannesburg bis Kapstadt. Arbeiter versammelten sich in jeder größeren Stadt zu Kundgebungen, 10 000 marschierten durch die Innenstadt Johannesburgs und legten das Stadtzentrum lahm. Sieg dem Streik im öffentlichen Dienst!

Der Streik ist nur ein Anzeichen für den weit verbreite-

ten Zorn unter den verarmten südafrikanischen Massen. Während der letzten Jahre fegten etliche Protestwellen durch Südafrikas Townships und Elendsviertel, Proteste für ausreichende Wasser- und Stromversorgung und für anständige Wohnungen. Die Arbeitslosenrate liegt bei mindestens 40 Prozent, atemberaubend hoch. Schulunterricht wird in ländlichen Gebieten immer noch unter Bäumen abgehalten. Über zehn Prozent der Bevölkerung sind HIV-infiziert, und in dieser Situation bietet die Gesundheitsministerin Tshabalala-Msimang immer noch Knoblauch, Zitronen und rote Beete als Behandlungsmöglichkeiten an, während Krankenhausbeschäftigte sich tagtäglich abmühen müssen in extrem unterbesetzten öffentlichen Krankenhäusern und Kliniken, stinkende Drecklöcher für Patienten ebenso wie für das Personal. Kein Wunder, dass am ersten Tag des Streiks Patienten am Johannesburg General Hospital, die stundenlang darauf warteten, einen Arzt zu sehen, Unterstützung für die Streikenden äußerten.

Präsident Thabo Mbeki vom African National Congress (ANC) und die Kapitalisten, denen er dient, brüsten sich damit, dass die Wirtschaft Südafrikas „boomt“. Dreizehn Jahre nach der Wahl des bürgerlich-nationalistischen ANC und dem Ende des verhassten Apartheidsystems ist die grundlegende Basis des südafrikanischen Kapitalismus noch immer Superausbeutung schwarzer Arbeiter durch die weiße Kapitalistenklasse und deren Seniorpartner in der City of London und der Wall Street. Die weißen bürgerlichen Herrscher haben die Aufgabe, den Neo-Apartheid-Kapitalismus zu verwalten, delegiert – an die nationalistische ANC-

Fortgesetzt auf Seite 34

## Arbeiter bekämpfen Neo-Apartheid-Elend